



Early Journal Content on JSTOR, Free to Anyone in the World

This article is one of nearly 500,000 scholarly works digitized and made freely available to everyone in the world by JSTOR.

Known as the Early Journal Content, this set of works include research articles, news, letters, and other writings published in more than 200 of the oldest leading academic journals. The works date from the mid-seventeenth to the early twentieth centuries.

We encourage people to read and share the Early Journal Content openly and to tell others that this resource exists. People may post this content online or redistribute in any way for non-commercial purposes.

Read more about Early Journal Content at <http://about.jstor.org/participate-jstor/individuals/early-journal-content>.

JSTOR is a digital library of academic journals, books, and primary source objects. JSTOR helps people discover, use, and build upon a wide range of content through a powerful research and teaching platform, and preserves this content for future generations. JSTOR is part of ITHAKA, a not-for-profit organization that also includes Ithaka S+R and Portico. For more information about JSTOR, please contact support@jstor.org.

I. Abhandlungen.

Erörterungen

über die

württembergische Staatsschuld.

Von R. Mohl.

Der Kredit des württembergischen Staates bietet schon seit geraumer Zeit Erscheinungen dar, welche man nicht anders als höchst auffallend bezeichnen kann. Ein Staat, dessen Haushalt in der grössten Ordnung ist; dessen Rechnungswesen als Muster von Pünctlichkeit, Aufrichtigkeit und Durchsichtigkeit gepriesen werden kann; dessen Steuern das Maass der Erträglichkeit keineswegs übersteigen; ein Staat, welcher regelmässig seit einer langen Reihe von Jahren bedeutende, sich nicht selten auf den fünften bis sechsten Theil der Jahresausgaben belaufende Ueberschüsse hat und dessen Kassen desshalb von Geld zu strotzen, ihre Verbindlichkeiten selbst vor der Verfallzeit zu leisten pflegten; dessen Schuld eine verhältnissmässig geringe, jeden Falls eine pünktlichst verzinst und zuweilen sogar mehr als vertragsmässig getilgte war: — nun, ein solcher Staat hat in diesem Augenblicke nicht Kredit genug, um einige Millionen gegen leidliche Bedingungen aufzunehmen; seine Papiere stehen tiefer an den Börsen als die der verschuldeteren Nachbarstaaten; er hat den grössten Theil der inländischen Kapitalisten aus der Zahl seiner Gläubiger ausscheiden sehen.

Es ist in der jüngsten Zeit die bequeme und namentlich zur Gewissensberuhigung äusserst brauchbare Ansicht aufgetaucht, als trage an diesen Zuständen lediglich die allgemeine europäische Geldkrisis Schuld. Nichts kann unrichtiger seyn; nichts aber auch verderblicher, weil eine solche Annahme die Auffindung der wahren Ursachen, damit aber die Möglichkeit einer Heilung verhindert. Dass diese Krisis das Uebel bedeutend vergrössert, ist richtig. Allein schon vor ihrem Eintreten haben sich in Württemberg die Anfänge schlimmer Verhältnisse gezeigt, und auch ohne die allgemeine Noth wäre die besondere Krankheit zum Ausbruche gekommen, wie aus dem Verlaufe der nachstehenden Darstellung sich für jeden Unbefangenen ergeben wird.

Die Auffindung der wirklichen Gründe ist somit eine wichtige Aufgabe. Nicht nur muss sich daraus für die Theorie eine bedeutende Lehre ergeben, indem ein schlagendes Beispiel immer von Werth ist; sondern hauptsächlich ist zu hoffen, dass sich die württembergischen Staatsgewalten zu praktischen Verbesserungen bewegen sehen werden. In Fällen allgemeiner Bedrängniss ist es die Pflicht jedes Bürgers nach Kräften zur Abhülfe beizutragen; und so versuchen denn auch wir, in den folgenden Blättern das Räthsel zu lösen. Wenn sich hierbei nach mehr als Einer Seite hin unangenehme Wahrheiten ergeben, so ist diess nicht unsere Schuld. Längeres Verschweigen ist aber nicht mehr möglich, denn die Noth drängt. Falls nicht schleunig und gründlich geholfen wird, stehen verderbenbringende Maassregeln oder schmachvolle Unterbrechungen grosser und nothwendiger öffentlicher Unternehmungen in Aussicht.

Unserer Ueberzeugung nach lässt sich der itzige Zustand nur aus dem geschichtlichen Hergange richtig erklären. Wir lassen daher eine Schilderung der Entwicklung der württembergischen Staatsschuld, so weit diess hier von Bedeutung ist, den Anfang machen. Erwägungen und Rathschläge erhalten dadurch einen festen Boden. In Ermanglung des Zutrittes zu den geheimeren amtlichen Papieren stehen uns freilich nur die gedruckten Quellen zu Gebote; doch werden diese für den gegenwärtigen Zweck ausreichen.

I. Geschichte der württembergischen Staatsschuld.

1) Zur Zeit des Herzogthumes.

Eine ausführliche Erzählung von dem Finanz- und Schuldenwesen des alten Herzogthumes Württemberg wäre hier von keinerlei Bedeutung. Es wird zum Verständnisse des Spättern vollkommen genügen, wenn die Hauptzüge des Zustandes in jener Zeit, so wie das Ergebniss an Schulden, welche bei einer Umgestaltung der Dinge von diesem Zeitabschnitte her zu übernehmen waren, kurz angegeben werden.

Vor Allem ist denn zu bemerken, dass in dem kleinen Staate bis zum Jahr 1806 drei verfassungsmässig getrennte öffentliche Haushaltungen neben einander bestanden, damit aber auch die Möglichkeit und selbst die Thatsache dreierlei öffentlicher Schulden gegeben war. Erstens nämlich war die herzogliche Rentkammer, deren Einnahmen sich aus dem Ertrage der Domänen, einigen indirecten Steuern und den von den Ständen verwilligten Beiträgen bildeten, und welche hieraus nicht nur den Hofhalt und die sonstigen Ausgaben für die fürstliche Familie, sondern auch einen grossen Theil der Staatsausgaben zu bestreiten hatte. Zweitens führten die Stände (die Landschaft) ihre eigene Verwaltung. Sie zogen die Steuern ein, bezahlten aber theils, wie eben bemerkt, einen grössern oder kleinern Beitrag an den Herzog, theils bestritten sie gemeinschaftlich mit ihm und vertragsmässig einzelne öffentliche Anstalten, theils deckten sie ihre eigenen, nicht unbedeutenden Ausgaben. Endlich drittens bestand unter einer eigenen Behörde, aber unter gemeinschaftlicher Oberaufsicht von Herzog und Ständen, die Verwaltung des Kirchengutes, eines sehr bedeutenden der gesammten Landeskirche gehörigen Domanialvermögens, aus dessen Einkünften die allgemeinen Ausgaben für Kirchen und Schulen und allmählig manche fremdartige Forderungen gedeckt wurden. Dieser Dreitheilung entsprachen auch die Schulden. Es gab Kammerschulden, Landschaftsschulden und Schulden des Kirchengutes; die beiden ersteren in der Regel, die letzteren wenigstens zuweilen in Folge von Krieg u. s. w. Dem Grundsatz nach hatte jede der drei Verwaltungen auch für die Verzinsung und Tilgung der von ihr eingegangenen Schulden allein

zu sorgen; doch kamen auch Ausnahmen vor. Theils nämlich wurden zuweilen zu gemeinschaftlichen Zwecken auch gemeinschaftliche Schulden gemacht; theils ging nicht selten der herzoglichen Rentkammer dadurch eine bedeutende Erleichterung zu, dass entweder geradezu Schuldsommen von ihr auf die Landschaft übernommen wurden ¹⁾, oder doch die Stände zur Verzinsung und allmählichen Tilgung einer Kammerschuld mehr oder weniger beitrugen. Solche Uebernahmen und Beiträge erfolgten namentlich dann, wenn nach längeren Misshelligkeiten zwischen den Herzogen und den Ständen endlich Frieden geschlossen und von den ersteren auf das Neue die Einhaltung der Landesverfassung zugesagt wurde. Hierfür pflegten Gemeine Prälaten und Landschaft sich durch ein baares Geschenk oder, wie gesagt, durch Erleichterung der Schuldenlast des Herzoges dankbar zu erweisen; wobei dahin gestellt bleiben mag, ob eine solche Aussicht mehr zu Eingriffen in die Verfassung zu reizen oder die Dankbarkeit für's Künftige hiervon abzuhalten geeignet war. Wenn etwa nicht die ganze vorhandene Schuld übernommen oder gleich die Aufnahme eines Postens gemeinschaftlich war, so wurde wohl zu Besorgung der beide Theile ebenmässig angehenden Angelegenheit eine „gemeinschaftlich herr- und landschaftliche Schuldenzahlungs-Deputation“ niedergesetzt.

Die Summe dieser verschiedenen Schulden war natürlich in beständiger Aenderung begriffen; und zwar bestand keineswegs die Nothwendigkeit einer gleichmässigen und gleichzeitigen Zunahme oder Abnahme bei allen drei Verwaltungen. Nicht nur verminderte sich nämlich bei einer Uebernahme von Herr auf

1) Nachstehende Angaben mögen beweisen, wie bedeutend die von der Kammer auf die Landschaft im Laufe der Zeiten übernommenen Summen waren:

unter Herzog Ulrich beim Tübinger Vertrag	1,000,000 fl.
„ „ Christoph	1,200,000 fl.
„ „ Ludwig	600,000 fl.
„ „ Friedrich	1,100,000 fl.
„ „ Johann Friedrich	1,600,000 fl.
„ „ Eberhard III.	3,000,000 fl.
nach dem Tode Herzog Eberhard Ludwigs.	2,000,000 fl.
unter Herzog Karl beim Erbvergleiche . .	5,300,000 fl.

Land die Kammerschuld in demselben Augenblicke und Maasse, als die Landschaftschuld wuchs; sondern es konnte sich auch begeben, dass ein verschwenderischer Fürst in derselben Zeit mit seinen Einkünften nicht ausreichte, in welcher Landschaft oder Kirchenrath in gewissenhafter Sparsamkeit an ihren Schulden abbezahlten. Ebenso war der Kredit der verschiedenen Kassen keineswegs derselbe. Während die Landschaft und der Kirchenrath in Folge pünktlicher Wirthschaft und genauer Einhaltung der Verzinsung und der Tilgung unbedingtes Zutrauen genossen, stand nicht selten die Kammer tief im Vertrauen der Kapitalisten.

Natürlich hatte dieses auch einen fühlbaren Einfluss auf die Art und Weise der Geldaufnahmen. Ueber die Art, wie die Rentkammer Geld lieh, ist zwar etwas irgend Vollständiges nicht bekannt; allein theils ergibt sich nachweisbar aus einzelnen That-sachen, theils lässt sich mit grosser Wahrscheinlichkeit aus den allgemeinen Zuständen schliessen, dass nicht selten sehr unvortheilhafte Anlehen gemacht wurden. Wir kennen bestimmte Fälle von Verpfändung der Hauskleinodien, andere von Annahme von Waaren zu wucherlichen Preisen. Kurz, wie zuweilen leichtsinnig verschwendet wurde, so wurde auch auf Art von Verschwendern Geld aufgenommen. Namentlich zeichnen sich in dieser Hinsicht die Regirungen des Herzogs Eberhard Ludwig zu Anfang des 18. Jahrhunderts und des Herzogs Karl in dessen Mitte unvortheilhaft aus. — Anders bei der Landschaft und beim Kirchenrathe. Diese nahmen, wenn sie Geld brauchten, dasselbe einfach, ohne irgend eine Mittelsperson und zunächst bei den Kapitalisten im Lande selbst auf. Häufig waren die einzelnen Posten ungerade und unbequeme Summen, wie eben der Darleiher über eine Ersparniss verfügen konnte. Von Agio oder sonstigen Gebühren und Abzügen wusste man nichts; das ganze Geschäft ging auf eine völlig naive und kleinbürgerliche Weise vor sich ¹⁾. Ebenso scheint, ganz ausserordentliche Fälle von dringendster

1) Nur in den französischen Revolutionskriegen, als grosse Contributionen und unerschwingliche Lieferungen zu bezahlen waren, kamen wohl auch andere Arten von, wenigstens vorläufiger, Benützung des Kredites vor. So gab z. B. die Landschaft unverzinsliche Tratten aus, welche nach Monatsfrist pünktlich eingelöst wurden, dennoch aber zwei vom Hundert im Umsatze verloren bei der allgemeinen Unsicherheit der Dinge.

Noth abgerechnet, hinsichtlich des Zinsfusses nie ein Zweifel oder ein Schwanken stattgefunden zu haben, sondern in Freud und Leid Fünf vom Hundert als etwas sich von selbst Verstehendes gegeben worden zu seyn.

Sehr einfach war denn auch die formelle Verwaltung dieser Schulden. Alle Schuldscheine waren auf bestimmte Namen ausgestellt; im Falle eines Ueberganges in fremde Hand wurde die Cessionsurkunde unmittelbar beigefügt. An bestimmte gemeinschaftliche Verzinsungstermine war gar nicht gedacht, sondern der Tag der Einbezahlung des Kapitals bei jedem Posten auch der Tag des Zinsenempfanges. Die Rückzahlung erfolgte nach vierteljähriger Aufkündigung (welche auch dem Gläubiger frei stand), und zwar so, dass immer die Nominalsumme unmittelbar an den rechtmässigen Inhaber ausbezahlt wurde, von einem Aufkaufe unter Pari oder von der Vergütung eines höheren Kurses u. s. w. keine Rede war. Für die Tilgungen waren keine künstlich berechnete Plane gemacht, keine fortlaufend steigende Summen bestimmt. Wenn die Ueberschüsse der betreffenden Kasse eine Ablösung gestatteten, so wurde sie vorgenommen, in grösserem oder kleinerem Maasse, je nach den paraten Mitteln. Nur zuweilen ward, namentlich bei gemeinschaftlichen Schulden, bestimmt, dass eine gewisse Summe alljährlich auf die Tilgung dieser bestimmten Forderung zu verwenden sei. Die einzige gewalthätige Operation, von welcher die Geschichte weiss, ist die Zurückführung der im dreissigjährigen Kriege in sehr schlechtem Gelde aufgenommenen Summen auf die Hälfte des Nominalbetrages. Solche hiessen dann „halbzinsige Kapitale“, von welchen auch itzt noch einzelne vorhanden sind.

Es ist unbekannt, wie gross der Gesamtbetrag der von den drei Verwaltungen während der Dauer der urkundlichen württembergischen Geschichte allmählig gemachten und wieder bezahlten Schulden ist. Für den vorliegenden Zweck genügt es auch vollkommen, zu wissen, wie hoch sich die Summe der zu verzinsenden Schulden beim Uebergange des alten Staates in das neue Königreich, also im Anfange des Jahres 1806, belief. Die einzelnen Posten waren aber damals:

Schuld der Rentkammer . . .	3,288,794 fl. 31 kr. 3 hlr.
„ „ Landschaft . . .	4,667,982 fl. 19 kr. 2 hlr.
„ „ Herr- und landschaft- lichen Schuldenzah- lungskasse . . .	1,338,227 fl. 45 kr.
„ „ Kriegsprästationskasse	3,851,417 fl. 30 kr.
„ „ Strassenbaukasse .	207,450 fl.
„ des Kirchenrathes . .	1,000,601 fl. ¹⁾
	<hr/> 14,134,473 fl. 6 kr. 5 hlr.

Hiezu kamen noch die auf den neuwürttembergischen Kassen ²⁾ haftenden Schulden im Betrag von

1,524,823 fl. 57 kr. 1 hlr.

wogegen wieder eine Summe von 308,193 fl. 45 kr. 3 hlr.

in Abzug zu bringen war, welche eine der oben genannten Kassen an die andere zu fordern hatte und die also zur Herausstellung des wirklichen Gesamtbetrages abgerechnet werden muss. Letzterer betrug somit die Summe von 15,351,103 fl. 13 kr. 3 hlr. ³⁾

Sie lastete aber auf einem Lande von 190 □ Meilen und einer Bevölkerung von nicht ganz 800,000 Menschen ⁴⁾.

1) Wobei jedoch zu bemerken ist, dass der Kirchenrath auch 800,000 fl. Activkapitale besass, welche später, wie es scheint, zur Deckung von Forderungen an die Hofhaltung verwendet wurden. S. Verh. der Landstände, 1815, H. 8, S. 150.

2) Kurfürst Friedrich vereinigte bekanntlich die ihm durch den Reichsdeputationshauptidecess zugefallenen Entschädigungslande nicht mit dem Herzogthume, sondern bildete einen eigenen Staat Neuwürttemberg mit besonderer Verfassung und Verwaltung aus denselben. Diese wunderliche Gestaltung dauerte bis zum 1. Jänner 1806, als an welchem Tage beide Staaten, zusammen mit den durch den Pressburger Frieden erworbenen Vergrößerungen, zu einem unbeschränkt regierten Königreiche verbunden wurden. Die oben aufgeführten Schulden der neuwürttembergischen Kassen waren zum bei weitem grössesten Theile alte Staatsschulden der einzelnen Bestandtheile jenes ephemeren Staates.

3) S. Verh. der Kammer der württemb. Abgeordneten, 1820, H. 1, Beil. S. 21.

4) Das alte Herzogthum hatte nämlich 150 □ Meilen und etwa 660,000 Seelen, Neuwürttemberg aber 40 □ Meilen mit 125,000 Einwohnern. S. Geographie und Statistik Württembergs. Laybach und Ulm. I, II, 1787—1804.

2) Unter der unbeschränkten Monarchie.

Wie in den meisten Staatszuständen, so ging auch in den bisherigen rechtlichen Verhältnissen der öffentlichen Schuld eine gänzliche Umwälzung vor sich durch die Einführung des unbeschränkten Königthumes. Auch in dieser Beziehung trat der Gedanke des Gesamtstaates der Neuzeit mit seiner, auf den Zweck des Ganzen systematisch berechneten und das geschichtliche Herkommen bei Seite setzenden Organisation an die Stelle der bisherigen Einrichtungen des Patrimonialstaates. Es wurde der Begriff einer auf dem ganzen Staate ruhenden und mit den gesammten Hülfsmitteln desselben zu deckenden Staatsschuld aufgestellt und in dieselbe der Gesamtbetrag der bisherigen verschiedenen öffentlichen Schuldarten aufgenommen, so dass von Schulden des Fürsten, des Volkes, der Kirche keine Rede mehr war, sondern nur noch von Verbindlichkeiten der Gesamtheit.

Unlängbar war diess in formeller und materieller Beziehung eine wesentliche Verbesserung. Allein wie verhielt es sich mit dem Rechtspunkte? War der neue König zu diesen durchgreifenden Veränderungen befugt? Geschah dem Gläubiger dadurch kein Unrecht? — In dieser Beziehung muss nothwendig zwischen den verschiedenen Gattungen der bisherigen Schuld unterschieden werden.

Was die Schuld der Landschaft und die des Kirchenrathes betrifft, so war es bekanntlich die erste Regentenhandlung des neuen Königes, dass er die landständische Verfassung des alten Landes völlig aufhob und das Kirchengut mit den Domänen vereinigte. Die Unrechtmässigkeit dieser Doppelmaassregel konnte nicht dem mindesten Zweifel unterliegen, und zwar nicht blos in allgemeiner staatsrechtlicher Hinsicht, sondern namentlich auch in Beziehung auf die Gläubiger der beiden itzt unterdrückten Rechtssubjecte. Diesen Gläubigern wurden nämlich nicht blos die Personen ihrer Schuldner entzogen, sondern auch die eigenthümlichen Verwaltungseinrichtungen und Sicherheiten, welche gerade hier besondere Beruhigung gewährten. Das Wenigste in der That, was zur Zufriedenstellung der Gläubiger der Landschaft und des Kirchengutes geschehen konnte, war daher eine Erklärung: dass die gesammten Schulden dieser aufgelösten Zweige des bisherigen

Staatsorganismus auf die Gesamtheit übernommen, als „Staatsschulden“ anerkannt und ihnen dieselben öffentlichen Einkünfte, welche bei der Aufnahme als Unterpfänder angewiesen oder zur Abtragung von Kapital und Zinsen bestimmt worden, zugetheilt seien. Aber auch so noch war eine entschiedene Verschlimmerung des Rechtes der Gläubiger nicht zu läugnen, da keinerlei Sicherheit bestand, dass bei der itzt völlig unbeschränkten Regirungsweise dieses Versprechen dauernd geachtet und die verpfändeten Werthgegenstände fortwährend im Besitze des Staates behalten oder nicht sonstwie verwendet würden. Kein Wunder daher auch, dass diese Gattung von Gläubigern nichts weniger als zufrieden war mit der neuen Gestaltung der Dinge.

Anders dagegen bei den Gläubigern der Rentkammer. König Friedrich war ein gewaltsam durchgreifender, geschichtliches Recht wenig achtender Regent; allein Niemand war von gemeiner Selbstsucht und Habgier, überhaupt von niedriger Sinnesweise entfernter, als er. Wie er somit keinen Anstand nahm, die Verfassung des Landes und die staatlichen Rechte der Bürger seinem Ideale eines systematisch eingerichteten Staates mit centralisirter Gewalt zu opfern: besann er sich auch nicht, das ganze grosse Kammergut des fürstlichen Hauses dem neuen Staate zu überweisen als Domäne. Er betrachtete diesen wichtigen Schritt, welcher bekanntlich noch in unseren Tagen in mehr als einem deutschen Staate die schwersten Anstände gefunden hat, als etwas sich so ganz von selbst Verstehendes, dass er in öffentlichen Bekanntmachungen kein Wort darüber verlor und die Thatsache eigentlich nur aus der formellen Behördenordnung zu entnehmen war. Dass auch die Uebernahme der Kammerschulden auf den Staat eine Folge dieser Erwerbung des Kammergutes von Seite desselben war, bedarf nicht erst der Bemerkung. Eben so wenig aber, dass diese Gattung von Gläubigern ihre rechtlichen Verhältnisse hierdurch bedeutend ins Günstigere veränderte, indem sie nun das gesammte Staatseinkommen zur Sicherstellung hatte, während bisher ein schlechter Haushälter die Kammereinkünfte gar leicht in Verwirrung bringen und dieselben zur regelmässigen Leistung an die Gläubiger unfähig machen konnte. Hier konnte also von Unrecht und Unzufriedenheit keine Rede seyn.

Ein gemischtes Verhältniss dagegen endlich war das der Gläubiger der gemeinschaftlichen herr- und landschaftlichen Schuldenkasse und der Kriegsprästationskasse. Auch diese Schulden waren alsbald als Theile der neuen Staatsschuld anerkannt worden, und man mag wohl behaupten, dass was für die Gläubiger auf der einen Seite durch Aufhören der ständischen Mitverwaltung an Zuversicht und Sicherheit verloren ging, auf der andern Seite durch Uebernahme der Verbindlichkeit von der Kammer auf den Staat gewonnen wurde.

In rechtlicher Beziehung also war somit freilich Manches an der neuen Gestaltung auszusetzen. Die ganze Maassregel beruhte auf einem willkürlichen Umsturze der altangestammten Verfassung, und überdiess wurden viele Einzelne nicht nur in liebgewonnener Gewohnheit, sondern auch in privatrechtlicher Sicherheit verletzt. Niemand kann und wird diess billigen. Allein eben so wenig recht wäre es, zu läugnen, dass durch diese Maassregeln König Friedrichs eine neue, in sehr wesentlichen Theilen lobenswerthe Aera für die württembergische öffentliche Schuld begann.

Seit dieser Zeit ist von besonderen Schulden einzelner Theile des Staatsorganismus, von einer Nebenbuhlerei derselben, von einer Verschiedenheit ihres Werthes und Rechtes keine Rede mehr. Wie, wann und wo eine Forderung ursprünglich entsteht, ist — falls sie nur überhaupt als Theil der Staatsschuld anerkannt wird — von itzt an völlig gleichgültig. Sie steht gleichmässig mit allen übrigen unter dem allgemeinen Gesetze und theilt das gemeinschaftliche Schicksal.

Es fällt in die Augen, wie sehr diess schon die Gesetzgebung erleichtert. Allein auch eine leichte Uebersicht über den Stand der ganzen Sache, ein einfaches Rechnungswesen ist erst dadurch ermöglicht; davon gar nicht zu reden, dass es für den Verkehr mit Staatspapieren (also in einer immerhin wichtigen Beziehung) höchst störend wäre, wenn verschiedene Behandlungssysteme, verschiedene Sicherheiten, verschiedene Kassen für die Schulden eines und desselben Staates beständen.

Ebenso trat eine grosse Vereinfachung der zur Verwaltung der Staatsschuld bestimmten Behörden ein. An die Stelle der früheren vier oder fünf verschiedenen Kassen war itzt nur eine einzige wenig

zahlreiche Behörde bestellt und mit der Besorgung der gesamten Staatsschuld beauftragt. Es war diess nach den Organisationen von 1806 und 1811 die „General-Staatsschulden-Zahlungskasse“, eine Abtheilung der General-Staatskasse und mit dieser dem Finanzministerium untergeordnet; nach der Organisation vom Jahre 1817 die „Staatsschuldenkasse“ unter einer eigenen Verwaltung dem Ministerium unmittelbar zugewiesen.

Endlich war durch die Vereinigung zu Einer Staatsschuld einem kräftigen Tilgungssysteme vorgearbeitet. Theils musste die Zusammenziehung der verschiedenen Schuldposten zu einer bedeutenden Gesamtsumme die Nothwendigkeit einer solchen Maassregel auch dem minder Willigen weit näher legen; theils war die Durchführung eines Planes, wann erst Ruhe und Mittel genug für einen solchen gefunden waren, unendlich erleichtert.

Aber hiermit ist freilich das Erfreuliche, was in dem vorliegenden Zeitabschnitte von der württembergischen Staatsschuld zu berichten ist, so ziemlich erschöpft. Der Zustand derselben bietet theils mit, theils ohne Schuld der Staatsgewalt auch mehrere höchst bedenkliche Seiten dar, und es war hohe Zeit, dass gegen das Ende der unbeschränkten Monarchie, namentlich unter der Regierung König Wilhelms, mit Kraft und Aufopferung Verbesserungen eingeführt wurden, deren längeres Ausbleiben entweder dem Volke unerträgliche Lasten oder den Gläubigern grosse Verluste hätte auferlegen müssen. Erstens nämlich stieg die Summe der Staatsschuld zu einer sehr bedeutenden, mit den damaligen Staatskräften kaum mehr im Verhältnisse stehenden Höhe. Zweitens war in dem bei weitem grössern Theile dieser Zeit für einen regelmässigen und auch wirklich ausgeführten Schuldentilgungsplan keinerlei Fürsorge getroffen. Drittens fehlte es an aller Oeffentlichkeit der Verwaltung, welche vielleicht bei keinem Regirungszweige nöthiger ist, als eben hier, namentlich in einer unbeschränkten Monarchie, wo nur durch die Kraft der öffentlichen Meinung, und nicht auch durch ständischen Einfluss Missbräuche und Uebertreibungen verhütet werden können.

Letzterer Punkt bedarf keiner näheren Erläuterung. Wohl aber ist über das Steigen der Staatsschuld während der Jahre 1806 — 1819 und über das System der Tilgung in diesem Zeitabschnitte Näheres anzugeben; wobei freilich die Gerechtigkeit

erfordert, die beiden Regirungen der Könige Friedrich und Wilhelm wohl zu unterscheiden.

Dass zu einer bedeutenden Vermehrung der Schuld während der verhängniss- und ereignissvollen Regirung König Friedrichs, manchfacher Grund vorhanden war, wird Niemand läugnen. Beinahe ununterbrochene Kriege, Erwerbungen neuer, mit Staatsschulden bereits belasteter Landestheile, Ankäufe werthvoller Besitzthümer u. s. w., hatten zu Ausgaben Veranlassung gegeben, welche aus den laufenden Einnahmen unmöglich gedeckt werden konnten. Ein Anwachsen der Staatsschuld in dieser Zeit ist folglich so wenig zu verwundern, dass selbst eine noch grössere Summe wohl zu begreifen wäre. Ja, es muss bekannt werden, dass eine solche grössere Summe eigentlich hätte vorhanden seyn sollen; und dass der Staat nur mittelst harter und ungerechter Zurückweisung bedeutender Forderungen das scheinbar günstige Ergebniss erreichte. (Ein Vortheil freilich, welcher in der Wirklichkeit sich als ein sehr geringer ausgewiesen hat, da in späterer, billigerer Zeit das Versäumte mit schweren Opfern nachgeholt werden musste.)

Was nun aber die bestimmten Zahlen betrifft, so kamen zu der bei der Gründung der Einen Staatsschuld im Jahre 1806 vorhandenen Summe von 15,351,103 fl. 13 kr. 3 hlr. während der noch zehnjährigen weitem Regirung König Friedrichs folgende neue Schuldposten:

nachträgliche Forderungen an den Kirchenrath und an neuwürttembergische Kassen	161223 fl. 25 kr.
übernommene Schulden neuerworbener Landestheile	7,867,352 fl. 47 kr. 3 hlr.
Kaufschillinge u. Entschädigungen	876,092 fl. 39 kr. 3 hlr.
neue Aufnahmen	1,638,988 fl. 27 kr.
Dienstkautionen	1,106,836 fl. 33 kr.
zusammen	11,688,626 fl. 33 kr. 3 hlr.

Werden aber hiervon wieder die Rückzahlungen und die Ausgleichungen mit Activforderungen, zusammen im Betrage von 1,670,494 fl. 49 kr 5 hlr., ferner der Minderwerth der (oben bereits erwähnten) halbzinsigen Kapitale mit 570,968 fl. 21 kr.

abgezogen, so ergibt sich als wirkliche Schuld (an Georgii?) des Jahres 1816 die Summe von 24,760,133 fl. 55 kr. 1 hlr. ¹⁾.

Günstiger stellten sich die Verhältnisse in den ersten drei Regierungsjahren König Wilhelms von 1816 — 19. Zwar wurden in dieser Zeit zur Befriedigung von Rückständen und Forderungen aus der vorigen Regierung, so wie zum Behufe einiger, übrigens unbedeutender, Erwerbungen 1,012,082 fl. 10 kr. neu aufgenommen. Da aber auch in derselben Zeit 3,523,909 fl. 59 kr. getilgt wurden, so stellte sich, über Abzug einiger dem Staate zustehender verzinslicher Activ - Kapitale im Betrage von 352,685 fl. 30 kr., die Gesamtsumme der Staatsschuld zu Ende der unbeschränkten Monarchie (genauer: am 30. Juni 1819) doch nur auf 21,895,620 fl. 39 kr., von welchen 1,436,367 fl. 15 kr. im Besitze von Ausländern waren ²⁾.

Es ergibt sich schon aus der Aufzählung der einzelnen Posten, um welche sich die Staatsschuld in diesem dreizehnjährigen Zeitabschnitte vermehrte, dass nur wenige eigentliche Geldaufnahmen vorkamen. Die grössere Hälfte des Zuwachses besteht aus Schuldforderungen an ehemalige selbstständige Staaten, welche von Württemberg ganz oder theilweise erworben worden waren und deren Schulden also in demselben Verhältnisse übernommen werden mussten, oder in Verschreibungen, welche sonstigen Gläubigern an Zahlungsstatt gegeben wurden. Auch dürfte in der That der Kredit Württembergs wenigstens unter König Friedrich kaum so gross geworden seyn, um bedeutende Geldaufnahmen möglich zu machen. Letzteres ist um so sicherer anzunehmen, als die Regierung selbst für nöthig fand, die von ihr benöthigten Summen zum Theile durch Zwangsanlehen beizutreiben, wie diess

1) In dem Edict III. von 1817 (s. unten) wird „der Gesamtbetrag der Schuld“ an dem Tage, an welchem das Statut vom 6. Juni 1816 in Vollzug gesetzt worden sei, auf 24,034,165 fl. 20 kr. 1 hlr. angegeben. Diese verschiedene Angabe rührt wohl von einer zwischen dem Tage der im Texte angegebenen Berechnung und dem eben angedeuteten Tage vorgenommenen Ablösung her.

2) S. Verh. der K. d. A., 1820, H. 1, Beil. S. 21 fg. — Wenn in denselben Verhandlungen, H. 2, Beil. S. 147 anscheinend verschiedene Summen stehen, so ist diess nur eine andere Rechnungsweise. Auch hier ist, wenn die Berechnung auf die nämliche Grundlage gestellt wird, der Gesamtbetrag der Schuld am 30. Juni 21,795,620 fl.

nicht nur bei den Dienstkautionen der Fall war, sondern namentlich auch, und ganz unverschleiert, im Jahr 1814, wo die Hälfte der damals ausgeschriebenen Vermögenssteuer in der Form eines verzinslichen Anlehens erhoben wurde.

Nicht ohne Interesse ist die Geschichte der Verzinsung und der Tilgung der Staatsschuld in der vorliegenden Zeit. Nur langsam und aus tiefer Vernachlässigung arbeiteten sich die hierzu bestimmten Einrichtungen zu einem Systeme und zu beruhigender Festigkeit durch; und es darf wohl als ein charakteristisches Zeichen des Standes der in Württemberg in den ersten Jahren dieses Jahrhunderts vorhandenen staatswirthschaftlichen Einsicht betrachtet werden, dass so wichtigen und namentlich in jenen Kriegszeiten doppelt unentbehrlichen Vorkehrungen höchst geringe Aufmerksamkeit nicht nur von der Regierung, sondern auch, wie es scheint, von dem Publikum geschenkt wurde. Selbst in der gewiss schonungslosen „Darstellung der Beschwerden des Landes,“ welche während des Verfassungsstreites von den Ständen bekannt gemacht wurde, und die zum Theil zu verhältnissmässig geringfügigen Einzelheiten herabsteigt, ist des Mangels an einer Sicherstellung der Staatsgläubiger, und damit des Kredites, nur leichthin Erwähnung gethan. Wegen des Mangels an aller Oeffentlichkeit der Verwaltung in dieser Zeit und da eine aus den amtlichen Acten geschöpfte Geschichte des Schuldenwesens ebenfalls fehlt, ist es allerdings nicht möglich, eine völlig genügende Darstellung des Ganges der einschlagenden Begebenheiten und Maassregeln zu geben, und manche Frage muss unbeantwortet bleiben. Doch dürften nachstehende Thatsachen wenigstens im Wesentlichen den Verlauf des Verzinsungs- und Tilgungswesens bezeichnen.

Bei der im Jahr 1806 vorgenommenen Zusammenfassung der früheren besonderen Schuldenmassen zu einer Gesamtstaatsschuld wurde weder ein bestimmter Tilgungsplan noch auch nur eine Ausscheidung bestimmter Einnahmequellen zur Deckung der Zinse ausgesprochen. Nur das ganz unbestimmte und zum Theile, unter veränderten Umständen, ganz unausführbare Versprechen ward gegeben dass „sämmlich diese Schulden auf eben dieselben öffentlichen Einkünfte, die bei ihrer Contrahirung als Hypothek angewiesen, oder zu Abtragung der Capitalien und Zinse bestimmt worden seien, fundirt bleiben sollen.“ In der That war

später auch nicht einmal von einem Versuche zur Durchführung dieser Zusicherung die Rede, sondern es ward mit der Staatsschuld verfahren, wie es das Belieben der Staatsgewalt für gut fand und die vorhandenen Geldmittel am leichtesten gestatteten.

Weniger zwar, als unter diesen Umständen eigentlich zu fürchten war, fanden die Gläubiger zu klagen hinsichtlich der Verzinsung. Sie erfolgte durch die neu gebildete Schuldenkasse regelmässig. Nur einmal und auf kürzeste Zeit fand eine Stockung hierin statt; wie es scheint, sogar ohne Bewilligung des Königes und zu dessen grossem Missvergnügen. Die einzige Maassregel, über welche mit Recht eine Klage geführt werden konnte, war die durch einfache Verordnung ausgesprochene Zurückführung einiger sechsprozentiger Zinsen auf die gewöhnlichen Fünf vom Hundert. Es traf die Maassregel theils gewisse von der Stadt Hall früher eingegangene Schulden, theils ein im Jahr 1801 kurz vor der Schlacht bei Hohenlinden unterhandeltes und namentlich in Norddeutschland zu Stande gekommenes Anlehen.

Desto schlimmer stand es aber um die Tilgung. Die früher zwischen Herr- und Landschaft verabredeten Amortisationspläne wurden als gefallen mit der alten Verfassung betrachtet, und von ihnen war gar nicht weiter die Rede. Eine neue Einrichtung trat aber lange Zeit hindurch nicht in Wirksamkeit.

In den ersten vier bis fünf Jahren nach Einführung des Königthumes und der Einen grossen Staatsschuld fand gar keine Art von regelmässiger Schuldentilgung statt. Es bestand weder eine gesetzliche Bestimmung darüber, noch waren irgendwie bestimmte Summen dafür ausgesetzt. Unaufgefordert zahlte der Staat nie ein Kapital zurück; und wenn es von dem Gläubiger verlangt wurde, so erfolgte Ablösung nur selten und wurde lediglich als ein Act der Gnade betrachtet. Es musste vom Gläubiger demüthig gebeten und ein dringendes Bedürfniss nachgewiesen werden; und nicht Jedem wäre die Anbringung eines solchen Gesuches anzurathen gewesen. — Kein Wunder, dass unter solchen Umständen der Kredit des Staates allmählig schwand und der Kurs der Schuldverschreibungen tief herabging. Regelmässige Kursverzeichnisse aus dieser Zeit sind zwar nicht vorhanden; auch bestand damals kein geordneter und häufiger Verkehr in württembergischen Staatspapieren. Allein es ist bekannt, dass

der Kaufpreis der fünfprozentigen Schuldscheine selbst bis auf 75 sank.

Die Nachtheile eines solchen Zustandes konnten allerdings dem Auge eines Regenten, wie König Friedrich war, auf die Dauer nicht entgehen; und er entschloss sich daher auch nach einigen Jahren zur Gründung eines regelmässigen Schuldentilgungsverfahrens. — Der erste Versuch freilich führte noch zu keinem Ergebnisse.

Am 2. August 1811 erschien nämlich ein Gesetz, in dessen Eingang darüber Klage geführt ward, dass „der verächtliche Geist des Wuchers auch die diesseitigen so gut fundirten Staats-Obligationen zum Gegenstand verwerflicher Speculation gemacht habe,“ trotz dem, dass die Zinsen regelmässig abgetragen und sogar aus dem Ueberschusse der laufenden Staatseinnahmen beträchtliche Summen auf Bitten Einzelner zurückbezahlt worden seien; so zwischen 1. Jänner 1810 und Georgii (23. April) 1811 die Summe von 256,875 fl. Um diesem Uebelstande so viel möglich vorzubeugen, werde ein jährlicher Tilgungsfonds von 300,000 fl. ausgesetzt, die Verwendung desselben aber mittelst Verloosung unter allen Staatskapitalen, welche zu dem Ende in Posten von 1000 fl., 500 fl. und 100 fl. zerschlagen werden sollen, angeordnet. Ausgenommen sollen seyn einige Arten von Schuldverschreibungen, bei welchen entweder rechtliche Anstände obwalten, oder deren Ablösung nicht vortheilhaft erscheine.

Es ist wohl nicht zu bezweifeln, dass im Augenblicke der Erlassung dieses Gesetzes ein ernstlicher Wille zur Herstellung eines bessern Zustandes vorlag. Welchen Zweck hätte auch sonst die Bekanntmachung haben können? Allein noch gewisser ist freilich, dass das Gesetz ein todter Buchstabe blieb und nie auch nur einen Anfang von Ausführung erhielt. Von der, freilich ganz unnöthigerweise eingemischten, Verwandlung der Schuldscheine in Abschnitte von runden Summen ist gar nie die Rede geworden; und ebenso scheint eine wirkliche Verwendung der zur Tilgung ausgesetzten Summe nie stattgefunden zu haben. Namentlich ist, so weit irgend bekannt, niemals eine Verloosung vorgenommen worden. Auch beweist schon die kleine Gesamtsumme (von 1,670,494 fl.), welche in der ganzen Zeit von 1806 bis 1816 theils abgelöst, theils auch nur gegen Activforderungen des Staates

ausgeglichen wurde, und von welcher überdiess bei Erlassung des Gesetzes vom 2. Aug. 1811 „beträchtliche“ Summen, namentlich im Jahr 1810 allein 256,575 fl. bereits ausgegeben waren, dass in Folge des neuen Gesetzes nichts geschah. Die Ursachen dieser völligen Nichtvollziehung sind nicht bekannt; jedoch ist leicht einzusehen, dass auch ein ernstlicher Versuch schwerlich ein bedeutend anderes Ergebniss geliefert hätte. Die Kleinheit der jährlich ausgeworfenen Summe; das beständige Gleichbleiben derselben; der Mangel auch nur eines Versprechens, dass bei etwaiger weiterer Steigerung der Schuld auch der Tilgungsfonds entsprechend vermehrt werden werde; die Abwesenheit jeder Oeffentlichkeit im damaligen Regierungssysteme, damit aber für den Kapitalisten die Unmöglichkeit der eigenen Ueberzeugung von der wirklichen Vollziehung des Gesetzes; die gänzliche Unselbstständigkeit aller Behörden gegenüber von höheren Befehlen, und wären diese auch noch so ungesetzlich gewesen; endlich die Möglichkeit einer willkürlichen, öffentlichen oder geheimen, Zurücknahme des Gesetzes durch dieselbe unbeschränkte Gewalt, welche es itzt erliess: diese Umstände allein (und sie waren nicht einmal die einzigen nachtheiligen) reichten vollkommen hin, um eine Befestigung und Hebung des öffentlichen Kredites mittelst dieses Gesetzes zu vereiteln.

Fünf Jahre lang blieben die Dinge in diesem Zustande. Da griff König Friedrich abermals zu einem Tilgungsplane, und zwar itzt wirksamer und nachhaltiger. — Während des im März 1815 entbrannten Streites über die Gründung einer Verfassung war der Einrichtung einer gegen die Willkür des Regenten gesicherten Schuldenkasse öftere Erwähnung gethan; und wenn der König auch nicht in die Forderung der Stände einging, ihnen nach alt-württembergischer Art den Einzug der Steuern und das damit zusammenhängende Kassenwesen selbstständig zu überlassen: so gab er doch zu wiederholten Malen seine Zustimmung zu dem Grundsatz einer unabhängigen und namentlich einer unter ständischer Mitwirkung stehenden Schuldentilgungskasse ¹⁾. Es mag hier, als für den vorliegenden Zweck von keinem weitem Belange, ununtersucht bleiben, ob es in diesem Stande der Unterhandlungen über das Grundgesetz und was damit zusammenhieng,

1) Man sehe z. B. Verh. der Stände-Vers., 1815., Hft. 5, S. 85.

erlaubt und zweckmässig war, dass die Regierung ohne vorherige Berathung mit den vorläufigen Ständen unter dem 6. Juni 1816 ein ausführliches, überdiess jede ständische Theilnahme beseitigendes Schuldenstatut erliess. Da jeden Falles die Beschwerden der Stände über dieses Verfahren und über die einzelnen materiellen Bestimmungen ¹⁾ von der Regierung zurückgewiesen wurden und es zunächst sein Bewenden bei dem Statute behielt, so ist hier nur dessen Inhalt von Interesse. — Dasselbe verfügte aber die Bildung einer eigenen Schuldentilgungs-Commission, bestehend aus einer Anzahl königlicher Beamten und unmittelbar untergeordnet unter das Staatsministerium. Diese Behörde hatte den Auftrag, die jährlich zur Ablösung zu bringenden Schuldenposten zu bezeichnen, und zwar zuerst die von Gläubigern aufgekündigten; dann die für die Kasse lästigeren (näher angegebenen); endlich durch das Loos. Sollte mehr aufgekündigt seyn, als im Augenblicke bezahlt werden konnte, so waren die Nichtbefriedigten für die nächste Ablösung vorzumerken. Ein jährlicher öffentlicher Rechenschaftsbericht hatte die Einhaltung dieser Vorschriften zu beweisen. Was aber die Ausstattung der Kasse betraf, so waren hierzu zweierlei Mittel bestimmt. Erstens der auf Württemberg fallende Theil der im zweiten Pariser Frieden bestimmten französischen Contributionsgelder, im Betrage von 4,550,000 fl. und zahlbar innerhalb der nächsten fünf Jahre. Zweitens die Zinsen der abgezahlten Posten, jedoch in der Art, dass die von der Staatskasse zu zahlende Zinsensumme anfänglich alle fünf Jahre um 50,000 fl., vom 45. Jahre an aber je nach dieser Zeit um 100,000 fl. vermindert werden sollte. Diese gesammten Zinsbeträge wurden dabei insbesondere auf die Accise und auf die directen Steuern begründet, auch eine unfehlbare Ablieferung in monatlichen Raten und mit Bevorzugung vor allen anderen Ausgaben versprochen. Anwendung erleiden sollten aber diese Bestimmungen: auf die gesammte Schuld der bisherigen Schuldentilgungskasse; auf die Schulden der sämmtlichen Specialkassen, (mit Ausnahme jedoch der mittelst englischer Subsidiengelder getilgten Schulden der Kriegskasse;) endlich auf die noch in Folge weiterer Ausscheidungen von anderen auf den Staat zu übernehmenden Schuldposten.

1) Siehe dieselben in den angef. Verhandl., Hft. 24., S. 121 f.

Neue Schulden sollten nur noch auf verfassungsmässigem Wege, d. h. also wohl nur mit Zustimmung der Stände, gemacht werden dürfen; dann aber sogleich ein den obigen Bestimmungen entsprechender Tilgungsfonds erhalten ¹⁾).

Unzweifelhaft bot dieses Statut grössere Sicherheit einer Wirksamkeit dar, als das vorangehende. Gegenstand und Art der Thätigkeit war genau bezeichnet, auch die Zukunft bedacht, Oeffentlichkeit und pünktliche Einhaltung der Leistungen sowohl als der Beiträge verheissen, endlich und hauptsächlich alsbald eine bedeutende und parate Summe zu einem tüchtigen Beginne angewiesen. Aber unläugbar hatte es auch noch zwei entschiedene Mängel. Einmal fehlte es ganz an der staatsrechtlichen Sicherstellung gegen Eingriffe der Regierung. Zweitens war die endliche Tilgung der ganzen Schuld auf allzulange Zeit, nämlich auf 71 Jahre, hinausgesetzt. Wenn daher auch mit Recht von diesem Statute an der Beginn einer die gesammte Staatsschuld umfassenden regelmässigen Schuldentilgung gerechnet werden darf, so ist doch nicht zu verkennen, dass zu völliger Zufriedenstellung eine Nachhülfe nicht entbehrt werden konnte.

Diese zu geben beeilte sich denn auch, als der Gründer des bisher besprochenen Statutes schon nach wenigen Wochen starb; König Wilhelm. Dieser erliess nämlich unter den wichtigen Edicten, welche den Anfang seiner Regierung erfreulich bezeichneten, auch (als Edict III. vom 18. Nov. 1818) ein neues Schuldenstatut. In der Hauptsache die Bestimmungen des Gesetzes von 1816 und namentlich die Ausstattung der Kasse mit den französischen Contributionsgeldern beibehaltend, enthielt dasselbe folgende wesentliche neue Bestimmungen: Anstatt des einfachen, und noch dazu alle fünf Jahre sich vermindernenden, Zinsbetrages wurde der Kasse noch ein weiteres Zehntel dieses Betrages angewiesen, und zwar in unveränderlicher, nach einer auf 30 Millionen ²⁾ ange-

1) Reg.-Bl., 1816., S. 145 f.

2) Diese Summe wurde folgendermaassen berechnet: bei Eröffnung der Thätigkeit der Schuldentilgungscommission von 1816 betrug die anerkannte Staatsschuld: 24,034,165 fl. 24 kr. 1 hlr.; von diesen wurde bis zum 20. Oct. 1817 abgetragen: 1,917,612 fl. 44 kr. 2 hlr.; dagegen kamen in derselben Zeit 1,496,952 fl. 4 kr. 3 hlr. neue Anerkennungen dazu, und wurden noch als wahrscheinlicher Betrag der von neuwürttembergischen Landestheilen

nommenen höchsten Schuldsomme berechneten Grösse, so dass die zur Tilgung kommende Summe durch die Zinsenersparnisse jährlich steigen und dadurch schon nach 45 Jahren eine gänzliche Tilgung der Schuld möglich machen konnte. Für etwaige spätere Schulden sollte dem Tilgungsfonds ausser den eigentlichen Zinsen noch ein Zehntheil derselben (also $\frac{1}{2}$ vom Hundert der Kapitalsumme) zur allmählichen Ablösung zugewiesen werden. Das Recht der Aufkündigung von Seite der Gläubiger war beibehalten, doch mit der Bestimmung, dass wenn die Summe der aufgekündigten Posten die paraten Mittel der Kasse übersteige, unter ihnen durch Loos entschieden, der nicht befriedigte Rest nicht für die nächste Ablösung vorgemerkt, sondern ebenfalls nur wieder ins nächste Loos mit den weiteren indessen aufgekündigten Posten geworfen werde. Für Loosziehungen wurden regelmässige vierteljährige Termine und alsbaldige öffentliche Bekanntmachung der gezogenen Nummern bestimmt; die Kapitale von Stiftungen und Körperschaften aber, wenn sie es wünschten, von der Verloosung ausgenommen; dagegen die an Eine Nummer zurückzubezahlende Summe auf 6000 fl. begrenzt. Die Schulden-Tilgungs- und Verwaltungs-Commission sollte zu gleicher Hälfte aus königlichen Beamten und aus Ständemitgliedern bestehen, auch hatte der monatlichen Kassenrevision ein von den Ständen Beauftragter anzuwohnen ¹⁾.

Die Verbesserungen springen in die Augen; und wenn auch, da sich der Streit über die zu gründende Verfassung in die Länge zog, die ständische Mitwirkung und Sicherstellung zunächst nicht eintrat, so nahm doch das Tilgungsgeschäft seinen durch die neuen Bestimmungen vorgezeichneten regelmässigen Gang. Es ist oben schon vorläufig bemerkt worden, dass bis zum 30. Juni 1819 nicht weniger als 3,523,909 fl. 55 kr. wirklich zurückbezahlt wurden; und bei der Uebergabe des ersten Budgets an die endlich constituirten Stände konnte der Finanzminister am 20. Jänner 1820 bemerken, dass für die zwei Jahre 1819—21 eine weitere Tilgung von 1,518,021 fl. 21 kr. gesichert sei.

nachträglich zu übernehmenden Schulden angenommen: 6,300,000 fl. Dieses zusammen machte denn einen wahrscheinlichen höchsten Betrag der Schuld von 29,913,504 fl. 40 kr. 2 hlr., oder in runder Summe von 30 Millionen.

1) Siehe Edict III. v. 18. Nov. 1817., R.-Bl., 1817., Beil. zu 540.

3) Seit Einführung der Verfassung.

In einen ganz andern Stand trat nun aber sowohl die Verwaltung als die Verzinsung und Tilgung der Staatsschuld durch die Einführung der constitutionellen Verfassung.

Von selbst hätte sich unter allen Umständen bei dieser Regierungsform verstanden, dass an die Stelle einseitiger Verwaltungsmaassregeln itzt Bestimmung durch Gesetz, folglich Verhandlung und Vereinbarung mit den Ständen, trat. Allein es war etwas Eigenthümliches und einer der Siege, welchen die altwürttembergische Ansicht über den neuzeitigen Staatsgedanken bei den Unterhandlungen im Jahr 1819 errang, dass die gesammte Schuldenverwaltung der Besorgung der Regierung entzogen und ausschliesslich in die Hände der Ständeversammlung gelegt wurde. Eigentlich hatten die Eiferer für das im Stammlande Althergebrachte noch viel mehr verlangt, namentlich Erhebung der Steuern durch die Stände so wie eine eigene Kassenführung; und es war nur ein von Manchem sehr ungerne eingegangener Vergleich mit den entgegenstehenden Forderungen der Regierung, wenn man sich mit der Schuldenkasse begnügte.

Um die Sache recht bündig zu machen, wurden dem Grundgesetze ausführliche Bestimmungen über diesen Gegenstand einverleibt. In nicht weniger als neun Paragraphen sind einschlägige Vorschriften gegeben ¹⁾. Das in denselben festgestellte System ist aber folgendes:

Die Staatsschuld ist unter die Gewährleistung der Stände gestellt, und zwar wird die Schuldenzahlungskasse unter Leitung derselben nach einem zu verabschiedenden Statute von ständischen, im Zusammentritte beider Kammern gewählten, jedoch von der Regierung bestätigten Beamten verwaltet. In Abwesenheit der vollen Versammlung hat der ständische Ausschuss die Aufsicht über die Verwaltung der Staatsschuldenzahlungskasse; doch kann sich derselbe auf Schuldenübernahme nicht anders als auf vorbereitende Weise einlassen. Die zur Verzinsung und Tilgung der Staatsschuld erforderlichen Gelder werden den Ständen nach den in jedem Finanzgesetze festzustellenden Bestimmungen von den

1) Es sind diess die §§. 116, 119—123, 188, 189 u. 193.

Obereinbringern der directen und der indirecten Steuern geliefert, und es sind diese Beamten dafür verantwortlich, dass sie unter keinem Vorwande an eine andere, als die durch die Verabschiedung bezeichnete Kasse abliefern. Die Regierung hat nur eine Ueberwachung der ständischen Verwaltung anzusprechen, welche sie theils dadurch ausüben mag, dass sie in jedem Augenblicke Einsicht von dem Stande der Schuldenzahlungskasse nehmen kann, theils aber regelmässig bethätigt durch den Empfang der monatlichen Kassenberichte und durch die Ernennung von Abgeordneten zur Abhör der Jahresrechnung. Für die Oeffentlichkeit der Schuldenverwaltung endlich ist nicht nur durch die, in der Regel Jedem zugänglichen, Sitzungen der Kammer der Abgeordneten und durch den Druck der Protocolle beider Kammern, sondern auch durch eine jährliche Bekanntmachung der Ergebnisse der Jahresrechnung gesorgt.

Dass diese tief- und weitgreifenden Aenderungen nicht ohne entsprechende Wirkung bleiben konnten, versteht sich von selbst; und es hat sich auch in den sechsundzwanzig Jahren des Bestehens der Verfassung dieselbe reichlich gezeigt. Welcherlei Art sie aber war, und ob sie den bei der Entwerfung der Verfassung gehegten Erwartungen entsprach, ist nun näher zu zeigen. Bei der grossen Menge und der verschiedenen Beziehung der anzuführenden Thatsachen wird es aber wohl als zweckmässig erscheinen, wenn die nachstehende Erzählung zerfällt in Nachweisungen über die äussere Geschichte der gesetzgeberischen Thätigkeit; über die Veränderungen in der Grösse der Schuldsomme; über die Maassregeln hinsichtlich der Verzinsung; über die Art und Weise der Schuldenaufnahme; über die Schuldentilgungsplane; endlich über die in den sonstigen Rechtsverhältnissen der Gläubiger eingetretenen Veränderungen. Nur bei solcher Scheidung ist ein klares Bewusstsein des geschichtlichen Herganges, somit auch eine richtige Einsicht in die Ursachen des gegenwärtigen Zustandes möglich.

a) Aeusserer Geschichte der Gesetzgebung über die Staatsschuld seit 1819.

Die Verfassung ordnete, wie oben bemerkt, die Verabschiedung eines neuen Statutes für die Verwaltung der Staatsschuldenzahlungskasse an, und entschied sich damit stillschweigend für

eine Abänderung des Edictes III. von 1817. Ferner bestimmte sie, dass die noch auf den neuen Landestheilen haftenden Schulden zur Staatsschuld zu schlagen seien. Die Ausführung beider Vorschriften erforderte eine Thätigkeit der Gesetzgebung, und in beiden Beziehungen war es zur Zufriedenstellung ungeduldiger Erwartungen nothwendig, so schnell als möglich nach Einführung der Verfassung ans Werk zu gehen. Auch säumten Regierung und Stände nicht.

Schon am 9. Febr. 1820 übergab der Finanzminister der zweiten Kammer den Entwurf eines neuen Statutes, welcher im Mai und Juni von den beiden Kammern berathen wurde und, jedoch mit einigen Abänderungen, die Zustimmung derselben erhielt ¹⁾. Das Gesetz erschien als „Staats-Schulden-Statut“ unter dem 22. Juni 1820 ²⁾. — Die wesentlichen Bestimmungen desselben werden später unter den betreffenden Abtheilungen angeführt werden; hier genügt zu bemerken, dass sich dasselbe so viel als möglich an das Statut von 1817 anschliesst und ausführlichere Vorschriften nur über die Heimzahlungen mittheilt, wobei die, durch das obengenannte Statut aufgehobene, Vormerkung der nicht sogleich zu befriedigenden aufkündigenden Gläubiger wieder hergestellt wird. In den Kammern fand der Entwurf wenigen Widerstand, nachdem der Antrag, die Berathung eines neuen Gesetzes überhaupt zu verschieben bis nach beendigter Uebernahme der neuwürttembergischen Schulden, gescheitert, ein zweiter Antrag aber, Staatsdomänen bis zum Betrage von 4 Millionen Gulden zur Beschleunigung der Tilgung zu verkaufen, zwar an eine Commission verwiesen worden war, aber keine weitere Folge erhalten hatte. Ein leiser Wunsch der Regierung, den noch nicht wirklich an die Schuldenzahlungskasse einbezahlten Rest der französischen Contributionsgelder, im Betrage von 1,152,891 Franken, der Schuldentilgung zu entziehen und zu laufenden Ausgaben zu verwenden, fand keinerlei Anklang. Im Uebrigen tauchten gleich bei dieser ersten ständischen Berathung mancherlei Ansichten

1) S. die Verhandlungen des Landtages von 1820, namentlich aber die Verh. der K. d. A., H. 2, Beil. 146, 1stes a. o. Beil.H., S. 143; H. 10, S. 986 fg.; H. 12, S. 1248; und Verh. der K. d. St.H., H. 7, Beil. S. 304, Protoc. S. 662 fg.

2) R.Bl., 1820, S. 347 fg.

auf, welche später von practischer Bedeutung wurden, wie z. B. Ausstellung von Schuldscheinen auf den Inhaber, Zinsverminderung u. s. w.

Auch die Uebernahme der auf neuerworbenen Gebietstheilen noch ruhenden Staatsschulden ward alsbald nach Eröffnung des ersten Landtages zur Sprache gebracht, und zwar zuerst mittelst bitterer Klagen von Seiten der Abgeordneten solcher Bezirke über die bisher begangene Unbill. Die Regierung zeigte sich willig zur Beseitigung des alten Unrechtes und schlug die Bildung einer aus Staatsbeamten und Ständemitgliedern zusammenzusetzenden Kommission zur Untersuchung der einzelnen Fälle und zur Bezeichnung der sich zur nachträglichen Uebernahme auf den Staat eignenden Posten; und gerne gingen auch die Kammern auf diesen Vorschlag ein. Die Verhandlungen der Kommission wurden auch während der Vertagungen der vollen Versammlung fortgesetzt und führten, nach manchen Zwischenfällen und unter Zuweisung vorläufiger Unterstützungen, schon auf dem Landtage von 1821 zu zwei Gesetzen, welche, unter dem 21. März 1821 ¹⁾ und unter dem 29. Juni desselben Jahres ²⁾ bekannt gemacht, die Uebernahme von 2,832,300 fl. und von 857,085 fl. auf die Staatsschuldenzahlungskasse anordneten ³⁾.

1) R.Bl., 1821, S. 139 fg.

2) Das., S. 389 fg.

3) Die gleich auf dem ersten Landtage begonnene Uebernahme von Schulden neuwürttembergischer Landestheile und die Fortsetzung derselben auf einer Reihe von späteren Landtagen ist eine der bedeutendsten Handlungen der Gerechtigkeit unter der Regierung König Wilhelms, aber auch eine der folgenschwersten Anordnungen hinsichtlich der Staatsschuld. Der Gesamtbetrag dieser Uebernahme ist bis itzt nämlich nicht geringer, als 6,431,735 fl. 40 kr., und vielleicht ist er noch nicht völlig geschlossen. Die Verpflichtung dazu war allerdings ausser allem Zweifel. Es hatte zwar nämlich schon König Friedrich bei der Besitzergreifung der in den J. 1803—10 allmählig Württemberg zugewiesenen Gebietserweiterungen einen Theil der auf diesen ehemaligen kleinen Staaten und Theilen anderer Staaten ruhenden öffentlichen Schuld auf den württembergischen Staat übernommen, in einem Betrage von 9—10 Millionen Gulden. Allein es war diess lange nicht genug gewesen. Unter der unrichtigen Bezeichnung von blos örtlichen, Bezirks- oder Privat-Schulden wurde den ehemaligen Reichsstädten, Landschaften oder Reichsfürsten ein grosser Theil eigentlicher Staatsschulden zugeschoben und sie zu deren Verzinsung und Tilgung für schuldig erklärt, was um so

Aber auch auf dem nächstfolgenden Landtage 1823 — 24 wurde wieder die Thätigkeit der Gesetzgebung in den beiden eben besprochenen Richtungen in Anspruch genommen.

Einerseits nämlich erachtete man es schon itzt an der Zeit, einige Aenderungen in dem Schuldenstatute von 1820 eintreten zu lassen. Und zwar wurde, erstens, hinsichtlich der ohne Aufkündigung von Seiten der Gläubiger zur Tilgung kommenden Posten durch Gesetz vom 18. Juni 1824 bestimmt, dass zunächst immer die unter beschwerlichen Bedingungen und namentlich gegen höheren als den gesetzlichen Zinsfuss stehenden Kapitale, sodann die unter 100 fl. betragenden Posten abzulösen, und erst nach diesen endlich durch Loos die übrigen zurückzubezahlenden zu bestimmen seien ¹⁾. — Zweitens fand man bereits eine Zinszurückführung bei der ganzen Schuldenmasse möglich und rathsam. Zwar wurde von dem ursprünglichen Antrage des Abg. von Theobald, welcher theils die Ausstellung von Schuldscheinen auf den Inhaber, theils Herabsetzung des Zinsfusses von 5 auf $4\frac{1}{2}$ vom Hundert beabsichtigte, die erste Hälfte beseitigt; allein die Herabsetzung erhielt den Beifall der zweiten Kammer (die Kammer der Standesherrn war auf diesem Landtage gar nicht erschienen). Diess führte dann zu einem zweiten Gesetze, ebenfalls vom 18. Juli 1824, welches jene Herabsetzung verkündete und den Staatsgläubigern die Wahl zwischen der Zustimmung hiezu oder der Zurückzahlung ihrer Forderung liess. ²⁾ — Andere, noch weiter greifende, Anträge, namentlich auf eine Verwandlung der Staatsschuld in eine, mittelst Domänenverkaufes allmählig

ungerechter, zum Theile selbst um so unausführbarer war, als zu gleicher Zeit die ehemaligen Staatseinkünfte dieser Gebietstheile von der württembergischen Regierung für sich in Anspruch genommen wurden. Kein Wunder daher, dass die Mehrzahl dieser Schulden sehr tief im Kurse fiel, zum Theile fast werthlos wurde, während ihre Verzinsung eine drückende Last für alle Pflichtigen und das Ganze eine Ursache bitteren Hasses aller Betheiligten gegen Württemberg war. Eine neue Untersuchung der Uebernahme-Pflicht war somit eben so sehr Forderung des Rechtes, als sie von der Klugheit geboten war.

1) R.Bl., 1824, S. 530.

2) Das., 1824, S. 861 fg. Die Summe, welche zur Befriedigung von Gläubigern, die mit der Zinsenherabsetzung nicht zufrieden waren, aufgenommen werden musste, betrug 3,131,050 fl.

abzulösende, Rente wurden schon von der Ständeversammlung selbst abgewiesen ¹⁾).

Andererseits führten die in der Zwischenzeit fortgesetzten Verhandlungen über die Anerkennung neuwürttembergischer Schulden zu dem Gesetze vom 24. Juli 1824, welches die weitere Uebernahme von 2,296,618 fl. 8 kr. anordnete ²⁾, und zu einer Verabschiedung über die Anerkennung von 92,232 fl. 32 kr.

Ein ähnliches Gesetz kam auch auf dem Landtage von 1826—29 zu Stande, indem hier, unter dem 11. Juli 1827, die Uebernahme einer Summe von 507,000 fl. von einigen Standesherrschaften beschlossen wurde ³⁾. Weiteres wurde jedoch von dieser Versammlung hinsichtlich der Staatsschuld nicht bestimmt, da einige Anträge von Abgeordneten schon von der Kammer selbst verworfen worden waren.

Der ausserordentliche Landtag von 1828 beschäftigte sich gesetzgeberisch nicht mit der Staatsschuld. — Zu desto lebhafteren Verhandlungen gab dagegen die in der Zwischenzeit bis zum ordentlichen Landtage von 1830 vom engern ständischen Ausschusse veranstaltete Herabsetzung des Zinsfusses auf 4 Proc. Veranlassung. Die Maassregel war thatsächlich vollkommen gelungen; allein sie wurde in der zweiten Kammer als eine von Seiten des Ausschusses unbefugte, überdiess als eine ungesetzliche und nachtheilige heftig angegriffen, und beide Kammern kamen auch zuerst in dem Beschlusse überein, künftige Zinsherabsetzungen nur im Wege der Gesetzgebung gestatten zu wollen. Als aber nach späteren Verhandlungen in der zweiten Kammer es doch wieder in die Macht des Ausschusses gestellt werden wollte, Geld unter 4 Proc. anzunehmen und solche Gläubiger von der Verloosung auszunehmen, welche ihre Forderungen zu 3½ vom Hundert stehen lassen würden, bat die erste Kammer um Mittheilung eines Gesetzesentwurfes über den ganzen Gegenstand. Die Regierung willfahrte dieser Bitte, und so kam nach kurzen Verhandlungen und mit einigen Abänderungen des ursprünglichen

1) S. Verh. der K. d. A., 1824, H. 18, S. 299.

2) R.Bl., 1824, S. 601 fg.

3) S. die merkwürdigen Erörterungen über diese Frage in den Verh. der K. d. A., 1830, 1stes a. o. Beil.H., S. 139 fg.; H. 1, S. 177 fg.

Entwurfes das Gesetz vom 26. April 1830 zu Stande, welchem gemäss der regelmässige Zinsfuss der Staatsschuld auf 4 Proc. festgesetzt, die Aufnahme von Geld zu höheren Zinsen untersagt, dagegen dem Ausschusse gestattet wurde, Geld zu niederen Zinsen zur Abzahlung auch unaufgekündigter Posten aufzunehmen, eben so in das Anerbieten eines Gläubigers einzugehen, seine Forderung um eine, wenigstens $\frac{1}{2}$ vom Hundert niedere Verzin- sung gegen Befreiung von der Verloosung stehen zu lassen ¹⁾.

Auf demselben Landtage war auch noch eine nachträgliche Uebernahme neuwürttembergischer Schulden im Betrage von 128,000 fl. zu Stande gekommen mittelst Gesetzes vom 18. April 1830 ²⁾.

Die beiden politisch so sehr aufgeregten Landtage von 1833 sammt der Fortsetzung im Jahre 1835 hatten hinsichtlich der Staatsschuld nur ein verhältnissmässig geringes legislatives Ergebniss. Ausser der Erledigung von laufenden Geschäften und Verwaltungsfragen und der Verweisung einiger Anträge an Kommissionen zum Behufe einer Berichterstattung kam nur ein Gesetz über eine abermalige Schuldanerkennung im Betrage von 97,500 fl. zu Stande ³⁾.

Bedeutender war dagegen wieder der Landtag von 1836. Es hatten sich über die Art, wie der Tilgungsfonds zu berechnen sei, nicht nur Zweifel ergeben, sondern es war sogar eine Verschiedenheit zwischen den Beschlüssen der verschiedenen Landtage eingetreten. Die Regierung brachte nun zu dem Zwecke einer bestimmten Festsetzung einen Gesetzesentwurf ein, welcher auch im Wesentlichen die Zustimmung der Kammern erhielt ⁴⁾. Durch diese Beschlüsse wurde anerkannt, dass der jährliche Tilgungsfonds zu bestehen habe: erstens aus einem halben Procente des höchsten je erreichten Standes der Schuldsomme, und zwar ohne Abzug bereits geschehener Ablösungen (nicht also aus dem Zehentheile des einer solchen Schuld entsprechenden Jahreszinses,

1) R.Bl., 1830, S. 183.

2) Das., S. 177.

3) S. Gesetz vom 14. Nov. 1833, R.Bl., S. 351.

4) S. Verh. der K. d. A., 1836, Beil.H. 1, S. 98; Beil.H. 4, 1, S. 71; Protoc. 50, S. 49 fg.; Verh. d. K. d. St.H., H. 4, S. 1164 fg. u. 1198 fg. H. 5, S. 1504.

als welcher veränderlich sei); zweitens, aus dem Betrage der durch die Tilgungen bewerkstelligten Zinsersparnisse, und zwar berechnet zu 4 Proc. bei den bis 1833 getilgten Schulden, in der jeweiligen wirklichen Grösse bei den von diesem Zeitpunkte an zu tilgenden; drittens, in den etwaigen Ersparnissen an den laufenden Zinsen. — Bei Gelegenheit der Berathung dieses Gesetzes wurde aber auch der Wunsch ausgesprochen und von beiden Kammern getheilt, dass die sämtlichen Nachträge und Abänderungen des ursprünglichen Schuldenstatutes zu grösserer Deutlichkeit und Bequemlichkeit zu einem Ganzen mit demselben verschmolzen werden möchten. Das Ergebniss dieses, von der Regierung gebilligten Wunsches war das „revidirte Schulden-Statut“ vom 22. Febr. 1837 ¹⁾.

Der ausserordentliche Landtag von 1838, wesentlich zur Abfassung eines neuen Strafgesetzbuches bestimmt, hatte keine Folgen für die Staatsschuld, als die strengen Bestimmungen des Strafgesetzbuches über die Fälschung von Staatsschuldscheinen (Art. 216).

Auf dem Landtage von 1839 wurde, zwar nicht in der Form eines Gesetzes aber durch Uebereinstimmung der drei Factoren der Gesetzgebung, eine schon längst von verschiedenen Seiten verlangte Abänderung in der Form der Staatsschuldscheine beschlossen. Es sollte nämlich künftig in denselben der gesetzlichen Beschränkung des Aufkündigungsrechtes der Gläubiger Erwähnung gethan und anstatt der, nach der geltenden Pfandgesetzgebung nicht mehr zulässigen, Einräumung einer Generalhypothek auf sämtliche Staatseinkünfte nur eine Hinweisung auf die Verpflichtung des ganzen Staates zur Verzinsung und Tilgung der Schuld und auf die Gewährleistung der Stände gegeben werden ²⁾.

Von grösster Bedeutung für das württembergische Staatsschuldenwesen waren aber wieder die Landtage von 1841 — 43 und von 1845.

Hier nämlich wurde die thatsächliche, wenn auch nicht die gesetzliche Aufhebung des Zinsfusses von Vier vom Hundert beschlossen. Schon seit einer Reihe von Jahren hatte (wie unten

1) R.Bl., 1837, S. 105 fg.

2) Verh. der K. d. A., 1839, Bd. XIII, S. 626 fg.

näher zu besprechen seyn wird) eine Meinungsverschiedenheit zwischen den beiden Kammern darüber bestanden, ob eine noch weitere Herabdrückung des Zinsfusses zweckmässig sei oder nicht, und wiederholt hatte die erste Kammer eine Veränderung verhindert. Auf dem Landtage von 1842 wusste sie jedoch dem vereinten Verlangen der Kammer der Abgeordneten und des Finanzministeriums nicht länger zu widerstehen. Es kam demnach das Gesetz vom 4. Juli 1842 zu Stande, welches, ohne dass das gesetzlich erlaubte Maximum von vier vom Hundert aufgehoben wurde, der Schuldzahlungskasse gestattete, so lange vierprocentige Schulden vorhanden seien, zur Rückzahlung auch nicht aufgekündigter Kapitale Geld zu niedrigeren Zinsen zu borgen, falls wenigstens $\frac{1}{2}$ Procent dabei an Zinsen gewonnen würde ¹⁾. Die Vollziehung, aber auch die Folge, liess nicht lange auf sich warten. Noch in demselben Jahre wurde nämlich während einer Vertagung der Ständeversammlung die gesammte öffentliche Schuld, so weit nicht besondere Bestimmungen im Wege lagen, mittelst einer allgemeinen Aufkündigung an die Gläubiger, welche sich nicht zu fügen gedachten, in eine $3\frac{1}{2}$ procentige verwandelt; aber auch alsbald durch diesen Schritt und durch die Art seiner Durchführung ein grosser Widerwille gegen den Besitz württembergischer Staatsschuldscheine erzeugt und so der Kredit tief erschüttert.

Diess war aber um so unzeitiger, als der im Jahr 1843 beschlossene Bau einer Staatseisenbahn gerade itzt zu einer beispiellosen Vermehrung des Schuldkapitales nöthigte. Unter den vorliegenden Umständen war diess keine leichte Aufgabe; und so entstand denn in kurzer Zeit eine Reihe von Gesetzen und Verabschiedungen, welche theils neue Schuldenaufnahmen anordneten, theils in bunter Mischung und mit innerem Widerspruche bald zu der, wenigstens vermeintlichen, Anlockung der Gläubiger, bald zur Sicherstellung des Staates gegen Verlegenheiten die tiefgreifendsten Aenderungen in dem bisherigen Systeme anordneten. — Zuerst wurde gesetzlich festgestellt, dass die Kosten der Erbauung und Einrichtung der Bahn, (so weit nicht der Grundstock für die Erwerbung der Bodenfläche der Bahnhöfe und Gebäude zu sorgen hatte, und nicht etwa anderweitige

1) R.Bl., 1842, S. 352.

Mittel durch spätere Verabschiedung bestimmt würden), durch Staatsanlehen zu decken seien, deren Verzinsung den jeweiligen gesetzlichen Zinsfuß nicht übersteigen dürfe¹⁾. In Folge dessen wurden denn auch alsbald zwei Anlehen, das eine von 3,200,000 fl. für die Finanzperiode von 1842—45, das andere von 7,000,000 fl. für die Periode von 1845—48 durch förmliche Gesetze²⁾ beschlossen; zu einem dritten aber, von sogar 16,000,000 fl., und unter Umständen noch viel mehr, der Regierung durch Verabschiedung Kredit eröffnet³⁾. Zweitens führte der Wunsch, namentlich auch auswärtige Kapitalisten zur Theilnahme an diesen grossen Anlehen zu bewegen, zu der gesetzlichen Verlassung des Grundsatzes, nur auf bestimmte Namen lautende Schuldscheine auszustellen. Durch Gesetz vom 22. Juni 1843 wurde also nicht nur den für den Eisenbahnbau Darleihenden freigestellt, Schuldscheine auf den Inhaber und Jahreszins-Coupons zu verlangen, sondern auch bei der ältern Schuld den Gläubigern die Umwandlung ihrer Schuldscheine in Obligationen au porteur angeboten, doch so, dass derselbe Posten nur Einmal in seiner Form verändert werden dürfe. Aufkündbarkeit wurde übrigens auch bei diesen auf den Inhaber lautenden Scheinen gestattet⁴⁾. — Drittens wurde in einer von den Ständen und von dem Finanzministerium gemeinschaftlich erlassenen Bekanntmachung, welche zu dem Anlehen von sieben Millionen Gulden aufforderte, anstatt des bisher immer eingehaltenen unmittelbaren Verkehrs mit den einzelnen Gläubigern der Weg der Submission von Bankhäusern eingeschlagen, und somit die Zuschreibung eines grössern Nominalcapitals zugesichert, als wirklich einbezahlt werden würde.⁵⁾ Viertens entzog das Gesetz vom 30. Juni 1845 den Staatsgläubigern das Aufkündigungsrecht, denselben die Wahl zwischen der

1) Gesetz, betreffend den Bau von Eisenbahnen vom 15. April 1843, Art. 3 und 4, R.Bl., S. 278.

2) S. das angef. Gesetz, Art. 5, und Gesetz vom 30. Juni 1845, R.Bl., S. 219. — Uebrigens sind von dem Anlehen von 3,200,000 fl. nur 1,124,000 fl. wirklich erhoben worden, und zwar durch unverzinsliche Vorschüsse aus der Staatskasse. S. Rech.-Ber. von 1845, S. 106 fg.

3) S. Verh. der K. d. A., 1845.

4) R.Bl., 1843, S. 119.

5) S. Bekanntmachung vom 19. Mai 1845, R.Bl., S. 171 fg.

Rückzahlung des Kapitaless oder dem Empfange einer Entschädigung (von 2 fl. 57½ kr. auf 100 fl. Capital) lassend ¹⁾). Endlich fünftens wurde durch Beschlüsse, welche gelegentlich des Finanzgesetzes für 1845—48 gefasst wurden, das bisherige System der Schuldentilgung für die ganze unter Pari aufgenommene oder in eine solche umgewandelte Schuld verlassen und an dessen Stelle eine auf 45 Jahre berechnete Tilgung festgestellt ²⁾).

Auf diese Weise wurden also im Laufe von fünfundzwanzig Jahren sechzehn Gesetze erlassen, welche die Staatsschuld zum Gegenstande hatten, ungerechnet mehrere zum Theile sehr wichtige Verabschiedungen ohne Gesetzesform. Der Inhalt derselben aber hatte nicht nur grosse Veränderungen in der Gesamtsumme der Schuld und in den Verzinsungs- so wie Tilgungsbestimmungen, sondern auch eine völlige Umwandlung der früher festgehaltenen Verwaltungsgrundsätze zur Folge.

b) Die Veränderungen in der Grösse der Staatsschuld.

Die Angabe jeder einzelnen, oft nur vorübergehenden und durchlaufenden Veränderung in dem Betrage der Schuldsumme würde eben so ermüdend als nutzlos seyn. Es genügt hier offenbar, wenn das Hauptergebniss der Verwaltung jedes einzelnen Jahres seit Uebernahme der Staatsschuld von Seiten der Stände angegeben wird; und zwar ist hierbei die jährliche öffentliche Bekanntmachung im Regierungsblatte als die sicherste Quelle zu benutzen. Störend ist freilich, dass im Jahre 1832 eine Aenderung und zwar ins Schlechtere mit diesen Rechenschaftsberichten vorgenommen wurde.

18²⁰/₂₁

Am 1. Juli 1820, als dem Tage der Uebernahme der Staatsschuld von den Ständen, betrug die Gesamtsumme der württembergischen Staatsschuld 20,814,244 fl. 33 kr.

Im Verlaufe des Rechnungsjahres vom 1. Juli 1820 bis 30. Juni 1821 erhöhte sich dieser Stand um 3,689,385 fl., welche in Folge gesetzlicher Anordnungen (s. oben, S. 642) von

1) R.Bl., 1845, S. 219 fg.

2) Verh. der K. d. A., 1845, Beil.H. 2, S. 1286.

Zeitschr. für Staatsw. 1846. 4s Hft.

neuerworbenen Landestheilen zu übernehmen waren; ferner um 1,695,660 fl., welche zur Bezahlung aufkündigender Gläubiger aufgenommen wurden, somit im Ganzen um 5,355,575 fl.

Im Laufe des Jahres wurden dagegen

abgelöst 1,580,261 fl. 5 kr.

ferner betrugen die Activkapitale der

Kasse 437,023 fl. 4 kr.

Somit war der Stand der Staats-

schuld am 30. Juni 1821 . . . 24,152,035 fl. 24 kr.¹⁾

18²¹/₂₂.

Zuwachs:

an Schulden von neuen Landestheilen 932,145 fl. 8 kr.²⁾

an neuen Aufnahmen zur Zahlung

aufgekündigter Posten 1,831,211 fl. 13 kr.

zusammen 2,736,357 fl. 21 kr.

1) R.Bl., 1824, S. 168 fg. — Die in der Berechnung angeführten Activkapitale der Schuldenzahlungskasse waren eine Anzahl von unverzinslichen Forderungen, welche der Kasse aus verschiedenen Gründen an mehrere andere Staatskassen zustanden und deren baare Zahlung bei den finanziellen Verlegenheiten in den ersten Jahren des constitutionellen Lebens unthunlich schien. S. Verh. der K. d. A., 1820, H. 13, Beil. S. 14 fg. Diese Activkapitale wurden, mit steten Schwankungen in der Grösse (deren Geschichte hier zu weit führen würde), bis zum Jahre 1827—28 in den Rechnungen geführt und, mit Recht, an der Gesamtsumme der Staatsschuld abgezogen. Von dem letztgenannten Jahre jedoch wurden dieselben in Folge getroffener Verabschiedung nur noch innerhalb Falzes nachgeführt, bis die Restverwaltung, d. h. der Ueberschuss der Staatskasse, im Stande sei, dieselben zu bezahlen, in welchem Falle sie dann zu einer ausserordentlichen Tilgung verwendet werden sollten. Letzteres geschah endlich im Jahr 1835—36, wie unten angegeben ist. Doch bildeten sich auch itzt wieder zuweilen Activkapitale der Schuldenzahlungskasse durch Vorschüsse, welche diese für den laufenden öffentlichen Dienst machte, z. B. zu Kasernenbauten.

2) Die Summen der in den einzelnen Rechnungsjahren von neuerworbenen Landestheilen übernommenen Schulden stimmt mit der oben S. 642 fg. als durch Gesetz bestimmten Grösse solcher Uebernahmen desshalb nicht in jedem Jahre sogleich überein, weil die wirklichen Ueberschreibungen der dem Grundsatz nach hierzu bestimmten Posten in der Ausführung mancherlei Anstände und Verzögerungen fand. Zuweilen wurden auch Schulden dieser Art, noch ehe sie ein Gesetz förmlich auf den Staat verwiesen hatte, vorläufig bereits von der Kasse übernommen, wenn einerseits Noth des Gläubigers drängte, andererseits kein Zweifel hinsichtlich der schliesslichen Uebernahme war.

Ablösung im Laufe des Jahres . .	2,246,133 fl. 26½ kr.
Betrag der Activkapitale . . .	422,237 fl. 55 kr.
Stand der Staatsschuld am	
30. Juni 1822	24,684,043 fl. 27½ kr. ¹⁾

18²²/₂₃.

Zuwachs:

von neuen Landestheilen	655,500 fl.	
zur Zahlung aufgekündigter Posten	412,025 fl.	
zusammen	1,067,525 fl.	
Ablösung im Laufe des Jahrs . .	494,190 fl. 19	kr.
Betrag der Activkapitale . . .	401,342 fl. 45	kr.
Stand der Staatsschuld am		
30. Juni 1823	25,278,273 fl. 18½ kr. ²⁾	

18²³/₂₄.

Zuwachs:

von neuen Landestheilen	362,700 fl.	
zur Zahlung aufgekündigter Posten	1,331,500 fl.	
zusammen	1,694,200 fl.	
Ablösung im Laufe des Jahres . .	1,150,333 fl. 47	kr.
Betrag der Activkapitale . . .	390,895 fl. 10	kr.
Stand der Staatsschuld am		
30. Juni 1824	25,832,587 fl. 6	kr. ³⁾

18²⁴/₂₅.

Zuwachs:

von neuen Landestheilen	429,273 fl.	
von der Staatshauptkasse . . .	1,223,528 fl. 31	kr. ⁴⁾
zur Zahlung aufgekündigter Posten	3,131,050 fl. 19	kr.
zusammen	4,783,851 fl. 50	kr.

1) R.Bl., 1825, S. 112 fg.

2) Das., S. 116 fg.

3) Das., 1826, S. 535 fg.

4) Bei allmählicher immer genauerer Bereinigung des Staatshaushaltes zeigte sich, dass verschiedene verzinsliche Passivposten, welche bei der Uebernahme der Schuldenzahlungskasse von Seiten der Stände nicht als Bestandtheile der Staatsschuld eingerechnet worden waren, noch auf anderen öffentlichen Kassen ruhten. Zur grössern Vereinfachung und Uebersichtlichkeit

Ablösung im Laufe des Jahres . . .	3,202,369 fl. 6	kr.
Betrag der Activkapitale . . .	448,047 fl. 35	kr.
Stand der Staatsschuld am		
30. Juni 1825	27,356,917 fl. 25	kr. 1)

18²⁵/₂₆.

Zuwachs:

von neuen Landestheilen . . .	45,000 fl. —	
zur Zahlung aufgekündigter Posten	979,199 fl. 51	kr.
zusammen	1,024,199 fl. 53	kr.
Ablösung im Laufe des Jahres . .	1,131,853 fl. 53	kr.
Betrag der Activkapitale . . .	477,000 fl. —	
Stand der Staatsschuld am		
30. Juni 1826	27,220,309 fl. —	2)

18²⁶/₂₇.

Zuwachs:

von neuen Landestheilen . . .	357,000 fl. —	
Militärkautionen	130,400 fl. —	
zusammen	487,400 fl. —	
Ablösung im Laufe des Jahres . .	221,175 fl. 10	kr.
Betrag der Activkapitale . . .	519,317 fl. 50	kr.
Stand der Staatsschuld am		
30. Juni 1827	27,444,216 fl. —	3)

18²⁷/₂₈.

Zuwachs:

von neuen Landestheilen . . .	22,000 fl. —	
von dem Wittwen - Pensionsfond .	55,000 fl. —	
Militärkautionen	91,600 fl. —	
zusammen	168,600 fl. —	
Ablösung im Laufe des Jahres . .	222,920 fl. 8½	kr.

wurde auf dem Landtage von 1824 von den Ständen eine Ueberweisung solcher Lasten auf die Schuldenzahlungskasse verlangt. S. Verh. der K. d. A., 1824, Rech.Ber. S. 157, H. 18, S. 168 u. 176.

1) R.Bl., 1826, S. 539 fg.

2) Das., 1827. S. 57 fg.

3) Das., 1828, S. 837 fg.

Betrag der Activkapitale . . .	580,118 fl. 46½ kr.	
Stand der Staatsschuld am		
30. Juni 1828	27,328,694 fl. 35	kr. 1)

18²⁸/₂₉.

Zuwachs:

von dem Wittwen-Pensionsfond .	36,000 fl. —	
Militärkautionen	97,800 fl. —	
zur Zahlung aufgekündigter Posten	2,784,700 fl. —	
zusammen	2,918,500 fl. —	
Ablösung im Laufe des Jahres .	1,625,363 fl. 40½ kr.	
Betrag der Activkapitale . . .	114,704 fl. 58	kr.
Unverwendeter Tilgungsfond . . .	1,409,013 fl. 27	kr.
Stand der Staatsschuld am		
30. Juni 1829	27,678,631 fl. 36	kr. 2)

18²⁹/₃₀.

Zuwachs:

von neuen Landestheilen	128,000 fl. —	
aus dem Wittwen-Pensionsfond .	49,600 fl. —	
Militärkautionen	84,300 fl. —	
zur Zahlung aufgekündigter Posten	2,494,400 fl. —	
zusammen	2,756,300 fl. —	
Ablösung im Laufe des Jahres .	4,103,398 fl. 35¼ kr.	
Betrag der Activkapitale . . .	155,704 fl. 58	kr.
Stand der Staatsschuld am		
30. Juni 1830.	27,570,257 fl. 32¾ kr.	3)

18³⁰/₃₁.

Zuwachs:

durch Vergleich	4,500 fl. —
---------------------------	-------------

1) R.Bl., 1829, S. 62 fg.

2) Das., 1831, S. 16 fg. — Die in diesem (so wie im folgenden) Jahre so bedeutende Aufnahme von Geldern zum Behufe der Rückzahlung aufgekündigter Posten war veranlasst durch die Herabsetzung des Zinsfusses von 4½ auf 4 Pct. S. oben, S. 644.

3) R.Bl., 1831, S. 21 fg.

Ablösung im Laufe des Jahres .	433,213 fl. 24½ kr.
Stand der Staatsschuld am	
30. Juni 1831	27,386,538 fl. 1¼ kr. ¹⁾
18 ³¹ / ₃₂ .	
Ablösung im Laufe des Jahres .	694,337 fl. 20 kr.
Stand der Staatsschuld am	
30. Juni 1832	26,692,200 fl. 41¼ kr. ²⁾
18 ³² / ₃₃ .	
Ablösung im Laufe des Jahres .	467,179 fl. 38 kr.
Stand der Staatsschuld am	
30. Juni 1833	26,225,021 fl. 3¼ kr. ³⁾
18 ³³ / ₃₄ .	
Zuwachs:	
von neuen Landestheilen	97,500 fl. —
Ablösung im Laufe des Jahres .	293,111 fl. 19½ kr.
Stand der Staatsschuld am	
30. Juni 1834	26,029,409 fl. 43¾ kr. ⁴⁾

1) R.Bl., 1832, S. 206 fg. — Der Augenschein zeigt, dass die Summen von 1830 und 1831 nicht stimmen. Die Ursache aufzufinden hat mir nicht gelingen wollen; und nur so viel ergibt sich aus der Vergleichung der Rechenschaftsberichte über beide Jahre, dass in dem letztern derselben eine andere Art der Darstellung des Standes der Staatsschuld gewählt worden ist, welche nur als eine durchaus unvollständigere und unklarere gegenüber von den früheren bezeichnet werden kann. Da sie nun aber die von itzt an befolgte ist, so blieb nichts übrig, als sie in der Berechnung zu benützen, in Noten aber Erläuterungen beizufügen.

2) R.Bl., 1833, S. 61 fg. — Die beträchtlichere Tilgung dieses Jahres rührt her von der Bezahlung eines Postens von 287,630 fl. 11 kr., welcher im Jahr 1820 dem laufenden Dienste auf Wiederersatz in besserer Zeit vorgeschossen worden war. Zu bemerken ist noch, dass in diesem Jahre von der Kasse übernommen wurden und unter der kurzen Aufführung des Endergebnisses begriffen sind: 57,000 fl. vom Wittwenpensions-Fonds, 129,600 fl. Militärkautionen, und 186,600 fl. Kapitalaufnahme zur Rückzahlung aufgekündigter Posten.

3) R.Bl., 1833, S. 369 fg. — Auch in diesem Jahre sind 233,830 fl. 54 kr. Rückzahlungen von der Staatshauptkasse zu ausserordentlicher Tilgung verwendet. Vom Pensionsfond wurden 41,000 fl., an Militärkautionen 132,900 fl., zur Befriedigung von Aufkündigungen 173,900 fl. aufgenommen.

4) R.Bl., 1835, S. 55 fg. Von der Wittwenkasse wurden 44,700 fl., an Militärkautionen 114,300 fl., zur Zahlung aufgekündigter Posten 159,000 fl. aufgenommen.

18³⁴/₃₅.

Ablösung im Laufe des Jahres	237,354 fl. 53 kr.
Stand der Staatsschuld am	
30. Juni 1835	25,792,054 fl. 50 ³ / ₄ kr. ¹⁾

18³⁵/₃₆.

Ablösung im Laufe des Jahres .	331,290 fl. 4 ¹ / ₂ kr.
Stand der Staatsschuld am	
30. Juni 1836	25,460,764 fl. 46 ¹ / ₄ krf ²⁾

18³⁶/₃₇.

Ablösung im Laufe des Jahres .	797,750 fl. 3 kr.
Stand der Staatsschuld am	
30. Juni 1837	24,663,014 fl. 43 ¹ / ₄ kr. ³⁾

18³⁷/₃₈.

Ablösung im Laufe des Jahres .	308,812 fl. 6 kr.
Stand der Staatsschuld am	
30. Juni 1838	24,354,202 fl. 37 ¹ / ₄ kr. ⁴⁾

18³⁸/₃₉.

Ablösung im Laufe des Jahres .	330,023 fl. 1 ¹ / ₄ kr.
Stand der Staatsschuld am	
30. Juni 1839	24,024,179 fl. 38 kr. ⁵⁾

1) R.Bl., 1835, S. 449 fg. Von der Wittwenkasse 45,000 fl.; an Militärkautionen 122,400 fl.; zur Befriedigung von Aufkündigungen 167,400 fl.

2) R.Bl., 1837, S. 111 fg. Von der Wittwenkasse 47,000 fl.; Militärkautionen 109,200 fl.; für aufgekündigte Posten 156,200 fl.

3) R.Bl., 1838, S. 94 fg. In diesem Jahre kam eine ausserordentliche Tilgung von 507,407 fl. 49 kr. zur Anwendung. Aus der Wittwenkasse wurden aufgenommen 48,000 fl.; Militärkautionen 112,800 fl.; zur Bezahlung aufgekündigter Posten 160,800 fl.

4) R.Bl., 1838, S. 615 fg. Von der Wittwenkasse 50,000 fl.; Schullehrerwittwenkasse 25,000 fl.; Militärkautionen 111,600 fl.; wegen Aufkündigungen 186,600 fl.

5) R.Bl., 1840, S. 87 fg. Wittwenkasse 55,000 fl.; Schullehrerwittwenkasse 67,000 fl.; Militärkautionen 168,000 fl.; wegen Aufkündigungen 260,000 fl.

18³⁹/₄₀.

Ablösung im Laufe des Jahres .	1,329,111 fl. 41	kr.
Stand der Staatsschuld am		
30. Juni 1840	22,695,067 fl. 55	kr. ¹⁾

18⁴⁰/₄₁.

Ablösung im Laufe des Jahres .	270,120 fl. 6	kr.
Stand der Staatsschuld am		
30. Juni 1841	22,424,947 fl. 49	kr. ²⁾

18⁴¹/₄₂.

Ablösung im Laufe des Jahres .	384,156 fl. —	
Stand der Staatsschuld am		
30. Juni 1842	22,040,792 fl. 49	kr. ³⁾

18⁴²/₄₃.

Ablösung im Laufe des Jahres .	285,410 fl. —	
Stand der Staatsschuld am		
30. Juni 1843	21,755,382 fl. 49	kr. ⁴⁾

18⁴³/₄₄.

Zuwachs:

unverzinslicher Vorschuss aus der	
Staatshauptkasse zu Eisenbahnkosten	542,000 fl. —
Ablösung im Laufe des Jahres	450,930 fl. —

1) R.Bl., 1840, S. 529 fg. Unter der diessjährigen Ablösungssumme ist eine ausserordentliche Schuldentilgung von 1,000,000 fl. aus den Mitteln der Restverwaltung begriffen. Von der Staatsdienerwitwenkasse 125,000 fl.; Schullehrerpensionsfonds 942,000 fl.; Schullehrerwitwenkasse 18,000 fl.; Militärkautionen 106,800 fl.; wegen Aufkündigungen 1,191,800 fl.

2) R.Bl., 1841, S. 520 fg. Wittwenkasse 118,300 fl.; Schullehrerpensionsfonds 30,000 fl.; Schullehrerwitwenkasse 15,000 fl.; Militärkautionen 210,300 fl.; für Aufkündigungen 373,600 fl.

3) R.Bl., 1842, S. 562 fg. Wittwenkasse 6000 fl.; Schullehrerpensionsfonds 17,000 fl.; Schullehrerwitwenkasse 20,000 fl.; Militärkautionen 148,500 fl.; für Aufkündigungen 191,500 fl.

4) R.Bl., 1843, S. 759 fg. Wittwenkasse 512,000 fl.; Schullehrerpensionsfonds 17,000 fl.; Schullehrerwitwenkasse 12,000 fl.; Militärkautionen 138,000 fl.; für Aufkündigungen 5,188,200 fl.

Stand der Staatsschuld am
 30. Juni 1844 12,846,452 fl. 49 kr. ¹⁾
 18⁴⁴/₄₅.

Zuwachs:

unverzinsliche Vorschüsse für die
 Eisenbahn 582,000 fl. —
 Ablösung im Laufe des Jahres . 519,455 fl. —
 Stand der Staatsschuld am

30. Juni 1845 21,908,997 fl. 49 kr. ²⁾

c) Die hinsichtlich der Verzinsung eingehaltenen Maassregeln.

Unzweifelhaft ist eine tadellose Einrichtung der Verzinsung die erste Forderung an ein wohlgeleitetes Staatsschuldenwesen; nur in zweiter Linie steht die Tilgung, da es der bei weitem grössten Anzahl der Gläubiger nicht sowohl um eine baldige Rückzahlung des Kapitals, als um eine gesicherte, eine nach Grösse und Beständigkeit vortheilhafte, endlich um eine bequem zu beziehende Rente zu thun ist. Es fragt sich also bei der Geschichte der württembergischen Staatsschuld und der Würdigung des Geschehenen vor Allem, wie sich der Staat in den drei Beziehungen der Sicherstellung der Verzinsung, der Höhe und der Festhaltung des Zinsfusses und der Erleichterung des Zinsenbezuges verhalten hat.

1) Die Sicherstellung der Verzinsung gegen die Wechselfälle der auswärtigen Verhältnisse und gegen willkürliche und ungerichte Eingriffe der eigenen Staatsbehörden ist nicht eben eine leichte Aufgabe. Wenn ein wesentlicher Theil der Staatseinkünfte ausfällt, z. B. vom Feinde in Beschlag genommen ist; oder wenn ein unabweisbares Bedürfniss unerschwinglicher Ausgaben eintritt, vielleicht sogar zu eben der Zeit, in welcher die Einkünfte sich

1) R.Bl., 1845, S. 13 fg. Wittwenkasse 28,000 fl.; Schullehrerpensionsfonds 12,000 fl.; Schullehrerwitwenkasse 12,000 fl.; Militärkautionen 152,700 fl.; für Aufkündigungen 219,500 fl. — Die als Vorschuss zu Eisenbahnbauten aufgeführten 542,000 fl. (so wie die im folgenden Jahre verrechnete Summe von 582,000 fl.) sind Theile des durch Gesetz vom 30. Juni 1842 beschlossenen Anlehens von 3 Millionen, welches die Staatskasse zu liefern übernahm. Siehe Rechenschaftsbericht von 1845, S. 106 fg.

2) R.Bl., 1846, S. 49 fg. Wittwenkasse 30,000 fl.; Schullehrerpensionsfonds 20,000 fl.; Schullehrerwitwenkasse 46,000 fl.; Militärkautionen 144,000 fl.; für Aufkündigungen 501,800 fl.

vermindern, wie etwa bei Krieg, Hungersnoth u. dgl.: kann es da nicht ans Unmögliche gränzen, die Mittel zur Zahlung der Zinsen aus der Staatsschuld beizubringen? Mag es nicht als ein Frevel, als Wahnsinn erscheinen, diese Forderung zu befriedigen und die thatsächlich dringendsten Bedürfnisse darüber zu versäumen? Oder wie soll die Schuldenzahlungskasse gegen Eingriffe der eigenen Regirung geschützt werden, wenn diese, allerdings Versprechen und Recht zum Trotze allein mit der ihr zustehenden Gewalt, die Gelder zu selbstischen Zwecken in Anspruch nimmt? — Es ist, wie gesagt, schwer, hier Rath zu schaffen; doch sind immerhin zweierlei Mittel zu Erreichung des Zieles möglich. Entweder nämlich sucht man durch eine allgemeine Staatseinrichtung, somit schon im öffentlichen Interesse und ohne besondere Aufforderung oder Thätigkeit von Seiten des einzelnen Gläubigers, eine Sicherstellung der Verzinsung auch in schwierigen Zeiten und selbst bei etwaigem Gegenwillen des Staatsoberhauptes zu bewerkstelligen. Oder aber räumt man dem einzelnen Gläubiger eine privatrechtliche Sicherstellung ein, welche er auf gerichtlichem Wege leicht geltend machen kann. Nichts hindert auch, beide Mittel neben einander zu gebrauchen. Von selbst versteht sich, dass beide Gedanken auf verschiedene Weise ausgeführt werden können, ja dass sich die allgemeine staatliche Vorkehrung je nach der Verschiedenheit der Verfassungsarten abweichend gestalten muss.

Württemberg kannte beim Eintritte in das constitutionelle Leben beiderlei Gattungen von Sicherstellungen. Einerseits war nämlich, als allgemeine staatliche Maassregel, nicht nur die verkürzte Bezahlung der Zinsen bei dem königlichen Worte feierlich verheissen, sondern auch noch angeordnet, dass der in jedem Monate erforderliche Geldbetrag unfehlbar und vor allen anderen Ausgaben von der Hauptstaatskasse an die Schuldenzahlungskasse abzuliefern sei ¹⁾. Andererseits war theils durch das Gesetz ausgesprochen, dass die gesammten Staatsrevenueu, insbesondere aber die directen und indirecten Steuern für die Zinsen hypothecirt seien, theils dieselbe Bestimmung in jede einzelne Schuldverschreibung aufgenommen. Diese beiden Arten von Sicherstellungsmitteln haben nun unter der Herrschaft der itzt gültigen Verfassung ein sehr verschiedenes Schicksal gehabt.

1) Edict III. vom 18. Nov. 1817, §. 3.

Was nämlich die allgemeinen Bestimmungen betrifft, so fanden die Urheber des Grundgesetzes in denselben mit Recht keine wirkliche Sicherheit für die Gläubiger. Und da auch die itzt beschlossene Uebergabe der Staatsschuld an die Stände und die Aussprechung einer Verantwortlichkeit der letzteren eine solche Beruhigung an sich nicht gewähren konnte, indem die Stände keine eigenen, unabhängig von der Regierung verwendbaren Einnahmen erhalten sollten: so war man auf Verstärkung des Systemes bedacht. Nach verschiedenen Verhandlungen erfolgte deshalb in §. 116. der Verf.-Urk. die weitere Bestimmung, dass die directen und die indirecten Steuern theils an die Staatskasse, theils an die Schuldenzahlungskasse einzuliefern seien, und zwar nach der bei der Steuerverwilligung jedesmal zu treffenden Verabschiedung zwischen Regierung und Ständen. Damit aber diese Verabredung auch in der That immer gehalten werde, wurde noch beigefügt, dass die Oberamtspfleger, als die Einbringer der directen Steuern, sowie die Obereinbringer der indirecten Steuern dafür verantwortlich seien, die eingehenden Steuern unter keinem Vorwande an eine andere, als an die durch die Verabschiedung bestimmte Kasse, oder auf eine von derselben im gesetzlichen Wege ausgestellte Anweisung zu verabfolgen.

Diese Vorschriften des Grundgesetzes sind denn nun nicht nur ohne Anfechtung oder Abänderung bis itzt in Wirksamkeit geblieben, sondern sie haben auch noch in einigen Beziehungen eine grössere formelle Ausbildung erhalten. Einmal nämlich ergänzte schon das Schuldenstatut von 1820, und nach ihm das revidirte Statut von 1837, je in Art. 4, eine Lücke, indem für den Fall, wenn die durch Verabschiedung angewiesenen Einnahmen die angenommene Grösse nicht erreichen sollten, festgesetzt wird, dass alsdann der jährliche Minderbetrag von der Hauptstaatskasse aus dem Reservefonds zuzulegen sei; während umgekehrt eine etwaige Mehrlieferung der Staatskasse zu Gute kommen und im folgenden Jahre an den angewiesenen Einkünften abgerechnet werden soll.

Eine zweite nähere Feststellung aber betrifft die Art und Weise der gemeinschaftlichen Bezeichnung der einzelnen zur Schuldenkasse einliefernden Kassen und der von ihnen abzugebenden Summen. Nach dem Wortlaute der Verfassung, §. 116, ist

hierzu „Verabschiedung“ nöthig. Eine lange Reihe von Jahren hindurch fand man nun dieser Vorschrift Genüge geleistet, wenn die zur Verzinsung und Tilgung der Staatsschuld zu verwendenden Gefällgattungen im Allgemeinen durch das Finanzgesetz bezeichnet, die einzelnen einschlägigen Kassen aber und die von jeder zu liefernden Summen nur durch eine Verabredung zwischen dem Finanzministerium und dem ständischen Ausschusse bestimmt und dann durch das Regirungsblatt bekannt gemacht wurden. Im Jahre 1842 wurde jedoch auf Andringen des ständischen Ausschusses ¹⁾ beschlossen, künftig im Finanzgesetze die erforderliche Summe nach bestimmten Quoten unter die verschiedenen Steuerquellen zu vertheilen und nur die weitere Anweisung an die einzelnen Kassen einer Vereinbarung des Finanzministers und des Ausschusses zu überlassen; und es behielt sich sogar die Versammlung bevor, selbst diese letztere Austheilung mittelst förmlichen Gesetzes zu Stande zu bringen, sobald sich irgend eine Nothwendigkeit zeigen würde ²⁾. Auch der Satz wurde als unzweifelhaft richtig angesehen, dass nicht die Hauptstaatskasse an der Stelle einzelner Erhebekassen zu Lieferungen an die Schuldzahlungskasse bestimmt werden dürfe ³⁾.

Nur mit offenbarem Unrechte würde verkannt werden, dass, so weit es sich von einer allgemeinen staatlichen Anordnung handelt, durch diese Bestimmungen der Verfassung und ihre weitere Ausbildung Bedeutendes für die Sicherstellung der Verzinsung gewonnen worden ist. Nicht nur macht die zu einem Vertragsbruche itzt nothwendige Mitwirkung der Stände oder wenigstens ihres Ausschusses das Zustandekommen einer solchen Handlung weit unwahrscheinlicher; sondern es ist auch der Gedanke, schon die einzelnen Steuereinnahmer, und nicht etwa erst die Hauptstaatskassiere, für die wirkliche Ablieferung der verabschiedeten Gelder verantwortlich zu machen, ein richtiger. Es kann somit das Recht der Gläubiger in dieser Beziehung als gewahrt angesehen werden auch bei einem schon ziemlich übeln Willen

1) Rech.Ber. 1839—41, Thl. I., S. 154.

2) Verh. d. K. d. A. 1842, Bd. VII., Sitz. 92, S. 43 fg. Beil.H. 3, 3. S. 294.

3) Siehe die angef. Verh., Beil.H. 2, 3. S. 497; Sitz. 174, S. 27; Beil.H. 2, 3. S. 927.

der Regierung. Allein eben so wenig lässt sich freilich auch verkennen, dass eine vollkommene Sicherheit doch noch nicht erreicht ist. Gegen eine zu entschiedener Gewaltthat entschlossene Verwaltung und gegen Steuereinbringer, welche mit einer solchen im Bunde sind oder ihr wenigstens feige nachgeben, steht den Ständen thatsächlich kein Zwangsmittel zu; das einzige, im itzigen Stande der Gesetzgebung vorhandene, rechtliche Hilfsmittel aber, nämlich eine Klage beim Staatsgerichtshofe, ist eben so weitaussehend als unsicher im Erfolge. Es ist somit hier in einem wichtigen Punkte noch eine Lücke, und es wird wohl nicht als eine müssige Frage betrachtet werden wollen, wenn unten näher untersucht wird, ob sich nicht dieselbe durch noch weitere Ausbildung des itzigen Systemes genügend ausfüllen lasse. Jeden Falles kann die Thatsache der seit dem Bestehen der Verfassung bis itzt allerdings ganz klaglos geleisteten Verzinsung nicht als eine triftige Entgegnung auf Zweifel betrachtet werden; denn nicht in Zeiten, wie diese waren, erproben sich solche Vorkehrungsmittel. Ohne allen Zweifel wären die Gläubiger bis itzt zufrieden gestellt worden auch ohne alles sichernde Gesetz; und doch wird Niemand behaupten wollen, dass es daran genüge.

Dem sei jedoch, wie ihm wolle, so ist jedenfalls gewiss, dass die Verstärkung der allgemeinen Sicherstellung sehr an der Stelle war, weil die dem einzelnen Staatsgläubiger eingeräumt gewesene Sicherheit in dem vor uns liegenden Zeitabschnitte ganz zu Grunde ging. — Es ist oben bemerkt worden, dass nach den früheren Schuldenstatuten, namentlich auch nach dem Edict III. von 1817, und ebenso nach dem Wortlaute jedes einzelnen Schuld-scheines die sämmtlichen Staatseinkünfte und insbesondere die Steuern den Gläubigern für die richtige Verzinsung verpfändet waren. In dieser Bestimmung machte die Verf.-Urk. keinerlei Aenderung; und wenn auch in dem Statut von 1820 dieser Hypothek keine Erwähnung geschah, sondern nur, in § 1, gesagt war, dass die Verzinsung dem ganzen Staate obliege und unter der Gewährleistung der Stände stehe, so konnte dieses blosse Stillschweigen den Gläubigern nichts benehmen. Desshalb wurde denn namentlich auch itzt noch in dem, mit dem Geheimenrathe gemeinschaftlich festgestellten, Formulare der einzelnen neu auszustellenden Schuldverschreibung die Verpfändung nach wie vor

ausdrücklich erwähnt. Es war somit offenbar eine einseitig, und folglich unerlaubterweise, vom Staate vorgenommene Rechtsveränderung, wenn in dem im Jahr 1825 verkündeten Pfandgesetze alle und jede Generalhypothek, somit auch die der Staatsgläubiger wegen der ihnen schuldigen Zinsen auf die gesamten Staatseinkünfte und namentlich auf die Steuern, kurzweg für aufgehoben erklärt wurde. Eine Zustimmung der Gläubiger wurde nicht eingeholt, während doch offenbar zum Mindesten denselben die Rückzahlung ihres Kapitals für den Fall der Nichteinwilligung in diese Veränderung ihres Verhältnisses hätte angeboten werden sollen. Und man wolle nicht etwa zur Entschuldigung sagen, dass diese ganze Folgerung aus dem Pfandgesetze den Factoren der Gesetzgebung entgangen sei. Man war sich vollkommen bewusst, dass eine bedeutende Aenderung in den Rechtsverhältnissen der Gläubiger vorgegangen sei; wie sich diess unwidersprechlich daraus ergibt, dass noch eine lange Reihe von Jahren hindurch beharrlich auf allen neu ausgestellten Schuldscheinen die Verpfändungsklausel beibehalten, Anträgen auf eine Aenderung aber die Einwendung entgegengehalten wurde, dieselbe würde die Gläubiger beunruhigen!! Erst im Jahre 1839 wussten sich die Stände dem Andringen des Finanzministeriums und ihres Ausschusses auf die Annahme eines dem itzigen Stande der Gesetzgebung entsprechenden Formulars, aber nur für neu auszugebende Schuldscheine, nicht länger zu widersetzen ¹⁾. Es ist allerdings nicht bekannt, dass sich auch nur Ein Gläubiger über diese Entziehung eines unzweifelhaften Rechtes beklagt hätte; auch mag die juristische Bedeutung einer solchen Generalhypothek von einem Jeden nach Belieben angeschlagen werden: allein nicht zu bestreiten ist jeden Falles, dass in der bisher besprochenen Beziehung weder mit so feinem Rechtsgeföhle, noch mit derjenigen Offenheit verfahren wurde, wie sie in öffentlichen Dingen immer seyn sollten, und dass sich die rechtliche Stellung der Staatsgläubiger, sei es nun viel oder wenig, verschlimmert hat.

2) Sollte es in der That erst eines Beweises bedürfen, dass für den Gläubiger die Höhe, nächst dieser aber die Bestän-

1) Verh. der K. d. A. 1839, Beil. Heft 3, S. 528, 538, 628; Sitz. 85, S. 77 fg.

digkeit des Zinsfusses der Staatsschuld eine Lebensfrage ist, und dass der Staat nur bei einer richtigen Behandlung dieser beiden Punkte sich eines gesicherten Kredites erfreuen, im Besitze eines solchen aber theils den Gläubigern manches anderweitige ihm Nützliche zumuthen, theils im Nothfalle leichten Zugang zu den Kassen der Kapitalisten finden kann? Offenbar können sich die mannfachen Bedenklichkeiten gegen einen übermächtigen, über Gesetzes- und Rechtsbestimmung verfügenden, grossen Gefährden ausgesetzten Schuldner, wie der Staat ist, hauptsächlich nur durch eine gute Verzinsung des Kapitals und durch die Zuversichtlichkeit eines bestimmten und mit Sicherheit zu erwartenden Einkommens ausgleichen. Hiermit ist aber freilich nicht gesagt, dass also der Staat einen günstigen Stand des Geldmarktes zur Herunterdrückung des Zinsfusses der Staatsschuld gar nicht benützen dürfe. Ausser der Rücksicht auf seinen Kredit hat der Staat auch die auf die möglichste Erleichterung der Steuerpflichtigen zu nehmen; namentlich in einer Zeit, welche ihre Forderungen an die Leistungen des öffentlichen Wesens immer steigert, und in welcher die Möglichkeit der Unternehmung riesenmässiger für die Volkswohlfahrt bestimmter Werke zum grossen Theile von der Niedrigkeit der Verzinsung der zum Behufe derselben aufzunehmenden Kapitale abhängt. Hier steht Pflicht gegen Pflicht, Vortheil gegen Vortheil; und nur eine ehrenhafte und kluge Vermittlung zwischen beiden vermag zum gedeihlichen Ziele zu führen. Diese allseitige Berücksichtigung der Forderungen aber wird durch folgendes Verfahren gewahrt seyn. Einerseits darf der Staat nicht mit kleinlicher Gier nach jedem unbedeutenden Vortheile haschen, wenn dessen Erreichung nur durch eine Aenderung im ganzen Systeme der Verzinsung, und somit durch eine Beunruhigung und Verstimmung der Gläubiger, vielleicht also durch eine Aufkündigung eines gewissen Theiles derselben und die Gewinnung anderer an ihre Stelle, erreicht werden kann. Ferner darf, wenn unzweifelhaft eintretende Ereignisse in naher Zukunft eine Geldkrise, somit eine allgemeine Steigerung der Kapitalzinse voraussehen lassen, die im itzigen Augenblicke noch günstige Lage nicht zu einer Herabsetzung der Zinse benützt werden, weil in Kurzem einer in umgekehrtem Sinne gehenden Bewegung nachgegeben werden müsste, durch diese doppelte

Aenderung in widersprechender Richtung aber der Gläubiger abwendig gemacht werden und der Glaube in die Weisheit und Voraussicht der Verwaltung Noth leiden würde. Endlich muss der Staat auch hinsichtlich der Feststellung des Zinsfusse eingegangene Versprechen und gesetzliche Einrichtungen mit der ängstlichsten Gewissenhaftigkeit und Ehrenhaftigkeit halten und sich wohl hüten, seine Ueberlegenheit gegen machtlose Gläubiger zu seinem Vortheile zu missbrauchen. Dagegen darf und muss allerdings auf der andern Seite der Zinsfuss der öffentlichen Schuld dem wahren und voraussichtlich bleibenden Stande des Geldmarktes entsprechen. Der Gläubiger ist nicht berechtigt zu verlangen, dass ihm auf Kosten der leistungspflichtigen Bürger ein künstlich grösseres Einkommen und eine demselben entsprechende Steigerung des Werthes seiner Kapitale gewährt werde. Der Staat handelt unklug und unrecht, wenn er seine Mittel unnöthig auf der einen Seite verschwendet, auf der andern dagegen es an Nothwendigem und Nützlichem fehlen lässt. Die Zeit aber, in welcher sich durch einen in Freud und Leid immer gleichbleibenden Zinsfuss ein sittliches Band zwischen Staat und Gläubiger schlang, so dass letzterer mit Hintansetzung anderweitiger vortheilhafter Gelegenheit zu Ankäufen dem Staate zu jenem Zinse Geld borgte, ist leider wohl verschwunden unter dem Einflusse der Kurszettel, Lotterieanlehen und Submissionen. Wenn also der Stand der Staatspapiere zeigt, dass die bisher den Gläubigern bezahlten Zinse entschieden zu hoch sind, wenn eine nachhaltige Dauer dieses Verhältnisses nach Wahrscheinlichkeitsgesetzen zu erwarten steht, und wenn der Staat nicht selbst beabsichtigt, durch ein nahe bevorstehendes grosses Unternehmen seinen Kredit in neuen Anspruch zu nehmen: dann setze er immerhin auf rechtliche und gesetzliche Weise den Zins herab, den nicht darein willigenden Gläubigern ihr Kapital zurückzahlend. In allen anderen Fällen aber unterlasse er es, sonst schadet er sich selbst.

Wie hat sich nun der württembergische Staat zu diesen Gesetzen eines richtigen Haushaltes seit der Gründung der Verfassung verhalten? Wir glauben nicht zu viel zu sagen, wenn wir behaupten: auf eine in der Geschichte des Staatsschuldenwesens einzig dastehende Weise.

Dass im Herzogthume Württemberg der Zinsfuss, einige kaum

nennenswerthe, zum Theil sogar bloß scheinbare Ausnahmen abgerechnet) unwandelbar Fünf vom Hundert betrug, ist oben bereits angeführt. Eine Aenderung an diesem Typus scheint kaum als möglich erachtet worden zu seyn. Und nicht erst der Bemerkung wird es bedürfen, dass in der Zeit der unbeschränkten Monarchie an eine Herabsetzung des Zinsfusses nicht zu denken war. Ja, das Schuldenstatut vom 6. Juni 1816 fand sogar für nöthig, sämtliche bisher etwa geringer verzinste Kapitale, namentlich solche, welche dagegen von der Kapitalsteuer frei seyn sollten, „zum Beweis der huldreichen allerhöchsten Rücksicht auf das Interesse der Staatsgläubiger“ freiwillig auf den landesüblichen Zinsfuss von 5 Procent zu stellen¹⁾. So war denn bei der Uebnahme der öffentlichen Schuld in ständische Verwaltung im Jahr 1820 die gesammte Schuld mit kaum einer Ausnahme²⁾ mit Fünf vom Hundert zu verzinsen.

Mit der neuen Verwaltung begann jedoch ein verschiedener Geist hinsichtlich der Haltung des Zinsfusses. Anstatt mit staatsmännischem Blicke den Zweck und die Nothwendigkeit eines ungetrübten öffentlichen Kredites im Auge zu behalten, demgemäss auch eine für beide Theile billige und durch Festigkeit bequeme Verzinsung anzustreben, liessen manche Ständemitglieder den Wunsch, die Lasten des Volkes zu erleichtern, unbedingt in den Vordergrund treten. Die Folge hievon war aber ein unruhiges, sich beständig wiederholendes Bestreben nach immer tieferer Herabdrückung der Zinse, welches weder in den Mitteln sehr wählerisch war, noch die Stimmung der Gläubiger und die nächste Zukunft des Geldmarktes berücksichtigte. Kaum war ein Landtag, der hier nicht auch etwas versuchte, so dass des Aenderns und der Vernachtheiligung der Gläubiger kein Ende war. Bei dieser Richtung der Stände erhielten denn aber zwei gesetzliche Bestimmungen über die Staatsschuld, welche auf den ersten Augenblick in gar keinem Zusammenhange mit dem Zinsfusse stehen,

1) Das angef. Statut, § 17 und 18, R.Bl., S. 149.

2) Abgesehen nämlich von 203,550 fl., welche in Gold an hannöversische Gläubiger zu verzinsen waren, und desshalb auch sogleich abgelöst wurden, standen nur 10,004 fl. 26 kr. zu $2\frac{1}{2}$ Pct., 18,860 fl. zu 4 Pct. und 1640 fl. 30 kr. 3 hr. waren ganz unverzinslich. Verh. der K. d. A. 1820, H. 13, Beil. S. 12.

die entschiedenste Wichtigkeit für denselben, nämlich die Tilgung mittelst Looses und das Ankündigungsrecht der Gläubiger. Jene Ablösungsart brachte (im Gegensatz gegen Aufkauf an der Börse oder dgl.) auch solche Gläubiger, welche keine Lust hatten ihr Geld vom Staate zurückzuziehen, in die beständige Gefahr einer Aufkündigung so wie eines Verlustes des etwa bei Erwerbung des Papieres gezahlten Aufwechsels, und machte sie dadurch zur Eingehung irgend einer ungünstigen Bedingung, wenn sie nur von der Verloosung befreite, geneigt, so namentlich einer Verminderung des Zinses ihrer Kapitale unter das gesetzliche Maas. Dadurch aber wurde immer wieder einer neuen allgemeinen Veränderung die Bahn gebrochen und ihr sogar der falsche Schein einer verspäteten Maassregel gegeben. Das Aufkündigungsrecht der Gläubiger aber, welches die beständige Aufnahme neuer Gelder von Seiten der Kasse zur nothwendigen Folge hatte, brachte diese letztere in Verbindung mit den Geldmächten, gab ihr die Gewohnheiten eines Bankhauses, namentlich den vorherrschenden Sinn nur wohlfeileres Geld zu suchen, und verschaffte ihr die Mittel, ihrerseits Aufkündigungen im Grossen und weit über den eigentlichen Tilgungsfond hinaus zu machen, dadurch aber auch wieder auf die Drückung des Zinses hinzuarbeiten. Nimmt man zu diesem Allem noch persönlichen Einfluss, so kann man sich die Gründe und die Mittel des während langer Jahre beibehaltenen Verfahrens vollständig zurechtlegen. — Nun aber zu den einzelnen Thatsachen.

Gleich auf dem ersten Landtage nach Uebernahme der Staatsschuld, also auf dem von 18⁴³/₄₄, begannen die Maassregeln zur Herabsetzung der Zinse. Abgesehen von anderen, hier nicht weiter zu besprechenden, Anträgen wurde nämlich ein hierauf gehender Vorschlag gemacht und derselbe auch von der, in Abwesenheit der ersten Kammer die volle Ständeversammlung bildenden, Kammer der Abgeordneten alsbald angenommen. Ungerecht wäre es jedoch, nicht anzuerkennen, dass dieses erstemal mit aller Umsicht und Gesetzlichkeit verfahren ward. Vor Allem fand kein Zweifel statt, dass das Unternehmen nur durch ein förmliches Gesetz angeordnet werden könne. Sodann wurde beschlossen, dass blos, wenn die zur Durchführung nöthigen Mittel

auf eine Weise zu beschaffen seien, welche dem Staate einen „unbestreitbaren“ Vortheil gewähre, an das Werk gegangen und das Gesetz bekannt gemacht werden dürfe ¹⁾. Erst demnach als durch Unterhandlungen mit einem Wiener Kapitalisten diese Bedingung erfüllt war, erging das Gesetz vom 24. Juli 1824 und mit ihm die Aufforderung an die Gläubiger zur Rücknahme ihrer Kapitale oder zur Eingehung in die Zinsverminderung. Der Versuch gelang vollständig. Zwar wurden 2,613,806 fl. gekündigt ²⁾; allein es stellte sich schon am 30. Juni 1825 der Stand der Verzinsung folgendermaassen:

zu 5 vom Hundert (unaufkündbar)	509,620 fl.
— 4½	26,351,469 fl. 30 kr.
— 4⅙	824,400 fl.
— 4	110,563 fl.
— 2½	4,172 fl.
unverzinslich	1,640 fl. 30 kr. ³⁾

Die Leichtigkeit und Vollständigkeit des Gelingens reizte nun aber bald zu einem zweiten Schritte, und die Lage der Dinge förderte ihn. Bei der Fortdauer der allgemeinen Ruhe in Europa und der Abwesenheit grosser Unternehmungen, welche ungewöhnliche Summen in Anspruch genommen hätten, entstand gegen das Ende der zwanziger Jahre mehr und mehr ein Ueberfluss an Geld und eine Schwürigkeit sicherer und bequemer Anlage desselben. Daher denn die Zinse manchfacher Kapitale, besonders der bei Gemeinden und Körperschaften stehenden Schulden, sehr allgemein zu sinken begannen.

Namentlich auch in Württemberg hörten die freiwilligen Aufkündigungen bei der Schuldenkasse ganz auf, so dass sie ihrerseits zu Ablösungen schritt, gegen welche sich viele Gläubiger theils durch das Anerbieten zu 4 Procent. stehen lassen zu wollen,

1) Verh. der K. d. A. 1823—24, H. 8, S. 542, 554, 581 fg.

2) Nähere Nachweisungen über die Anschaffung der zur Deckung der Aufkündigungen nöthigen Gelder und überhaupt das ganze Verfahren s. in dem Rech.Ber. von 1826, S. 151 fg. Der Gewinn in der ersten dreijährigen Finanzperiode war übrigens fast Null, indem die Kosten der Anschaffung von 2,800,000 fl. sich auf 59,472 fl. 34 kr., die Zinssparnisse dagegen nur auf 60,782 fl. 47 kr. beliefen.

3) R.Bl., 1826, S. 543.

theils durch die Eingehung von Versicherungsverträgen zu schützen suchten. Es begreift sich, dass diese Verhältnisse zur Vornahme einer weitem Zinsverminderung geeignet scheinen konnten; und es soll daher auch über die Durchführung derselben an sich kein Tadel ausgesprochen werden, obgleich es einerseits zur Vermeidung allzu häufiger Aenderung wohl besser gewesen wäre, die beiden Verminderungen um je ein halbes Procent in Eine Reduction um ein ganzes Procent zusammenzufassen, andererseits aber die schon bedeutend grössere Summe der diessmaligen Zurückforderungen beweist, dass der allgemeine Zinsfuss noch keineswegs durchgängig unter $4\frac{1}{2}$ Proc. stand. Desto unbedingtere Missbilligung verdient aber die Art der Ausführung. Nicht durch ein Gesetz, also durch Uebereinstimmung von Regierung und Ständen, sondern durch eine blosse Verwaltungsmaassregel des ständischen Ausschusses wurde die Zinsverminderung beschlossen und durchgeführt; ja es geschah, um die Sache recht grell und ungesetzlich zu machen; durch den engern Ausschuss allein und wenige Wochen vor dem Zusammentritte einer Ständeversammlung. Im Anfange des Jahrs 1829 besann sich nämlich der Ausschuss nicht, zur Anleihe von Geld zu 4 Proc. öffentlich aufzumuntern, mit der erhaltenen Summe diejenigen Gläubiger, welche ihre Kapitale nicht zu demselben niedern Zinsfusse stehen lassen wollten, abzuführen, und auf diese Weise im Laufe von drei Monaten die ganze Schuld, mit Ausnahme weniger Posten, bei welchen Vertragsbestimmungen im Wege standen, in eine vierprocentige zu verwandeln. Zwar mussten 5,279,100 fl. auf Verlangen der zur Verminderung nicht geneigten Gläubiger heimbezahlt werden, allein die Maassregel wurde doch durchgeführt und am 20. Mai 1829 waren 25,958,504 fl. nur noch mit 4 vom Hundert zu verzinsen ¹⁾).

Hier war denn offenbar Gelegenheit für die Ständeversammlung, Einsicht in das Wesen des öffentlichen Kredites und kräftige Aufrechterhaltung ihrer eigenen Rechte zu zeigen. Der Ausschuss hatte schwer gefehlt gegen die Stände und gegen die Gläubiger, und Sorge für das Recht so wie für den öffentlichen Vortheil forderten gleichmässig ein kräftiges Verfahren. Mag auch zuge-

1) S. die apologetische Darstellung des ganzen Unternehmens in den Verh. der K. d. A., 1820, Beil.H. 1, S. 139 fg.

geben werden, dass eine Wiedereinführung des höhern Zinsfusses ausser Frage stand, da eine Wiederbeibringung der alten Gläubiger und eine Wiedereinsetzung in ihr Verhältniss unmöglich war: so hätte doch über den Ausschuss eine strenge Verantwortung verhängt werden, eine genaue gesetzliche Feststellung des künftigen Verhaltens aber als thunlich und nothwendig erscheinen sollen. Es zeigte sich jedoch die Versammlung dieser Aufgabe nicht gewachsen. Eine persönliche Maassregel gegen den Ausschuss kam gar nicht zur Sprache; trat doch die Mehrzahl der Kammer nicht einmal dem Tadel bei, welchen einzelne geistig höher stehende Mitglieder aussprachen. In der Sache selbst aber wurden nur halbe Maassregeln ergriffen, und gleich wieder neuer Unbeständigkeit und selbst der Willkühr Hinterthüren gelassen. Einerseits wurde nämlich allerdings von den beiden Kammern beschlossen, dass künftig nur im Wege der Gesetzgebung eine Veränderung des Zinsfusses stattzufinden habe ¹⁾; ferner durch ein förmliches Gesetz festgestellt, dass kein Geld, selbst zu niedrigeren Zinsen, aufgenommen werden dürfe, um nichtaufgekündigte Kapitale abzulösen: andererseits aber wurde der Zinsfuss auf 4 Proc. gesetzlich bestimmt, dadurch also die Handlung des Ausschusses anerkannt; überdiess gestattet, Anerbietungen von Gläubigern, sich einen niedrigeren Zinsfuss unter der Bedingung der Befreiung von der Verloosung gefallen zu lassen, anzunehmen ²⁾. Dieses matte Verfahren hatte drei offenbare Nachtheile. Erstens wurde den Gläubigern der thatsächliche Beweis geliefert, dass die ständische Verwaltung keineswegs eine Sicherung gegen Unbill sei. Zweitens erhielt jeder künftige Ausschuss einen Vorgang, dass eine kecke Hintansetzung des Gesetzes Verzeihung finden könne, wenn nur ein materiell günstiger Erfolg aufgewiesen werde. Drittens wurde durch die förmliche gesetzliche Gestattung der Abkaufung der Loosziehung mittelst der Anerbietung kleinerer Verzinsung ein beständiges Schwanken in dem Zinsfusse, dadurch aber mit Nothwendigkeit wieder eine neue Maassregel zu weiterer allgemeiner Herabsetzung herbeigeführt. Mit Einem Worte, das Verfahren des Ausschusses im Jahr 1829 war ein unermesslicher Fehler in mehr als Einer Beziehung,

1) Die angef. Verh., H. 1, S. 177 fg.; H. 3, S. 565.

2) Gesetz vom 25. April 1830, R.Bl., S. 183.

die Factoren des Staatswillens aber wussten nicht nur denselben nicht wieder gut zu machen, sondern sie verschlimmerten ihn sogar noch.

Kein Wunder, dass unter solchen Umständen Diejenigen gewonnenes Spiel hatten, welche, nur auf das Nächste blickend und den Staatskredit nach dem Maassstabe des bürgerlichen Haushaltes messend, in immer tieferer Herabdrückung des Zinsfusses Gewinn für das öffentliche Wesen, für sich aber eine dankbare Pflichterfüllung fanden. Kaum war daher die Maassregel des Jahres 1829 beendet, so begannen neue Bemühungen; und wenn diese auch anfänglich keinen Erfolg hatten, so wurden sie doch auch nicht durch Aufstellung fester Grundsätze, durch die Gewinnung einer staatsmännischen Ansicht über die richtige Behandlung einer Staatsschuld hesiegt; sondern sie erwarben sich vielmehr allmählig Grund, bis auch sie ihr Ziel erreichten. Es ist in der That belegend, die auch nicht auf Einem Landtage ausgesetzten Versuche zu verfolgen, wie sie zuerst um Sieg in der zweiten Kammer zu ringen hatten; nach dessen Erlangung den hartnäckigsten Widerstand der ersten Kammer und der Regierung bekämpften; sodann, im Vereine mit der iltz gewonnenen Regierung, auch die erste Kammer besiegten; endlich eine Vollziehung erhielten, welche dem Staatskredite Württembergs einen Todesstoss beibrachte.

Die Bemühungen um die Zustimmung der zweiten Kammer zu einer Herabsetzung des Zinsfusses auf $3\frac{1}{2}$ vom Hundert begannen schon auf dem Landtage von 1833. Zuerst freilich führte der Antrag nur zur Verweisung an eine Kommission, welche gar nicht berichtete ¹⁾; und dasselbe Schicksal wurde ihm selbst noch auf dem Landtage von 1835 zu Theile ²⁾. Allein eine kräftige Wiederholung im Jahr 1836 hatte endlich wenigstens den Erfolg, dass die Kammer beschloss, die Regierung um einen noch während der Dauer des Landtages vorzulegenden Gesetzentwurf zu bitten, welcher die Aufnahme von Geldern unter 4 Procent zur Heimzahlung der vierprocentigen Kapitale gestatten würde ³⁾.

Noch waren aber die beiden anderen Factoren der Gesetzgebung nicht einverstanden. Die Kammer der Standesherrn, von

1) Verh. der K. d. A., 1833, II., Sitz. 36, S. 54 fg.

2) Das., 1835, Sitz. 120, S. 34.

3) Das., 1836, Sitz. 50, S. 61 fg.; Beil.H. 3, S. 322; Sitz. 79, S. 48 fg.; Beil.H. 3, S. 322, c.

dem Beschlusse der Abgeordneten in Kenntniss gesetzt und um ihre Zustimmung ersucht, schlug solche entschieden ab, weil sie die Maassregel weder billig gegen die Gläubiger, noch vortheilhaft für den Staat erachte ¹⁾; die Regierung aber von der zweiten Kammer in einer einseitig eingereichten Adresse von dem Wunsche in Kenntniss gesetzt, ertheilte nicht nur auf demselben Landtage gar keine Antwort, sondern führte sogar bei Gelegenheit der Uebergabe des Hauptfinanzetats an den nächsten Landtag freiwillig und umfassend aus, dass sie eine weitere Zinsherabsetzung nicht für zweckmässig halte ²⁾. Und als trotz dieser Erklärung die zweite Kammer auch itzt wieder auf ihrem frühern Beschlusse im Wesentlichen beharrte, wiederholte sich im Jahr 1839 derselbe Auftritt. Die Kammer der Standesherren beharrte bei ihrer Ansicht; die Regierung aber gab auf die abermals einseitig eingereichte Adresse der Abgeordneten gar keinen Entscheid ³⁾.

Damit aber war auch der Widerstand erschöpft. Als auf dem Landtage von 1842 die Kammer der Abgeordneten auf's Neue und mit verstärkter Kraft einen auf Zurückführung des Zinsfusses gerichteten Gesetzesentwurf verlangte, trat unerwarteter Weise der Finanzminister auf ihre Seite; und nun erachtete es auch die Kammer der Standesherren nicht länger für möglich zu widerstehen. Der Gesetzesentwurf wurde eingebracht und von beiden Kammern unverändert angenommen ⁴⁾. Er gestattete, zur Rückzahlung auch nicht aufgekündigter Kapitale Gelder in Posten nicht unter 400 fl. zu einem niederen Zinsfusse aufzunehmen, wenn dadurch ein Gewinn von wenigstens $\frac{1}{2}$ Procent gemacht werde; und zwar sollte diese Bestimmung so lange gelten, als Kapitale vorhanden seien, welche mit 4 vom Hundert verzinst würden ⁵⁾.

Unzweifelhaft musste dieses Gesetz unter allen Umständen einen grossen Einfluss auf die württembergische Staatsschuld ausüben. Die Regierung und die Standesherren waren genöthigt worden, den in zehnjährigem Kampfe ständhaft vertheidigten Grund-

1) Verh. der K. d. St.H., 1836, H. 6, S. 2102, 2141.

2) Verh. der K. d. A., 1839, Beil.H. 1, S. 24.

3) Das., Beil.H. 1, S. 64; Sitz. 45, S. 42; Sitz. 46, S. 2; Beil.H. 1, 3, S. 334, 339.

4) Das., 1841/43, Beil.H. 3, 1, S. 514.; Sitz. 92, S. 2; Beil.H. 3, 3, S. 353 fg.; Protoc. 122, S. 2; Beil.H. 3, 3, S. 366.

5) Gesetz vom 4. Juli 1842, R.Bl., S. 352.

satz aufzugeben, dass eine billige Behandlung der Staatsgläubiger vortheilhafter sei, als eine durch Benützung aller Mittel erzwungene Veränderung des Zinsfusses; die Staatsgläubiger aber hatten nun zum drittenmale innerhalb achtzehn Jahren den Beweis erhalten, dass sie auf eine Beständigkeit der Rente aus einem beim württembergischen Staate stehenden Kapitale nicht zählen dürfen, und dass ihnen der durch einen höhern Kurs ihrer Papiere zugehende Nutzen so bald als möglich durch eine das Sinken derselben nothwendig mit sich führende Zinsreduction entzogen werden werde. Und zwar ward der jüngste schlagendste Beweis von der Gesinnung des Staates in einer Zeit gegeben, in welcher die in allen europäischen Staaten begonnenen Eisenbahnen anfiengen das Geld sehr gesucht zu machen, ja in welcher Württemberg selbst so eben beschlossen hatte, seine Staatsschuld zu demselben Zwecke mehr als zu verdoppeln. Nothwendig musste diese Erfahrung den letzten Rest althergebrachter Anhänglichkeit an eine Geldanlage beim Staate vertilgen und die Kapitalisten daran gewöhnen, auch ihrerseits mit dem Staate genau zu rechnen, die ihnen etwa zufallenden vortheilhaften Verhältnisse gegen ihn strenge zu benützen, namentlich aber ihr Geld da anzulegen, wo es grössere und sicherere Zinsen trage. Kurz, diese abermalige Erklärung, dass eine weitere Zinsbeschränkung beabsichtigt sei, musste an sich und namentlich in jenem Augenblicke folgenreich seyn. Dagegen liess sich allerdings an sich nicht berechnen, wie bald und in welchem Umfange sich die Folgen zeigen würden. Diess hieng davon ab, wie bald und in welchem Umfange dem Staate Geld zu $3\frac{1}{2}$ Procent angeboten werde würde. Und da sowohl in den Motiven zum Gesetzesentwurfe ¹⁾ als durchweg bei der Berathung in beiden Kammern ausdrücklich von der Voraussetzung ausgegangen worden war, dass keine allgemeine Zinsverminderung durch gewaltsame Maassregeln beabsichtigt sei, sondern nur eine ganz theilweise Wirkung, wie eben Gelegenheit zur Erhaltung wohlfeilen

1) In dem Vortrage des Finanzministers vom 20. Juni 1842 (Verh. der K. d. A., 1842, Beil.H. 3, 3, S. 357) ist gesagt: „Wenn nun nach der vorgeschlagenen Gesetzesbestimmung eine sofort durchgreifend zu bewirkende Zinsherabsetzung nicht bezweckt wird, sondern nur, falls sich Gelegenheit zu Aufnahme von geringer zinsenden Kapitalien findet, letztere angenommen und zur Befriedigung von Gläubigern, welche ihre Kapitalien nicht gegen gleich ermässigte Zinse stehen lassen wollen, verwendet werden sollen.“

Geldes sich ergebe: so konnte man sich der Hoffnung überlassen, es werden die nachtheiligen Folgen wenigstens langsam eintreten, vielleicht sogar, im Falle eines allgemeinen Steigens des Geldpreises, das Gesetz zunächst gar nicht zur Ausführung kommen.

Allein auch diese Hoffnung der Gläubiger und der in Staatsschuldsachen weiter Blickenden sollte zu nichts gemacht werden durch die Art der Vollziehung des Gesetzes.

Am 30. Juni 1842 war der Stand der Verzinsung folgender:

Zu 5	Proc. standen (vertragsmässig) .	515,920 fl. —
„ 4	„	21,081,960 fl. 49 kr.
„ 3½	„	438,740 fl. —
„ 2½	„	4172 fl. —

Der ständische Ausschuss erliess nun nach Schliessung der Versammlung, nämlich unter dem 10. August 1842, eine Bekanntmachung, in welcher er, in Vollziehung des Gesetzes vom 4. Juli, zu Anerbietungen von Kapitalen gegen 3½ proc. Zinse aufforderte. Ehe jedoch dieser Schritt irgend eine bedeutende Folge hatte, (als nämlich nur erst 205,000 fl. angeboten waren,) verlangte der Finanzminister, unter dem 30. August, dass die vom Ausschusse aus den gewöhnlichen Mitteln des Tilgungsfonds beabsichtigte Verloosung von 250,000 fl. auf eine Million erhöht werde, indem er in der Lage sei, aus der Staatskasse Anlehen anzubieten; und als diess vom Ausschusse angenommen und unter dem 15. September vollzogen war, drang der Minister auf eine alsbald vorzunehmende neue Verloosung von gleicher Grösse, ebenfalls wieder die nöthigen Summen aus Geldern unter seiner Verwaltung zusichernd. Kaum war, nach einigen Anständen über die Gesetzlichkeit dieses Schrittes, auch diese Maassregel unter dem 29/31. Okt. zu Ende gebracht, so trat derselbe Beamte wieder, unter dem 28. Nov., mit der Erklärung hervor, dass die Staatshauptkasse in Verbindung mit drei Stuttgarter Bankhäusern bereit sei, die ganze Summe vorzuschüssen, welche zur Tilgung aller noch übrigen vierprocentigen von den Gläubigern nicht etwa selbst auf 3½ Proc. herabgesetzten Kapitale nöthig sei,, und dass es also itzt Sache des Ausschusses werde, eine allgemeine Aufkündigung der vierprocentigen Schuld eintreten zu lassen. Auch dieser Aufforderung folgte der Ausschuss nach einigem Sträuben und Streite über Nebenpunkte. Und zwar vollzog er die Maassregel ohne über

den angegebenen Vertrag zwischen der Staatskasse und den Bankhäusern unterrichtet zu seyn, (welcher dem Vernehmen nach dem Finanzministerium nur einige Hunderttausende zur Verfügung stellte;) ohne den vollen Ausschuss zur Berathung des Anerbietens einzuberufen; und unter der, juristisch ganz unhaltbaren, Erklärung an die Gläubiger, dass wer innerhalb 30 Tagen nicht aufkündige, als einwilligend in die Zurückführung seiner Zinse auf $3\frac{1}{2}$ Procent angenommen werde ¹⁾. Der Erfolg dieser Maassregeln war der verdiente. Unter den Gläubigern entstand eine allgemeine Aufregung, um nicht zu sagen Entrüstung. Sie fanden sowohl die angebotene Verzinsung dem Stande des Geldmarktes unangemessen, als überhaupt wenig gerathen einen so veränderlichen und seine überragende Stellung missbrauchenden Schuldner länger beizubehalten. Von Seiten Solcher, welche im Augenblicke ihr Geld anderwärts unterzubringen wussten, erfolgten alsbald Aufkündigungen; so zwar, dass bis zum 5. Jänner 1843 bereits 2,527,690 fl. zurückgefordert waren, abgesehen von ebenfalls bedeutenden Summen, welche die Hauptstaatskasse von verkaufslustigen Gläubigern zum Behufe einer scheinbaren Verkleinerung des Sturmes erworben hatte. Eine weitere Anzahl Besitzer von Staatsschuldscheinen wartete nur auf die Aufforderung anderweitiger Anlegungsgelegenheiten, um alsdann von ihrem Aufkündigungsrechte Gebrauch zu machen. Anerbietungen zu neuen Anlehen gegen $3\frac{1}{2}$ Procent gingen dagegen sehr sparsam ein; so wie auch die beiden Verloosungen nur zu ganz unbedeutenden freiwilligen Reductionen von Seiten der Gläubiger geführt hatten ²⁾. Obgleich daher die zur ersten scheinbaren Durchführung der Maassregel nöthigen Mittel, freilich mit Mühe und unter Gezänke mit dem Ausschusse, von der Staatskasse herbeigeschafft wurden; obgleich in Folge dessen das Finanzministerium mit unverhehlter Freude das völlige Gelingen der Zinsverminderung im Regirungs-

1) Ueber den ganzen Hergang der Sache, siehe den Rech.Ber. d. ständigen Ausschusses in den Verh. d. K. d. A., 1843, Beil.H. 2, 3, S. 500 fg.

2) Die gesammte Summe der neuen Anerbietungen betrug: 205,500 fl. bis zur ersten Verloosung; 57,000 fl. zwischen der ersten und zweiten; 477,000 fl. bis zum 4. Jänner 1843; ausserdem wurden bei der ersten Verloosung 69,500 fl., bei der zweiten 160,600 fl. von den Gläubigern selbst auf $3\frac{1}{2}$ Procent herabgesetzt.

blatte bekannt zu machen für gut fand¹⁾; obgleich ferner auch diessmal wieder die, mitten in diesem Treiben zusammentretende, Ständeversammlung, und namentlich die Kammer der Abgeordneten, das Geschehene nur tadelte, nicht aber etwa wieder aufhob oder zur sonstigen Entscheidung brachte²⁾: so stand doch der gemachte Fehler nur allzubald in seiner ganzen Grösse da. In dem Maasse, wie die Gläubiger für ihre bei dem Staate zu $3\frac{1}{2}$ Procent stehenden Kapitale bessere anderweitige Unterkunft fanden, kündigten sie auf; und zwar ging diess, wie natürlich, in steigendem Verhältnisse. Schon in den Monaten Jänner bis Mai 1843 wurden 533,650 fl. solcher neu reducirter Kapitale aufgekündigt, und bald stieg es in die Millionen. Die gewöhnlichen Mittel der Schuldenzahlungskasse, nämlich der Tilgungsfonds, die geringen neuen Geldanerbietungen, und selbst das Betriebskapital der Kasse (von 150,000 fl.) reichten hierzu nicht aus. Von Hoffnung zu einem bedeutenden Anlehen zu $3\frac{1}{2}$ Procent konnte gar keine Rede seyn. Und so musste sich wohl der Urheber der ganzen Verlegenheit, der Finanzminister, zur Hülfeleistung aus den (freilich zu ganz anderen Zwecken bestimmten) Mitteln der Staatskasse entschliessen. Zuerst machte er der Schuldenzahlungskasse Vorschüsse, wie es scheint³⁾ bis zu 3—4 Millionen. Dann gab er Stuttgarter Bankhäusern Auftrag für Rechnung der Staatskasse alle Schuldscheine anzukaufen, welche ihnen, anstatt unmittelbarer Aufkündigung bei der Schuldenkasse,

1) R.Bl., S. 30 fg. Nach der Darstellung des Finanzministers war der Stand der Verzinsung in Folge der getroffenen Maassregeln folgender:

Zu 5 Procent	515,920 fl.
„ 4 „ (Pensionsanstalten und Militärkautionen)	2,903,000 fl.
„ $3\frac{1}{2}$ „	18,617,700 fl.
„ $2\frac{1}{2}$ „	4172 fl.

Der jährliche Gewinn an Zinsen aber wurde von ihm berechnet auf 90,894 fl. 48 kr.

2) Die wenig erquicklichen Verhandlungen der Stände über diesen Gegenstand ergeben sich aus den Kommissions-Berichten und Protocollen; die der Standesherrn namentlich aus II. 8, S. 3611 fg. und 3674 ihrer Verhandlungen von 1843; die der Abgeordneten aus Beil.H. 2, 3, S. 674 fg.; Sitz. 174, S. 8 fg. Ungerecht wäre es übrigens, nicht zuzugeben, dass sich die Standesherrn weit kräftiger benahmen als die Kammer der Abgeordneten.

3) Verh. der K. d. A., 1845, Beil.H. 2, S. 518 fg.

angeboten würden, was denn auch bis zu dem Betrage von 2,773,220 fl. geschah. Selbst dieses heroische Mittel stillte aber den Andrang nicht, und als am Ende, im Juli 1844, wegen gänzlicher Erschöpfung der Staatskasse der den Bankiers ertheilte Auftrag zurückgenommen werden musste, begannen die unmittelbaren Aufkündigungen bei der Schuldenkasse wieder um so stärker. Bis zum Oktober waren neue 783,450 fl. gekündigt. Die Verlegenheit stieg natürlich mit jedem Tage; es trat ein höchst gespanntes Verhältniss zwischen dem ständischen Ausschlusse und dem Finanzminister ein; und als der Finanzminister von seinem völlig unhaltbar gewordenen Posten abtrat, blieb im Oktober 1844 dem Ausschlusse nichts übrig, als zur Deckung auch nur des unmittelbar Nöthigen bei Bankhäusern ein vorübergehendes Anlehen von 500,000 fl. zu einem 4 Procent etwas übersteigenden Zinsfusse aufzunehmen, bleibendere Maassregeln aber der im Anfange des Jahres 1845 zusammentretenden Ständeversammlung zu überlassen¹⁾. Und so war man denn nach unendlichen Mühen und Verlegenheiten und unter Zerstörung eines guten Theiles des Staatskredites bei dem handgreiflichen Ergebnisse angekommen, dass die Herabsetzung des Zinsfusses der Staatsschuld auf $3\frac{1}{2}$ Procent eine falsche, auf einer Unkenntniss der Verhältnisse gegründete Maassregel gewesen war. Das seit zwei Jahrzehnten so unablässig verfolgte System beständigen Rüttelns und Verkleinerns am Zinsfusse hatte endlich seine Früchte getragen.

Dass etwas Durchgreifendes geschehen musste zur Wiederherstellung von Vertrauen und geordnetem Haushalte, war einleuchtend, und zwar um so mehr, als die Aufgabe nicht nur die war, den beständigen Aufkündigungen ein Ziel zu setzen, sondern auch die, das Aufbringen eines bedeutenden Anlehens für den Eisenbahnbau möglich zu machen. Weniger leicht war freilich das Mittel zu finden. Das einfachste und wohl auch das genügendste wäre gewesen, wenn man sich geradezu entschlossen hätte, den Zinsfuss für die gesamte Staatsschuld wieder auf 4 Procent zu erhöhen und überdiess irgend eine genügende Sicherheit für ein längeres Beharren bei solchem zu geben.

1) Siehe den geheimen Rechenschafts-Bericht von 1845, Verh. der K. d. A., 1845, Beil.H. 2, S. 515 fg.

Zu einem solchen offenen Bekenntnisse des Fehlers vermochte man sich aber noch nicht zu erheben; auch schien Vielen zunächst die Nothwendigkeit vorzuliegen, das Aufkündigungsrecht der Gläubiger ganz zu beseitigen, als welches zur Bereitung der höchsten Verlegenheiten für den Staat geeignet und namentlich bei der durch die Eisenbahn-Anlehen itzt fast ins Ungemessene steigenden Grösse der Staatsschuld kaum mehr ertragbar sei. So entschlossen sich denn die beiden Kammern zu dem, von der Regierung auch alsbald genehmigten, verwickelten Antrage: ein Anlehen von 7 Millionen im Wege der Submission von Bankhäusern und ohne Aufkündigungsrecht von Seiten des Gläubigers zu eröffnen, und zwar mit dem nominellen Zinsfusse von $3\frac{1}{2}$ vom Hundert aber mit der Erlaubniss für die Verwaltung, auch unter Pari Anerbieten anzunehmen, falls diese noch einen Vortheil gegen ein vierprocentiges Anlehen darböten. Nach Abschluss dieses Anlehens sollte den bisherigen Gläubigern die Wahl gelassen werden, entweder der Rückzahlung ihrer Forderung entgegenzusehen, oder sich die Bedingungen des neuen Anlehens, namentlich also die Entsagung auf Aufkündigung, auch für ihre Forderungen anzueignen, in welchem Falle ihnen der Unterschied bei dem Abschlusse unter Pari baar oder in Schuldscheinen ersetzt werden würde ¹⁾.

Die Frage über die Zweckmässigkeit der völligen Aufhebung des Aufkündigungsrechtes ist an einer andern Stelle zu erörtern; hier genügt es zu bemerken, dass das Anlehen der 7 Millionen zu einem Kurse von 97 fl. $2\frac{1}{2}$ kr. zu Stande kam ²⁾, und dass in Folge desselben das Aufkündigungsrecht der Gläubiger bei der ganzen Staatsschuld fiel. In welchem Verhältnisse von den alten Gläubigern Rückzahlung verlangt wurde, wie gross also anderer Seits die Summe war, welche den der Unaufkündbarkeit sich Unterwerfenden vergütet werden musste, ist bis itzt nicht öffentlich bekannt gemacht; doch glauben wir nicht zu irren, wenn wir sie als eine bedeutende bezeichnen.

Uebrigens zeigte sich sehr bald, dass dieses Mittel, Nominal-

1) Siehe Verh. d. K. d. A., 1845, Beil.H. 2, S. 596 fg.; Sitz. 19, 20, 21 u. 22; Beil.H. 2, S. 623, 752; Sitz. 41, Beil.H. 2, S. 763 u. 8.

2) S. den Eingang zum Gesetze vom 30. Juni 1845, R.Bl., S. 219.

kapitale unter Pari jedoch mit einer 4 Procent nicht ganz erreichenden Verzinsung aufzunehmen und den alten Gläubigern eine kleine Aufbesserung über ihre $3\frac{1}{2}$ Procent zu verwilligen, keineswegs den wahren Verhältnissen des Geldmarktes, und also den Forderungen der Gläubiger entsprach. Als nämlich im Laufe des Jahres 1846 der ständische Ausschuss beginnen musste, den auf dem Landtage von 1845 der Regierung zum Eisenbahnbau verwilligten Kredit (von 16 und 4 Millionen) zu verwirklichen und er zu diesem Ende ein Anlehen von 6 Millionen eröffnete, zeigte sich nicht nur kein Unternehmer zu dem Ganzen unter irgend annehmbaren Bedingungen, sondern als man sich endlich zu dem sauern Schritte entschloss, itzt selbst 4 Procent für Anlehen zum Nennwerthe zu verwilligen, kamen die Anerbietungen nur höchst langsam und ungenügend ein. Bis itzt, Ende Nov. 1846, scheinen kaum zwei Millionen angeboten worden zu seyn; und es hat, freilich allzuspät, die Ueberzeugung allgemeinen Boden gefasst, dass die in der Verzinsungssache seit vielen Jahren und wiederholt begangenen Sünden durch noch weitere Opfer gebüsst werden müssen. Welcherlei Art diese seyn werden, ist freilich noch nicht vorauszusagen; und es wird Sache aller Vaterlandsfreunde seyn, gemeinschaftlich dahin zu wirken, dass nicht am Ende in noch verderblicheren Maassregeln die Rettung gesucht werde. Allein so viel ist jeden Falles gewiss, dass über das System eines beständigen, unüberlegten und kurzsichtigen Hindrängens auf Zinsverminderungen für immer der Stab gebrochen ist, und dass Württemberg hier eine bleibende Lehre für sich und für alle andere Staaten empfangen hat. Leider ist nur der Preis dieser Lehre, nämlich die tiefe Schwächung, um nicht zu sagen vorläufige Vernichtung, des Staatskredites eine gar zu theure.

3) Weniger ist zu bemerken, hinsichtlich der Maassregeln zu Erleichterung des Zinsenbezuges; wie denn auch natürlich dieselben nur von einer verhältnissmässig untergeordneten Bedeutung sind, da sich ein Gläubiger, welcher hinsichtlich der Sicherheit, der Grösse und der Beständigkeit seiner Rente vollständig zufrieden ist, auch wohl einer kleinen Unbequemlichkeit im Bezuge derselben unterwirft. So lange die gesammte Staatsschuld auf bestimmte Namen eingeschrieben stand, somit auch immer Zahlungsbescheinigungen von den einzelnen Gläubigern

nöthig waren; so lange sich ferner fast die gesammte Schuld nur im Besitze von Landesangehörigen befand: bedurfte es keinerlei besonderer Einrichtungen zur Erleichterung des Zinsenbezuges, und waren kaum welche möglich. Wenn daher ausser der Auszahlung der Zinsen gegen Quittung bei der Schuldenzahlungskasse in Stuttgart auch noch die Bequemlichkeit gegeben war, bei sämmtlichen zu Lieferungen an die Schuldenzahlungskasse bestimmten Erhebekassen Zinsen gegen gleichmässige Quittung beziehen zu können: so war jedem Bedürfnisse Genüge geleistet.

Anders freilich stellte sich die Sache von dem Augenblicke an, als man in Folge künstlichen und wenigstens unserer Ansicht nach, fehlerhaften Gebahrens mit der Staatsschuld dieselbe beweglicher machen, sie auch auf auswärtige Börsenplätze bringen und überhaupt durch möglichste Mundgerechtmachung für Speculanten annehmlicher darstellen wollte. Nun wurden Schuldscheine auf den Inhaber ohne Namen (*au porteur*), mit ihnen aber Zinscoupons nothwendig, und auch wohl Uebereinkünfte mit Bankhäusern auf den wichtigsten deutschen Börsenplätzen zu der Einlösung derselben auf Rechnung der Schuldenzahlungskasse. So geschah es denn auch. Zuerst wurde durch das Gesetz vom 22. Juni 1843 bei allen Eisenbahnschulden die Ausstellung von Schuldscheinen auf den Inhaber und somit auch von Zinscoupons gestellt; später aber, bei Gelegenheit der Aufnahme von 7 Millionen im Jahre 1845, überhaupt allen Inhabern von Schuldscheinen auf Namen das Recht zu einmaliger Umwandlung derselben in Obligationen *au porteur* gegeben und zu gleicher Zeit Einrichtung zur Einlösung der Zinscoupons auch auf auswärtigen Börsenplätzen getroffen ¹⁾.

Zu bemerkende Einzelheiten sind aber dabei nachstehende: die Umwandlung eines Schuldscheines auf Namen in eine solche auf den Inhaber (und eben so umgekehrt, denn auch diess ist gestattet,) findet nur Einmal bei jedem Papiere statt, zur Verminderung allzugrosser Geschäfte bei der Kasse. Mit der Obligation *au porteur* wird ein Talon ausgegeben zum Behufe des Bezuges neuer Coupons nach Erschöpfung der früheren. Auch eine solche

1) Verh. der K. d. A., 1845, Sitz. 21, S. 19 fg.

Obligation kann durch eine Inscription auf bestimmten Namen fixirt werden und erhält dadurch die Eigenschaften eines Schuldscheines auf Namen, so lange diese Inscription nicht gelöscht ist, die zu ihr gehörigen Coupons können übrigens nicht inscribirt werden. Die Zahlung der Coupons (und auch der Zinsquittungen auf Namen, falls es gewünscht wird,) geschieht halbjährig, und zwar nicht nur bei der Schuldenzahlungskasse selbst, sondern auch bei den Erhebekassen und bei bestimmten Bankhäusern auf auswärtigen Handelsplätzen. Wenn die Auszahlung bei den Erhebekassen geschehen soll, hat der Empfänger den Coupon mit seiner Unterschrift zu versehen.

Ein Streit zwischen dem Finanzminister von Herdegen und dem ständischen Ausschusse über eine von dem Erstern ausgegangene Bestellung von auswärtigen Bankhäusern zur Einlösung von Zinscoupons, in welcher, und zwar mit allem Rechte, der Ausschuss eine Beeinträchtigung der nur ihm verfassungsmässig zustehenden Verwaltungsrechte erblickte ¹⁾, mag als eine beseitigte Zwischenfrage nur kurz angedeutet werden.

d) Die Art der Geldaufnahme.

Es bedarf keines Beweises, dass die Art und Weise, wie ein Staat eine von ihm beschlossene Kapitalaufnahme zur Vollziehung bringt, von sehr grosser Bedeutung für ihn ist; denn sicherlich ist es politisch und volkswirtschaftlich nichts weniger als gleichgültig, ob der Staat sein Anlehen im Inlande oder im Auslande aufnimmt, d. h. also, ob er einer Seits fremde Kapitale zur Instandbringung seiner Zwecke gewinnt, anderer Seits aber bedeutende Summen Geldes regelmässig als Zinsen ins Ausland schickt und vielleicht hinsichtlich des Kurses seiner Staatsschuld und seines Kredites von den Ereignissen und Ansichten fremder Länder abhängig wird. Es ist ferner nicht gleichgültig, ob er nur so viel als Kapital verschreibt, so viel verzinst und so viel seiner Zeit rückbezahlt, als er wirklich empfängt, oder ob er unter *Pari* aufnimmt, sei es um einen scheinbar niedrigeren Zinsfuss dadurch zu erlangen, sei es wegen wirklich schlechten Standes seines Kredites. Es ist nicht gleichgültig, ob er einfach eine bestimmte Summe als rückzuzahlendes Kapital und als zu liefernden Zins verspricht, oder

1) Verh. der K. d. A., 1845, Sitz. 19, S. 30 fg.

ob er eine Lotterie mit Tilgung oder Verzinsung, vielleicht mit beiden verbindet, dadurch aber den Geist des Glücksspiels durch alle Schichten der Gesellschaft, alle Alter und Geschlechter verbreitet. Es ist endlich nicht gleichgültig, ob der Staat zwischen sich und die Gläubiger Bankiers stellt, welchen er einen grössern oder kleinern Gewinn für ihre Vermittlung und Mäklerei, vielleicht für schleunigen Vorschuss überlässt, natürlich in demselben Maasse die auf das Volk fallende Last der Staatsschuld erhöhend und zu der mühelosen Anhäufung übergrosser Reichtümer Einzelner beitragend; oder ob er das, an sich sicherlich sehr einfache, Verhältniss zwischen Gläubiger und Schuldner naturgemäss einhält, mit dem, und nur mit dem, welcher das Geld in der That darleiht, in unmittelbare Beziehung tritt, keine Drohnen füttert, sondern Alles, was nicht nothwendig zu Befriedigung der eigentlichen Schuldner ist, für sich selbst, d. h. für die Steuerpflichtigen, gewissenhaft erspart.

Auch in diesen Beziehungen freilich, wie so oft in der Welt, wird der gesunde Menschenverstand nur allzuhäufig mit Füssen getreten. Und namentlich in unserer Zeit wird gerade hier fast so regelmässig und in so riesenmässigen Verhältnissen Widersinn begangen, dass nicht nur die einsichtslose Menge den Boden gänzlich verloren hat und jede noch so plumpe Spiegelfechtereie und Ausbeutung für unvermeidlich oder wohl gar für höhere Weisheit hält, zu allem Betrüge (denn dieser ist nur allzuhäufig der richtige Ausdruck für diese Art von „Operationen“,) gläubig und auf eigene Kosten selbst mitbilft und ihn preist; sondern dass auch der gebildete, mit wirthschaftlichen Begriffen vertraute und zu eigenem Urtheile vorbereitete Mann sich mit Gewalt dagegen stemmen muss, um nicht vom Strome mit fortgerissen, durch höhnisches Herabblicken auf seine Beschränktheit und Altväterlichkeit verwirrt und beschämt und am Ende zu ganz falschen und unnöthigen Einräumungen verleitet zu werden. Glücklicherweise ist allnählig des Unfuges so viel geworden, und man hat nachgerade die Ergebnisse der eigenen Thorheit und der Schlechtigkeit Anderer so theuer zu zahlen, dass Hoffnung ist, es werde das ganze Lügengebäude mit allen zu seiner Stützung und Verputzung aufgewendeten Sophismen über kurz oder lang zusammenstürzen. Ob diess freilich frühe genug geschehen wird, um auch

noch solche, namentlich kleinere, Staaten vor Schaden zu wahren, welche zwar erst spät und ängstlich angefangen haben, sich von dem alten sichern Boden zu entfernen, aber itzt allerdings zu dem Entschlusse gekommen sind, das Versäumte einzuholen; oder ob nicht vielmehr auch sie verurtheilt sind den ganzen Kreislauf der Verkehrtheit und des Unheiles zu machen: diess ist eine andere Frage. Die Hoffnung Derer, welche sich aus der Geschichte und aus den eigenen Erlebnissen die Erfahrung abgezogen haben, dass Keiner durch des Andern Schaden klug wird, (und nicht einmal Jeder durch eigenen,) wird freilich eine bescheidene seyn.

Wie verhält es sich nun aber mit Württemberg in diesen Beziehungen? Hat es sich auch in den Wirbel der Lotterieleihen, der fictiven Kapitale, der Bankiersbeschützung und -Bereicherung u. s. w. gestürzt, oder hat der gesunde Menschenverstand und das Gefühl für das Rechtliche und Ehrenhafte den Sieg behalten? Ist zum Beharren aufzumuntern, oder zu warnen vor weiteren Schritten, oder gar nur ein gähnender Schlund zu beleuchten? Die nachstehenden geschichtlichen Angaben mögen die Antwort geben.

Weit aus die Regel bei der württembergischen Staatsschuld bildete auch seit der Einführung der Verfassung die einfache, unmittelbare Aufnahme der benöthigten Gelder bei den Kapitalisten selbst, ohne alle Mittelsperson, ohne Bewilligung eines Agio oder sonstigen Vortheiles, endlich in denjenigen Summen, welche eben der Einzelne darzuleihen bereit war. Und zwar fand dieses statt sowohl bei den kleineren, so zu sagen laufenden, Anlehen zur Deckung der gewöhnlichen Aufkündigungen von Seiten der Gläubiger, als auch bei grösseren Anlehen, wie sie durch Herabsetzung des Zinsfusses oder bei den Eisenbahn-Bauten nöthig wurden. Trotz dem also, dass ringsum fast alle europäische Staaten sich zu künstlichen, und zum Theile höchst nachtheiligen Verfahrensweisen hatten bestimmen lassen, blieb Württemberg bei seiner altergebrachten und kleinbürgerlichen Art, unbeirrt durch den Spott Solcher, welche in allem Fremden, besonders wenn sie es nicht zu beurtheilen verstehen, etwas Besseres finden, oder welche bei einem Eingehen auf andere Borgweisen Vortheil für sich hofften.

Doch ist allerdings diese einfache und wohlfeilste Behandlung der Sache nicht ausnahmelos eingehalten worden. Sowohl bei

zwei grösseren Anlehen, als bei einigen für den laufenden Dienst nothwendig gewordenen kleineren Kapitalaufnahmen ist man mehr oder weniger von der Regel abgewichen, namentlich dadurch, dass die Vermittlung von Bankiers in Anspruch genommen wurde. Es dürfte itzt, nach zum Theile langer Zeit, hinsichtlich der unbedeutenden Fälle sehr schwer seyn, die Gründe immer richtig zu würdigen, welche den ständischen Ausschuss zu solchen Maassregeln bewogen, und zu beurtheilen, ob nicht mit mehr Geduld und Umsicht auch diese Abweichungen von dem geraden Wege gar wohl hätten vermieden werden können. Auch ist zuzugeben, dass diese Fälle von zu geringer Bedeutung waren, als dass sie irgend einen bedeutenden Einfluss auf das gesammte Staatsschuldenwesen ausgeübt hätten. Wohl aber sind die beiden grossen Anlehen, welche nicht von Einzelnen, sondern durch einen Vertrag mit Bankhäusern aufgenommen wurden, nämlich das bei Freiherrn v. Dietrich in Wien im Jahre 1824 aufgenommene von 2,800,000 fl., und das mit Rothschild und Benedict im Jahre 1845 abgeschlossene von 7,000,000 fl., einer nähern Erörterung werth. Diese möchte denn auch zeigen, dass keinesweges ein gleiches Urtheil über beide zu fällen ist.

Das Dietrich'sche Anlehen wurde durch die im Jahre 1824 beschlossene erste Zinsverminderung von 5 Procent auf $4\frac{1}{2}$ veranlasst. Es ist oben bereits erwähnt, dass damals die Gesetzgebung noch sehr umsichtig verfuhr und selbst den Beginn des ganzen Unternehmens davon abhängig machte, ob die zur Durchführung nöthigen Summen zum Voraus zu beschaffen seien. Zu diesem Zwecke wurde denn mit dem genannten Kapitalisten zuerst ein Anlehen von 2,000,000 fl. abgeschlossen, und diesem, als die Aufkündigungen das berechnete Maass nicht unbedeutend überstiegen, noch ein zweites von 800,000 fl. unter etwas verschiedenen Modalitäten beigefügt. Die Bedingungen waren beim Hauptanlehen, ausser einigen Nebenkosten, $4\frac{1}{6}$ Procent Zinsen und 2 Procent Provision; beim zweiten Anlehen dagegen $4\frac{1}{2}$ Procent Zinsen und $2\frac{1}{2}$ Procent Provision. Da die gesammten Unkosten der Geldanschaffung sich auf 59,472 fl. 34 kr. beliefen, so trat die Schuldenzahlungskasse in der Finanzperiode 182²³/₂₆ erst etwa in die Hälfte des Gewinnes ein, welcher durch die

Zinsverminderung beabsichtigt war ¹⁾. — Hier kann denn vor Allem keinem Zweifel unterliegen, dass den ständischen Ausschuss als Verwaltungsbehörde kein Tadel über die Abschliessung dieses Anlehens trifft. Unmöglich wäre es wohl gewesen, die vom Gesetze verlangte Sicherstellung einer so bedeutenden Summe auf einen bestimmten Tag durch Verträge mit vielen einzelnen Kapitalisten zu beschaffen; und wenn also, wie es allerdings scheint, die Staatshauptkasse nicht im Stande war, durch Vorschüsse an die Schuldenkasse den nöthigen Rückhalt zu gewähren, so blieb kaum ein anderes Mittel übrig, als ein Vertrag mit einem Bankier. Auch kann man die bewilligten Bedingungen nicht als wucherisch bezeichnen, wenn schon auch sie einen Beleg davon geben, dass die Staaten die Vermittlung der Geldmächte keinesweges umsonst erhalten, und wenngleich ferner, dem Gerüchte nach, auch sittliche Nachtheile sich an sie knüpften. Eine Kritik dieses Anlehens dreht sich also lediglich um die Frage: ob es im Jahre 1824 an der Zeit war, den Zinsfuss mit einemale und durch eine gewaltsame Maassregel herabzudrücken? Wer dieses bejaht, der kann, auch wenn er sonst den Bankieranlehen nicht hold ist, in diesem Falle keinen Tadel aussprechen. Wir unseres Theiles freilich sind, namentlich mit Hinsicht auf die bedeutende Summe der Aufkündigungen, zweifelhaft hierüber.

Anders verhält es sich jeden Falles mit dem Anlehen von 1845, welches zwei gerechten und bedeutenden Ausstellungen unterliegt. — Einmal nämlich erscheint es als ein Fehler, dass die gesammte bedeutende Summe mittelst eines Bankier-Anlehens aufgenommen wurde. Die Bestimmung der sieben Millionen war eine dreifache; Beischaffung von Mitteln für den Eisenbahnbau; Erwerbung von baar Geld zur Einlösung eines Theiles der von der Staatshauptkasse bei der unglücklichen Zinsverminderung von 1842 erworbenen Schuldscheine; endlich Aufbringung der zur Abkaufung des Aufkündigungsrechtes der Staatsgläubiger nöthigen Gelder. Nur der dritte dieser Zwecke erforderte den Besitz einer bedeutendern Summe an einem bestimmten Tage, während die Erreichung der beiden ersten Zwecke gar wohl mittelst allmählig eingehender Anlehen in verschiedenen Grössen und von den ein-

1) Ausführliche Nachrichten über dieses Anlehen s. in dem ständischen Rechenschaftsberichte von 1826, Verh. d. K. d. A., 1826, Beil.H. 1, S. 152 fg.

zeln Kapitalisten möglich war. Da nun die ungünstigeren Bedingungen, welchen man bei der Aufnahme der bedeutenden Summe mittelst eines Bankieranlehens jeden Falles entgegenzusehen hatte, bei der Zusammenwerfung der drei Zwecke auf die beiden ersten ganz ohne Noth ausgedehnt wurden, so wäre offenbar eine Beschränkung des in runder Summe abzuschliessenden Anlehens auf die muthmassliche Abkaufs- (beziehungsweise Heimzahlungs-) Summe zu beschränken gewesen. — Zweitens aber ist es ein eben so unmotivirter als materiell beklagenswerther Fehler, dass bei diesem Anlehen der Weg von Submissionen auch unter Pari eingeschlagen wurde. Durch den mit den Bankhäusern Rothschild und Benedict eingegangenen Vertrag hat der württembergische Staat an 3 Millionen Gulden neuer Schuld je 98 fl. 2½ kr. für 100 fl. erhalten, welche er auf 3 fl. 30 kr. zu verzinsen und für die er einstens 100 fl. zurückzubezahlen hat. Ueberdiess ist in Folge desselben Vertrages die gesammte ältere 3½ procentige Schuld im Betrage von 14,234,160 fl. auf denselben Fuss gestellt worden. Ist es nun auch richtig, dass bei einer auf 45 Jahre vertheilten Tilgung ein solches Anlehen immerhin noch einen Vortheil gewährt gegenüber von einem 4procent. Anlehen: so bleibt auf der andern Seite eben so gewiss, einmal, dass es durch diesen Vertrag unmöglich gemacht ist, von einem im Laufe jener langen Zeit etwa eintretenden Heruntersinken des allgemeinen Zinsfusses unter 3½ Procent Vortheil zu ziehen; und zweitens, dass während der ganzen 45 Jahre ohne positiven Schaden keine ausserordentlichen Tilgungen angewendet werden können. Da es nun offenbar ganz ausser menschlicher Berechnung liegt, ob nicht eine solche Verminderung des Zinsfusses eintritt: und da jeden Falles, auch der Erfahrung rückwärts gemäss, der Eintritt günstiger Umstände in so langer Zeit ausserordentliche Tilgungen gestattet hätte: so ist der württembergische Staat in der bestmöglichen Verwaltung seiner Schuld bleibend gehindert und zwar ohne irgend einen nennenswerthen Vortheil, welcher zur Entschädigung dienen könnte.

Allerdings hat man bei dem neuesten, im gegenwärtigen Augenblicke (Nov. 1846) im Gange begriffenen Anlehen von sechs Millionen den Weg der Submission von Bankiers und der Aufnahme unter Pari wieder verlassen; und es ist der eifrige Wunsch

des Vaterlandsfreundes, dass die zurückgekehrte richtige Einsicht für den ganzen Rest der noch abzuschliessenden Eisenbahnschuld festgehalten werde. Allein zu bedauern bleibt doch immer der Vorgang theils wegen der Nachtheile, die er bereits und zwar auf unabänderliche Weise mit sich führt, theils weil es so viel leichter ist, eine bereits eingeschlagene Bahn in einem spätern Falle wieder aufzusuchen, als sie ganz neu zu betreten, und weil somit eine nicht gering anzuschlagende Gefahr besteht, dass sich auch Württemberg in den sittlichen und wirthschaftlichen Abgrund der Börsenumtriebe, der Bestechungen bei Schuldverträgen, der Rückzahlung gar nicht empfangener Gelder verlieren könnte.

e) Die Schuldentilgungsplane.

Es ist sehr leicht erklärlich, dass man in einer selbstsüchtigen, genussliebenden, zu übermässigen Unternehmungen theils getriebenen, theils geneigten Zeit auf den Gedanken gekommen ist, die Rückzahlung der Staatsschuld als eine Beschränktheit anzusehen, den Gläubigern lediglich ein Recht und ein Interesse auf eine unablösliche Rente einzuräumen, der Nachwelt aber diese als den Kaufpreis des mittelst der Schuld erworbenen, materiellen oder geistigen, Vortheiles, welcher ja auch auf sie übergehe, zu überlassen ¹⁾. Unläugbar kommt man bei solcher Denk- und Handlungsweise leichter über Schwierigkeiten weg, und kann sich um einen geringern Preis Genuss und Nutzen verschaffen, als wenn man, die Tilgung einer Schuld für Pflicht erachtend, sich Anstrengungen und Entbehrungen unterzieht und die Nachkommen nicht unter einer Last erliegen lassen will, an deren Eingehung sie keinen Antheil hatten und deren Gewinn vielleicht gar nicht bis zu ihnen herabreicht. Allein der Gedanke ist ein wesentlich unsittlicher, und überdiess muss er den Staat und das Volk auf die Dauer in wirthschaftliches Verderben stürzen, da auf solche Weise die Lasten sich niemals mindern, wohl aber bei jeder ausserordentlichen Ausgabe bleibend steigern. Eine geordnete Schuldentilgung ist ebenmässig Pflicht und Klugheitsmaassregel.

Nicht in gleichem Grade tadelnswerth und verderblich, allein doch auch nicht löblich sind die Plane, welche die endliche Abzahlung

1) S. die bekannte Schrift: Ueber den Staatskredit. Von einem russischen Staatsmanne. Lpz., 1840.

einer Schuld in weite Ferne schieben, indem sie jährlich nur einen geringen Theil derselben zur Ablösung bringen. Im Grunde beruhen auch sie auf Selbstsucht, nur dass dieselbe nicht so plump auftritt. Gleichgültig aber ist es dabei, ob die grosse Langsamkeit von einer ursprünglich allzukleinen Ablösungsquote, von der alsbaldigen Einziehung der ersparten Zinse, so dass sie nicht zur steigenden Vergrösserung des Tilgungsfonds abgegeben werden, oder endlich von der zeitweisen Unterbrechung jeder Ablösung zur Erleichterung des laufenden Dienstes herrührt. In allen diesen Fällen ist eben das nachtheilige Ergebniss, dass der Staat eine lange Zeit hindurch von der Schuldenlast gedrückt, dadurch in manchen nothwendigen und nützlichen Unternehmungen gehemmt und in seinem Kredite geschwächt ist. Und überdiess wird natürlich die Wahrscheinlichkeit der beständigen Feststellung eines Tilgungsplanes und somit der endlichen Befreiung von einer Schuld immer kleiner, je längere Jahre derselbe den Wechselfällen der äussern und der innern Politik ausgesetzt bleibt. Aller menschlichen Erfahrung gemäss kommen in nicht eben sehr langen Zwischenräumen Kriege und sonstige Unfälle über jedes Volk; oder entstehen grossartige Forderungen an Staat oder Gesellschaft. Neue übermässige Bedürfnisse erfordern denn auch neue Schuldentnahmen; und so häuft sich, wenn auch noch die von früheren Geschlechtern eingegangenen Verbindlichkeiten zum grossen Theile unabgelöst vorhanden sind, Last auf Last bis zum Unerträglichen.

Unter diesen Umständen muss es der unbefangene Beobachter als eine nicht eben sehr erfreuliche Eigenschaft ständischer Versammlungen erkennen, dass sie eine grosse Neigung wo nicht geradezu zur Unterlassung jeder Schuldentilgung, so doch zur möglichsten Erleichterung der Gegenwart auf Kosten der kräftigen Wirkung der Tilgungsfonds haben. Es liegt diess wesentlich in ihrem volksthümlichen Elemente, in dem Standpunkte der staatlichen Bildung vieler Mitglieder und in dem häufigen Wechsel ihrer Bestandtheile. Und nichts war daher verkehrter, als dass unter anderem unschuldigen Kinderglauben an die Wirksamkeit repräsentativer Verfassungen man sich von ihnen eine besondere Thätigkeit und Festigkeit hinsichtlich der Schuldentilgung versprochen hatte. Einige Menschenkenntniss hätte vor diesem Irrthume bewahren sollen.

Auch Württemberg ist auf die Dauer den natürlichen Wirkungen natürlicher Ursachen nicht entgangen. Allerdings ist es weder theoretisch noch praktisch der liederlichen Lehre von der Nichtbezahlung der Schulden beigetreten, sondern hat sich, seitdem in seine Schuld im J. 1816 wieder gesetzliche Ordnung zu kommen anfieng, nicht nur zur Entrichtung der Zinsen, sondern auch zur allmählichen Tilgung des Kapitaless verpflichtet erklärt, auch in letzterer Beziehung Beträchtliches geleistet. Sind doch wenigstens die sämmtlichen Schulden, welche von neuerworbenen Gebietstheilen seit dem J. 1820 übernommen werden mussten, auch wieder abbezahlt worden, so dass bei dem Beginne der grossen Eisenbahnanlehen die Gesamtsumme der noch übrigen Schuld etwa der im ebengenannten Jahre bestehenden gleich kam. Allein sehr unverdient wäre blosses Lob, namentlich in der neuesten Zeit. Schon an dem im J. 1817 zuerst aufgestellten, dann im J. 1820 bestätigten Plane einer im steigenden Maasse zunehmenden Schuldentilgung wurde keineswegs immer festgehalten, und nur allzuoft glaubte man den dringenden Forderungen des laufenden Dienstes durch Zuweisung eines Theiles des Tilgungsfonds begegnen zu müssen. Und wenn auch diese Eingriffe, da sie wenigstens zum Theile wieder ersetzt, ja sogar ausserordentlich im Tilgungsplane gar nichtversprochene Summen in besonders günstiger Zeit abbezahlt wurden, nicht von sehr merklichem Nachtheile waren, so bleiben sie doch immer tadelnswerth, da sie Mangel an Festigkeit bewiesen und das Zutrauen schwächen müssen. Allein wahr ist freilich, dass sie gegen die in neuester Zeit gefassten Beschlüsse völlig verschwinden. Diese haben das ganze seit dreissig Jahren befolgte System völlig umgestossen und das einer weit langsamern Tilgung an seine Stelle gesetzt.

Die Geschichte des Tilgungswesens während der constitutionellen Zeit zerfällt daher in zwei wesentlich verschiedene Abschnitte, von welchen der letztere kaum eben begonnen hat.

Was zuerst das ältere System betrifft, so ist bereits oben (S. 4 fg.) ausführlich erzählt, wie es sich in der vorconstitutionellen Zeit mit der Schuldentilgung verhielt; nämlich dass zuerst im J. 1811 jährlich 300,000 fl. zu Rückzahlungen versprochen jedoch niemals verwendet wurden; dass sich hierauf das Schuldenstatut von 1816 zu der Einräumung der ganzen französischen Kriegs-

contribution als Ausstattung der Tilgungskasse und zur Ueberlassung wenigstens eines Theiles der Zinsen der heimbezahlten Posten entschloss; endlich dass das Statut von 1817 dem Tilgungsfonds neben jenen französischen Geldern jährlich ein halbes Proc. des höchsten Standes der Staatsschuld und die sämmtlichen durch Rückzahlungen ersparten Zinsen zuwies. Auf dieser letztern breiten und sichern Grundlage war es denn nicht schwer, auch nach Einführung der Verfassung und der dadurch bedingten Uebergabe der Schuldverwaltung an die Stände fortzufahren. Eine strenge Festhaltung an den Bestimmungen von 1817 sicherte die Rückzahlung der ganzen damaligen Schuld in etwa 45 Jahren; und wenn auch allerdings die Uebernahme neuwürttembergischer Schulden in Aussicht stand, damit aber eine entsprechende Hinausschiebung der gänzlichen Tilgung, so war doch auch in diesem Falle nichts Unabsehbares oder Unmögliches zur Aufgabe gesteckt.

Mit Recht liess es daher auch das erste mit den Ständen verabschiedete Schuldenstatut vom 22. Juni 1820 lediglich bei den Bestimmungen von 1817 bewenden. Es sollten also zuerst die französischen Contributionsgelder, wie sie allmählig in bestimmten Jahresraten eingiengen, zur Verminderung der Schuld verwendet, als regelmässiger Tilgungsfonds aber bis zur gänzlichen Löschung der Schuld ein Zehntheil der zur Verzinsung erforderlichen Summe und die hieraus entstehende jährlich wachsende Zinsenersparniss der Kasse überwiesen werden. Für etwaige neu entstehende Schulden war eine verhältnissmässige Erhöhung des Tilgungsfonds verordnet; als Ablösungsordnung aber bestimmt, dass vor Allem die von den Gläubigern selbst aufgekündigten Posten, in Ermangelung solcher aber zuerst die höher zinsenden, dann die der Zeit der Anlehnung nach älteren, unter gleichzeitigen endlich die durch das Loos bezeichneten Kapitale zu tilgen seien.

Es wäre ungerecht zu verkennen, dass in der That diese Bestimmungen alles Erforderliche erschöpften und eine völlige Tilgung der Schuld in nicht allzugrosser Ferne verhieszen, dass sie somit nur dem Wunsche einer strengen Erfüllung Raum liessen. Leider zeigte sich aber nur allzubald theils Neigung zu bleibenden Abänderungen und unvortheilhaften Auslegungen der Satzungen, theils wenigstens zu thatsächlichen Abweichungen im einzelnen Falle.

Schon im Jahre 1824 fand man für zweckmässig, die Auf-

kündigungs-Ordnung in doppelter Beziehung abzuändern. Einmal sollte alsbald auf die unter beschwerlicheren Bedingungen stehenden und desshalb zuerst abzulösenden Posten die unter 100 fl. betragenden Kapitale folgen. Zweitens aber wurde die Aufkündigung nach dem Alter des Anlehens ganz aufgehoben und dafür Verloosung unter allen Posten ohne Unterschied eingeführt ¹⁾. Diese dem Anscheine nach unbedeutende Veränderung war von sehr grossem Nachtheile, indem nun auch eine kleine Verloosung sämmtlicher Staatsgläubiger bedrohte und wesentlich an der Unbeliebtheit der württembergischen Papiere, somit auch an einem niederen Kurse derselben, Schuld trug. Ein ausgleichender Nutzen oder auch nur ein Zweck ist aber nirgends zu entdecken ²⁾.

Noch wichtiger aber waren die Bestimmungen, welche in Folge der Zinsherabsetzungen getroffen wurden. Als Hauptbestandtheil des Tilgungsfonds war, wie so eben bemerkt, ein Zehnthel der jährlichen Zinssumme bestimmt. Im Jahre 1820 war dieses Zehnthel, da die ganze Schuld mit Fünf vom Hundert verzinst wurde, thatsächlich gleich $\frac{1}{2}$ Procent der gesammten Schuldmasse, und in dieser Grösse denn auch bei der auf etwa 45 Jahre berechneten Tilgung der Schuld angenommen worden. Als nun aber das Gesetz vom 18. Juli 1824 die Zinsen des bei weitem grössten Theiles der Schuld auf $4\frac{1}{2}$ Pct. herabgesetzt hatte, erhob sich die doppelte Frage: ob die dadurch entstehende Ersparniss (von etwa 123,000 fl. jährlich) dem laufenden Dienste zu Gute komme, oder ob um so viel der jährliche Tilgungsfond erhöht werde? Sodann, ob künftig bei der Berechnung der jährlich zur Tilgung zu verwendenden Summen das vom Gesetze bestimmte Zehnthel nach den ursprünglichen 5 oder nach den itzigen $4\frac{1}{2}$ Pct. anzunehmen sei, mit andern Worten, ob eine Zinsreduction auch eine Verminderung des Tilgungsfonds zur Folge habe? Es bedarf keiner Erörterung, von welch' grosser Bedeutung für die Wirkung des Tilgungsfonds die Beantwortung dieser Fragen war, sowohl hinsichtlich der bereits eingetretenen Zinsverminderung,

1) Gesetz vom 18. Juni 1824.

2) Ueber diesen Gegenstand s. R. Mohl, über Schuldentilgung mittelst Herausloosung einzelner Nummern, in Rau's Archiv für polit. Oekon. Bd. I, S. 43 fg.

als namentlich wenn später noch weitere Reductionen vorgenommen werden würden. Und nicht geläugnet soll werden, dass im besten Glauben und mit vielem Scheine ganz verschiedene Standpunkte eingenommen werden konnten, indem sich sowohl für den Wunsch, günstige Zeitumstände zur möglichst raschen Tilgung der Schuld zu benützen, als für das Bemühen, schon die Gegenwart Antheil an den von ihr herbeigeführten Vortheilen nehmen zu lassen, mancherlei ausführen liess. Die einzig folgerichtige, und blos subjectiven Wünschen bezeugende, Antwort war freilich unzweifelhaft, wenn man sich genau an den ursprünglichen Willen des Gesetzes, innerhalb einer bestimmten Zeit die gesammte Schuld zu tilgen und zu diesem Zwecke jährlich den hierzu nöthigen aliquoten Theil derselben dem Tilgungsfond anzuweisen, hielt, und wenn man demnach die Ersparniss an Zinsen dem laufenden Dienste zu Gute kommen liess, (als eine Summe, welche bei Entwerfung des Tilgungsplanes keineswegs für denselben in Anspruch genommen worden war,) die jährliche Tilgungssumme aber unverändert erhielt und somit das derselben zukommende „Zehntheil“ nach wie vor aus dem ursprünglichen Betrage von 5 Pct. und nicht aus den späteren niedereren Procenten berechnete. Allerdings entstand bei dieser Einrichtung der Missetand, dass bei der Ueberweisung der durch die Ablösung von Kapitalen ersparten Zinse an den Tilgungsfonds diesem 5 Pct. berechnet und aus den Staatseinkünften geliefert werden mussten, während bisher nur $4\frac{1}{2}$ (oder 4, $3\frac{1}{2}$ u. s. w.) an den Gläubiger bezahlt wurden; dass sich also die jährliche Ausgabe durch die Tilgungen beständig steigerten. Allein immerhin musste diess zuträglicher erscheinen, als eine Verminderung des jährlichen Tilgungsfonds und somit eine Hinaussetzung der endlichen Tilgung durch die Folgen der Zinsreductionen. — Die Meinungen waren sehr getheilt, und das Verfahren änderte sich in kurzer Zeit wiederholt. In der Finanzperiode von 1823—26 hatte der ständische Ausschuss ohne Weiteres sowohl das ersparte halbe Procent zur Tilgung verwendet, (so weit es nicht von den Unkosten des Dietrich'schen Anlehens verschlungen war,) und ebenso den Tilgungsfond nach dem fünfprocentigen Maassstabe bemessen. Allein für die Periode von 1826—30 nahm der Finanzminister beide Ersparnisse für den laufenden Dienst in Anspruch, während die Finanzcom-

mission der Kammer der Abgeordneten eher geneigt war, auch itzt wieder beide für den Tilgungsfonds zu verlangen. Endlich wurde, unter Zustimmung der Regierung, der Beschluss dahin gefasst, mit Aussetzung des Rechtspunktes das ersparte halbe Procent für die nächste Finanzperiode dem laufenden Dienste zu Gute kommen zu lassen, dagegen den Tilgungsfonds nach wie vor als ein halbes Procent der Gesamtschuld, mit anderen Worten nach 5procentigem Zinsfusse, zu berechnen ¹⁾. Und auf dieselbe Weise ward die Sache auch noch in der nächsten Finanzperiode behandelt, obgleich durch die im Jahre 1829 bewürkte Herabsetzung des Zinses auf 4 Pct. der Uebelstand, dass dem Tilgungsfonds höhere Zinsersparnisse berechnet werden mussten, als in der Wirklichkeit gemacht wurden, sich noch erhöht hatte ²⁾. Auf dem Landtage von 1833 dagegen gewann allmählig in beiden Kammern die entgegengesetzte Ansicht die Ueberhand, wenigstens was die Berechnung des Tilgungsfonds betrifft, und es wurde nun beschlossen, nicht blos bei künftig abzulösenden Kapitalen, sondern auch bei sämmtlichen bereits abgelösten nur 4 vom Hundert zu berechnen ³⁾. Und um den beständig wiederkehrenden Zweifeln und Aenderungen ein Ziel zu setzen, brachte die Regierung auf dem Landtage von 1836 einen Gesetzesentwurf ein, welcher vorschlug, für sämmtliche bis zum 1. Juli 1833 abgelöste Capitale dem Tilgungsfonds 4 Prct. zu berechnen, für alle späteren dagegen den wirklich durch die Ablösung ersparten Zins. Von beiden Kammern angenommen ging die Bestimmung in die neue Redaction des Schuldenstatutes von 1837 über.

Endlich entstand auch noch die Frage, ob eine durch eine ausserordentliche Schuldentilgung gemachte Ersparniss dem Tilgungsfond zu Gute komme? Eine solche Tilgung sollte im Jahr 1839 aus den Ueberschüssen der frühern Finanzperiode im Belaufe von einer Million stattfinden, und die Regierung nahm als sich von selbst verstehend an, dass die jährliche Zinsersparniss von 40,000 fl. dem Tilgungsfond zuwachse. Hiergegen erklärte sich nun aber die Kammer der Abgeordneten, indem bei solcher Behandlung die Gegenwart gar keinen Vortheil hätte und

1) Verh. der K. d. A. 1826, a. o. Beil.H. 2, 2, S. 9 fg.; H. 4, S. 1001.

2) Das., 1830, a. o. Beil.H. 2, 1, S. 160 fg.

3) Das., 1833, II, Beil.H. 3, S. 775.

der ganze Gewinn in der Beschleunigung der gänzlichen Tilgung der Staatsschuld um 1 Jahr $9\frac{1}{2}$ Monate bestände; und da auch die Kammer der Standesherren ihre frühere entgegengesetzte Ansicht aufgab, so wurde schliesslich bestimmt, dass die genannte Ersparniss lediglich an dem Staatsbedarfe für die Zinsen in Abzug zu bringen sei ¹⁾. — Allerdings war diese Entscheidung kein Gesetz, sondern nur eine Behandlung des einzelnen Falles; allein auch schon als Vorgang war sie von hoher Bedeutung und deshalb auch doppelt zu beklagen. Nichts kann nämlich unrichtiger seyn, als die Ansicht, dass eine Verminderung der Staatsschuld erst bei dem gänzlichen Erlöschen derselben eine Wirkung äussere, und dass es daher unverständlich sei, zur Herbeiführung einer solchen ein Opfer zu bringen. Hört nämlich auch die Geldausgabe erst mit der gänzlichen Tilgung auf, so ist es doch sicherlich in der Zwischenzeit nichts weniger als gleichgültig, ob die Schuldsumme hoch oder nieder ist. Der Kredit des Staates und die Möglichkeit, neue Zwecke durch Geldaufnahmen zu erreichen, hängt namentlich von dem Stande der Schuld ab. Davon gar nicht zu reden, dass wenn die durch Ungunst der Umstände herbeigeführten Eingriffe in den regelmässigen Tilgungsplan (an welchen es auch in Württemberg nicht gefehlt hat, wie sogleich des Näheren anzuführen ist) nicht auch gelegentlich durch ausserordentliche Tilgungen in guten Zeiten ausgeglichen werden, die völlige Beiseitigung der Schuld nimmer zur berechneten und für nothwendig erachteten Zeit zu Stande kommt. Auch hier trat also unverkennbar einer der Fälle ein, in welchem volksvertretende Versammlungen die staatsmännische Ansicht gegenüber von dem Bedürfnisse augenblicklicher Zufriedenstellung hintansetzen.

Unzweifelhaft denselben Beweggründen zuzuschreiben waren die thatsächlichen Abweichungen von den Grundsätzen des Statutes, zu welchen man sich während der Jahre 1820 — 29 entschloss, sobald die Bedürfnisse des Staates eine Unzulänglichkeit der Einnahmen herbeizuführen drohten. Anstatt einer entsprechenden Steuererhöhung oder einer Ersparniss an einem andern Orte war man alsbald bereit, Mittel des Tilgungsfonds für den laufenden Dienst zu verwenden, und somit in demselben Maasse

1) Verh. der K. d. A. 1839, Beil.H. 1, 1, S. 577; Sitz. 71, S. 19 fg.; 72, S. 3 fg.; Beil.H. 1, 3, S. 440.

die Schuldenablösung zu vermindern und ihren schliesslichen Erfolg hinauszuschieben. In welchem Maasse und wie oft dieses geschah, mag aber nachstehende Aufzählung beweisen. Gleich im Jahre 1820 wurden der Staatskasse von den französischen Contributionsgeldern, welche eigentlich zu Schuldentilgungen bestimmt waren, 526,139 fl. 50 kr. auf Wiederersatz in besseren Zeiten überlassen; ebenso der ganze ordentliche Tilgungsfonds von 152,741 fl. Sodann wurden in den nächsten zehn Jahren verwendet: zur Bestreitung des Pensionsaufwandes 300,000 fl.; zur Befriedigung von Gehaltsreclamationen aus der Zeit der Regirung König Friedrichs 255,400 fl.: zu Kasernenbauten 114,704 fl. 58 kr. zu Unterstützungen bei der Ueberschwemmung von 1824: 75,000 fl.; an Unkosten des Dietrich'schen Anlehens 72,788 fl. 13 kr.; für Zinsrückstände neu übernommener Schulden 135,480 fl. 26 kr., für Stückzinse bei Ablösungen und andere kleinere Ausgaben 31,893 fl. 25 kr. Zusammen 894,167 fl. 2 kr. Rechnet man nun hiervon auch 250,709 fl. 45 kr., welche vom Anlehen genommen wurden, wieder ab, so bleibt doch immer noch eine Summe von 643,467 fl. 17 kr. übrig, welche der Tilgungsfond für fremdartige Zwecke zu leisten hatte ¹⁾. Allerdings wurden der Schuldentilgungskasse in den günstigen Finanzjahren von 1830—40 diese Vorschüsse ersetzt und selbst noch Mittel zu einigen ausserordentlichen Tilgungen verwilligt ²⁾; allein nicht nur waren diess nur glückliche Zufälle, welche eben so gut nie hätten eintreten können, und welche sich diejenigen Ständeversammlungen nicht zum Verdienste anrechnen dürfen, welche die Schmäherung der Tilgungskasse beschlossen hatten; sondern es ist auch nicht zu vergessen, dass die Schuldentilgung um den ganzen Betrag der Zinsen und Zinseszinsen aus dieser Summe verkümmert blieb.

1) Verh. der K. d. A., 1830, Rech.Ber. S. 127 fg.

2) Im Jahre 1830—31 bezahlte die Kriegskasse 202,500 fl. zurück; in den Jahren 1830—33 wurden die Contributionsgelder mit 526,139 fl. 50 kr. ersetzt; 1832—33 von der Restverwaltung 42,792 fl. 11 kr. und im Jahre 1836—37 507,457 fl. 49 kr. Ausserdem wurde in den Jahren 1829—33 als Ueberschuss der Staatskasse 168,691 fl. 42 kr. zu einer ausserordentlichen Tilgung abgegeben, und im Jahre 1839 eine Million zu gleichem Zwecke. S. die Rech.Berichte von 1833, I, S. 245; von 1839, S. 173 und Beil.H. 1, 3, S. 440.

Allein wie dem nun auch seyn mag, und ob die Schuldenverwaltung unter der Herrschaft des Systemes von 1820 zu mehr oder weniger Ausstellungen mag Veranlassung gegeben haben, jedenfalls war hier die Grundlage eine richtige, die Wirkung war allmählig eine sehr fühlbare geworden, und es bedurfte, um zu völliger Zufriedenheit und zu jährlich steigendem Genusse der Wirkungen zu gelangen, nur eines unwandelbaren Festhaltens am Gesetze. Wie sehr ist es daher zu bedauern, dass die im Jahre 1845 beschlossene Aufnahme unter Pari die völlige Aufgebung dieses ganzen Systemes und die Einführung eines weit weniger wirksamen zur Folge hatte! Die Sache verhält sich aber folgendermaassen:

Unzweifelhaft hat die schnelle Tilgung eines unter Pari aber gegen kleine Zinsen aufgenommenen Anlehens entschiedene Nachtheile für den Schuldner, weil der Unterschied zwischen der wirklich erhaltenen kleinern und der zurückzubehaltenden vollen Summe nur durch den längern Genuss ebenfalls der kleinen Zinsen ausgeglichen werden kann. Da nun die im Jahre 1845 vorhandene württembergische Schuld von etwa 20 Millionen in 28 Jahren völlig getilgt gewesen wäre, eine Vermischung aber des zu 97 fl. 2½ kr. abgeschlossenen Anlehens von 7 Millionen mit dieser alten Schuld die Tilgungszeit nur auf etwa 32 Jahre verlängert hätte: so lag allerdings, war einmal dieses neue Anlehen unter Pari aufgenommen, die Nothwendigkeit vor, für dasselbe ein eigenes Tilgungssystem zu gründen; und zwar entsprach eine innerhalb 45 Jahren erfolgende Abzahlung den Bedingungen des Anlehens am meisten. An und für sich wäre allerdings hierdurch eine Aenderung in dem Tilgungssystem für die alte Schuld nicht gegeben gewesen, und es hätten die beiden Arten der Tilgung gar wohl neben einander bestehen können. Allein da es für gut gefunden wurde, die ganze ältere, etwa 16 Millionen betragende, 3½procentige Schuld ebenfalls in eine zu 97 fl. 2½ kr. aufgenommene nachträglich zu verwandeln (s. oben): so entstand allerdings die Nothwendigkeit, das neue System der 45jährigen Tilgung auf die gesammte 3½procentige Schuld auszudehnen. Das Finanzgesetz von 1845 hat dieses denn nun vollbracht 1).

1) Verh. der K. d. A., 1845, Beil.H. 1, S. 1217, 1232; Beil.H.2, S. 1286.

bevorstehenden Finanzperiode bereits $2\frac{1}{2}$ Procent der Gesamtschuld jährlich gelöscht hätte, ist nun ein neuer getreten, welcher mit nur 1 Procent beginnt. Anstatt dass, selbst abgesehen von ausserordentlichen Ablösungen, die bestehende Schuld im Jahre 1873 völlig abbezahlt gewesen wäre, ist dieses Ziel auf das Jahr 1891 hinausgerückt. Allerdings wird dabei an den jährlichen Ausgaben für den Tilgungsfonds erspart¹⁾; aber vorbei ist auch die Hoffnung einer erreichbaren Löschung der Schuld, vorbei die Möglichkeit einer Benützung von Ueberschüssen der Staatskasse zu schleunigerer Abtragung der Last. An die Stelle eines kräftigen und gegen die Nachkommen billigen Verfahrens ist gerade das Gegentheil getreten.

Allerdings wird nicht die gesammte württembergische Staatsschuld mit $3\frac{1}{2}$ Procent verzinst. Es standen im Jahre 1845 515,920 fl. zu 5 Prct.; 3,660,000 fl. zu 4 Prct.; 4,172 fl. zu $2\frac{1}{2}$ Prct.; und das im gegenwärtigen Augenblicke im Gange befindliche Anlehen von 6 Millionen wird ohne allen Zweifel wenigstens ebenfalls 4 vom Hundert erfordern. Für alle diese Theile der Schuld ist das neue System keineswegs nöthig; und es ist daher auch dasselbe in der That nicht auf sie ausgedehnt, sondern es soll dem nächsten Landtage ein Gesetzesentwurf über die Anwendung des Tilgungsfonds auf diese Theile der Schuld vorgelegt, indessen aber der auf diesen Theil der Schuld fallende Antheil des Tilgungsfonds nicht zur Ablösung der unter Pari aufgenommenen Schuld verwendet werden. Möge eine richtige Einsicht und ein guter Wille die Bestimmungen des neuen Gesetzes ordnen und somit von kräftiger Schuldentilgung retten, was noch zu retten ist!

Wir wenden uns zu

f) dem Aufkündigungsrechte der Gläubiger.

Es ist zwar bereits in den vorstehenden Abschnitten des

1) In dem Entwurfe eines Hauptfinanzetats für 1845—48 war nämlich für den Tilgungsfonds vor dem Abschlusse des Anlehens von 7 Millionen und somit nach dem alten Systeme exigirt gewesen;

für 1845—46 419,119 fl. 2 kr.

für 1846—47 451,718 fl. 12 kr.

für 1847—48 477,831 fl. 52 kr.

Nun aber ist für diese Jahre blos 207,850 fl. 13 kr., 292,319 fl. 45 kr., 330,682 fl. 43 kr. verlangt und verwilligt.

Zusammenhanges wegen nöthig gewesen, einige der hier einschlagenden Thatsachen zu erwähnen; zur richtigen Einsicht ist aber nun eine vollständigere Darlegung des Thatbestandes erforderlich.

Im Herzogthume Württemberg stand auch hinsichtlich des gegenseitigen Aufkündigungsrechtes die öffentliche Schuld völlig auf dem Standpunkte des Privatrechtes. Einerseits hatte der Schuldner die Befugniss, nach seinem Belieben hinsichtlich der Zeit und nach seiner freien Wahl in Betreff der Personen diejenigen Posten aufzukündigen, welche er zurückbezahlen wollte. Auf der andern Seite stand aber auch dem Gläubiger das unbedingte Recht der vierteljährigen Aufkündigung zu, und es musste sich die Kasse die Mittel zu seiner Befriedigung verschaffen. In jedem Schuldscheine war dieses Rechtes Erwähnung gethan.

An diesem Verhältnisse wurde auch nach Aufhebung der Verfassung und der Bildung einer eigentlichen Staatsschuld gesetzlich nichts geändert. Thatsächlich war es aber freilich schwer für einen aufkündigenden Gläubiger zur Bezahlung seiner Forderung zu kommen. Es wurde diess als ein Act persönlicher Gnade des Regenten behandelt. Doch ist zu bemerken, dass alle Schuldentilgung, welche in dieser Zeit vorkam, nur in Folge von Aufkündigungen von Seiten der Gläubiger statt hatte.

Es war somit ein nach zwei Seiten hin neuer Gedanke, wenn in dem Statute von 1816 einerseits das willkürliche Aufkündigungsrecht des Staates in so ferne beschränkt wurde, dass nur nach bestimmten Kategorieen und am Ende nur durch Loos von ihm gekündigt werden durfte, andererseits aber den Gläubigern ein wirksames Aufkündigungsrecht nur innerhalb der Mittel des Tilgungsfonds zugestanden wurde, die nicht mehr zu Befriedigenden aber sich mit einer Vormerkung auf die nächsten paraten Mittel jenes Fonds begnügen mussten. Und eine noch grössere Beschränkung war es, wenn das Statut von 1817 diejenigen aufkündigenden Gläubiger, welche wegen Erschöpfung des Tilgungsfonds keine Befriedigung erhalten konnten, gar nicht weiter berücksichtigte, sondern ihnen überliess, neue frühzeitigere Meldungen einzureichen, wenn wieder Tilgungsgelder vorhanden seyn würden.

Auch das mit der Ständeversammlung alsbald nach Gründung der Verfassung verabschiedete Statut von 1820 legte denselben

Gedanken seinen Bestimmungen zu Grunde, nur kehrte es wieder zu der Vormerkung der nicht unmittelbar zu befriedigenden Gläubiger zurück.

Auch in diesen Gränzen des Gesetzes wäre das Aufkündigungsrecht der Gläubiger als eine auffallende Eigenthümlichkeit des württembergischen Staatsschuldenwesens zu betrachten gewesen. Allein es bildete sich überdiess die Sache in der Wirklichkeit wesentlich verschieden vom Buchstaben aus. Die ständischen Verwalter der Schuld beschränkten nämlich vom ersten Anfange ihrer Thätigkeit an die Rückzahlung aufgekündigter Posten keineswegs auf die Mittel des Tilgungsfonds; sondern, sei es nun um den Staatskredit möglichst zu steigern, sei es aus altwürttembergischer Gewohnheit, kurz sie verstanden sich dazu, jede Aufkündigung zu befriedigen und zu dem Ende die erforderlichen Gelder anderwärts aufzunehmen. Je nach den Zeitverhältnissen war hierzu bald mehr bald weniger erforderlich. Manchmal reichte schon der Tilgungsfonds; allein in der Regel war es keine unbedeutende Ueberschreitung der eigentlich ausgesetzten Summe¹⁾. An diese unbedingte Befriedigung der Aufkündigung gewöhnte sich nun das Publikum so sehr, dass man sie bald als ein förmliches Recht betrachtete; und es konnte selbst die Ständeversammlung nicht umhin, bei den Berathungen über das Schuldenwesen im Jahre 1836 unumwunden anzuerkennen, es sei, so wenig auch das Gesetz ein so weit ausgedehntes Aufkündigungsrecht gewähre, bereits viel zu spät, zu dem Buchstaben zurückzukehren. Sie nahm daher auch keinen Anstand, die Verpflichtung der Kasse, Geld zum Behufe aller Aufkündigungen, jedoch freilich nur innerhalb des gesetzlichen Zinsfusses, aufzunehmen, förmlich in dem Gesetze anzuerkennen²⁾. Man war somit, itzt auch gesetzlich, ganz zu dem altwürttembergischen Verfahren zurückgekehrt.

Doch sollte diess nicht lange dauern, vielmehr unerwarteterweise das ganze Verhältniss ins Gegentheil umschlagen. Kurz

1) Der Wechsel und die Bedeutsamkeit dieser zum Behufe der Bezahlung aufgekündigter Posten jährlich aufgenommenen Summen ist deutlich zu sehen aus der oben S. 649 fg. gegebenen Uebersicht des Standes der Staatsschuld von 1820—1845.

2) Revid. Schuldenstatut vom 22. Febr. 1837, Art. 6.

nach der Erlassung des Gesetzes von 1837 gewann nämlich das Aufkündigungsrecht eine ganz neue Bedeutung. Durch die Zinsherabdrückung im Jahre 1842 war die Ueberzahl der Gläubiger sehr unzufrieden gemacht. Da nun aber, durch eine freilich kaum begreifliche Folgewidrigkeit, der gesetzliche Zinsfuss auch itzt zu 4 Procent gelassen worden war: so entstand die ganz verkehrte Verpflichtung für die Schuldenverwaltungsbehörde, im Nothfalle Geld zu 4 Procent aufzunehmen, um $3\frac{1}{2}$ procentige Kapitale damit zu bezahlen; und, je allgemeiner das Missvergnügen der Gläubiger war, desto bestimmter war also auch die Aussicht, dass die kaum so eben und mit den grössesten Unannehmlichkeiten bewürkte Herabsetzung des Zinses auf $3\frac{1}{2}$ Procent in Kurzem stückweise wieder durch Aufkündigungen würde aufgehoben werden. Die zu einer Bescheidung des Ausschusses aufgeförderten Kammern wussten sich über ein, sicherlich nicht schwer zu findendes, Auskunftsmittel nicht zu vereinigen¹⁾; und so blieb die Schuldenverwaltung bis zum Zusammentritte des Landtages von 1845 ohne Weisung und in offenbar sehr schwieriger Stellung. Es ist leicht zu begreifen, dass unter solchen Umständen das Aufkündigungsrecht bei Vielen in sehr schlechten Geruch kam, und dass dasselbe namentlich von Solchen, welche überhaupt einem der altwürttembergischen Ansicht und Behandlung entgegenstehenden Gebahren mit dem Schuldenwesen hold waren, als ein unerträgliches Hinderniss betrachtet zu werden anfang. So wurde denn zuerst das neue, zum Theile für den Eisenbahnbau bestimmte Anlehen von 7 Millionen unter der ausdrücklichen Bedingung der Nichtaufkündbarkeit für den Gläubiger abgeschlossen; dann aber auch die durch dieses Anlehen gewonnene Summe dazu benützt, den sämtlichen Besitzern älterer $3\frac{1}{2}$ procentiger Obligationen das Aufkündigungsrecht durch die Bezahlung von 2 fl. $57\frac{1}{2}$ kr. auf jedes Hundert Gulden förmlich abzukaufen²⁾. Und nicht erst der Bemerkung bedarf es, dass das in diesem Augenblicke im Gange befindliche Anlehen von 6 Millionen ebenfalls nur unter der Bedingung der Nichtaufkündbarkeit zu Stande zu bringen gesucht wird.

1) Verh. der K. d. A., 1841—43, Bd. XII, Sitz. 162, S. 2 fg.; Bd. XIII, Sitz. 183, S. 1 fg.

2) Gesetz vom 30. Juni 1845, R.Bl., S. 220.

Da nun auch die sämmtlichen älteren höher verzinslichen Kapitale (freilich aus anderen Gründen) unaufkündbar sowohl für den Staat als für die Gläubiger sind, so ist itzt das Aufkündigungsrecht, welches so lange eine höchst bedeutende Rolle im württembergischen Staatshaushalte spielte und welches noch vor zehn Jahren auf seine höchste Höhe gesetzlich gestellt worden war, gänzlich aufgehoben, und es steht dem Gläubiger, welcher einen Schuldschein gegen baares Geld umsetzen will, lediglich nur der Verkauf an der Börse oder an einen zufälligen Liebhaber offen, d. h. im gegenwärtigen Augenblicke nur mit einem Verluste von wenigstens 11—12 Procenten ¹⁾.

Von einem Unrechte in der Sache kann allerdings keine Rede seyn. Jedem älteren Gläubiger ward die Wahl gelassen, ob er sein Aufkündigungsrecht verkaufen oder sein Kapital zurückziehen wolle; jedes neue Darlehen gilt nur unter der Bedingung der Nichtaufkündbarkeit von seiner Seite. Allein andere Fragen sind die: ob im Interesse des Staatskredites wohl gehandelt worden ist? ob die Aufgebung dieses sichern Barometers der Stimmung der Kapitalisten oder, wenn man lieber will, dieser Sicherheitsklappe bei einem Missvergnügen derselben im wohlverstandenen Vortheile des Staates lag? ob es unrichtig ist, dass die so grosse Schwierigkeit der Geldaufnahme, welche eben itzt Verlegenheiten bereitet, wenigstens zum Theile dieser Aufhebung des in Württemberg sehr beliebten Rechtes zugeschrieben werden müsse? ob es nothwendig war, von einem Aeussersten zum andern überzuspringen, anstatt durch ein Zurückgehen auf die ursprüngliche Bestimmung der Aufkündigung innerhalb des Tilgungsfonds den Staat völlig sicher zu stellen und doch einen Theil des Rechtes und der Folgen desselben zu retten?

Wir unseres Theiles wenigstens wissen diese Fragen nicht zu bejahen. Wir sehen vielmehr auch in dieser Seite des neuern Verfahrens in Schuldsachen eine entschiedene Verschlimmerung des frühern Zustandes, und können uns nicht anders aussprechen, als dass auch hier nicht mit ruhiger staatsmännischer Ueberlegung

1) Im Kurszettel vom 12. Nov. im Schw. Merkur sind die $3\frac{1}{2}$ procen-tigen württembergischen Obligationen zu 90 notirt; und schwerlich sind sie um diesen Preis wirklich anzubringen.

und Vorsicht, nicht mit Kenntniss der besonderen Umstände und der Volksgewohnheiten, nicht mit dem Entschlusse, der Wegräumung kleinerer und vorübergehender Verlegenheiten keine grossen Zwecke zum Opfer zu bringen, verfahren worden ist. Auch in der völligen Aufhebung des Aufkündigungsrechts der Gläubiger erkennen wir daher eine der Ursachen der gegenwärtigen üblen Zustände des württembergischen Staatsschuldenwesens.

Endlich noch ein Wort über

g) den Kurs der württembergischen Staatspapiere.

Der Kurs der württembergischen Staatsschuldscheine war nie so hoch, als der vieler anderer Staatspapiere, welche weder grössere Zinsen noch eine zuverlässigere Sicherheit gewährten. Die Hauptursache lag in der Art der Tilgung mittelst Verloosung aus der ganzen Masse und wenn sich auch nur eine verhältnissmässig kleine Summe in der Kasse gesammelt hatte. Bei diesem Verfahren hatte nämlich jeder Gläubiger zu fürchten, dass ihm, nachdem er kaum einen Schuldschein erworben hatte, derselbe im Nennwerthe von der Kasse bezahlt werden, er also das ganze Agio verlieren werde. Doch standen die Papiere selbst nach der Zinsreduction auf 4 Pct. immerhin zu 103 bis vielleicht 104. Nun aber sind im itzigen Augenblicke die $3\frac{1}{2}$ procentigen Obligationen, das heisst also die gesammte ältere in den Händen von Privaten befindliche Schuld, auf $89\frac{1}{2}$ höchstens 90 gesunken; und es ist fast mit Bestimmtheit zu erwarten, dass sie noch tiefer fallen werden. Wenn andere deutsche Staaten zu 5 Procent Anlehen abschliessen, (wie eben itzt Hannover,) und selbst diese Papiere nur zu 101— $101\frac{1}{2}$ Absatz finden, so kann eine $3\frac{1}{2}$ procentige Schuld sich nicht in jenem Kurse halten. Nimmt man aber auch den bleibenden Stand der württembergischen $3\frac{1}{2}$ procentigen auf 89 an, somit um 15 Procent niedriger als dieselben Papiere vor der letzten Zinsreduction hatten; rechnet man ferner hievon wieder 3 Procent als die Abkaufsumme des Aufkündigungsrechtes ab: so bleibt doch bei etwa 16 Millionen solcher Papiere ein Schaden für die Besitzer und für das Volksvermögen von zwei Millionen. Dieses aber ist um so beachtenswerther, als die württembergischen Staatsschuldscheine, wenigstens bis zu dem neuesten Verfahren

herab, beinahe ausschliesslich in den festen Händen, namentlich von kleineren inländischen Kapitalisten waren. Es sind also Wittwen und Waisen, sparsame Bürger, Stiftungen zu guten Zwecken um einen namhaften Theil ihres Eigenthumes gekommen, und zwar ohne dass sie sich damit trösten könnten, den Staat in demselben Verhältnisse bereichert, ihm die Durchführung nützlicher Unternehmen auf ihre Kosten erleichtert zu haben. Er hat sich durch dieselben Maassregeln, welche ihnen schaden, in wenigstens gleich grossen Nachtheil gebracht. Somit ist es ein vollkommen zweckloser, Niemand zu Gute kommender Verlust!

Fassen wir nun die sämtlichen bisherigen Erörterungen in Einem Brennpunkte zusammen, so steht für uns folgendes Ergebniss fest:

Vor Allem ist in Württemberg seit dem Beginne der constitutionellen Zeit die gesetzgeberische Thätigkeit hinsichtlich der Staatsschuld viel zu gross, zu unruhig und zu unsicher gewesen. Ganz abgesehen von dem Inhalte aller dieser Gesetze und Verabschiedungen ist die nie aufhörende Aenderung derselben ein grosser Fehler, indem wohl in keinem Theile des gesammten öffentlichen Lebens eine Stätigkeit, ja Zähigkeit so wohl angelegt ist, als eben bei der öffentlichen Schuld. Nicht nur können erst dann die Wirkungen des gewählten Systemes, z. B. hinsichtlich der Schuldentilgung, der Regelung des Geldmarktes, der politischen Haltung der Staatsgläubiger als einer besondern und einflussreichen Klasse, sich nach allen Seiten hin entwickeln und kräftigen; sondern es ist auch für den Kredit des Staates von der äussersten Wichtigkeit, dass der einzelne Kapitalist weiss, auf was er mit Bestimmtheit, nicht nur itzt sondern auch in längerer Zeit, rechnen kann. Zuverlässigkeit und Festigkeit im Staatsschuldenwesen muss manche minder angenehme Seite desselben, namentlich die Ueberlegenheit des Schuldners über den Gläubiger, ausgleichen; und eine Unruhe in der Gesetzgebung, nimmt den, gerade hier sehr nöthigen, Nimbus der Weisheit und des sichern Selbstbewusstseyns und Wissens des Staates.

Sehr zu bedauern ist, zweitens, die grosse, theils bereits

eingetretene, theils und hauptsächlich noch in Aussicht stehende Höhe der Schuldsomme. Siebenundzwanzig Jahre tiefen Friedens hatten gerade eben vermocht, die Last wieder auf das Maass zurückzuführen, welches sie hatte, ehe eine Reihe von, allerdings rechtlich nothwendigen, Vermehrungen eingetreten war; und nun hat eine neue unvermeidliche Einrichtung eine noch unbemessbare Vergrösserung zur Folge. Die württembergische Staatsschuld wird jeden Falles auf das Doppelte, sie kann aufs Dreifache steigen, ohne dass Land und Volk grösser, unmittelbar reicher geworden wären oder werden möchten. Allerdings kann hier von Vorwürfen nicht die Rede seyn: was geschehen ist, verlangte das Recht; was geschehen wird, die eiserne Nothwendigkeit. In beiden Fällen war keine Wahl. Aber diess hindert eben nicht, dass der Zustand ein bedenklicher ist; und jeden Falles ist selbst ein kleiner Fehler in der Behandlung des öffentlichen Schuldenwesens itzt eine sehr ernsthafte Sache.

Kaum glaubliche Fehler hat, drittens, der württembergische Staat begangen hinsichtlich der Verzinsung seiner Schuld; dadurch aber theils sich selbst schwere Verlegenheiten bereitet, theils einem Theile seiner Bürger und somit dem Volksvermögen einen grossen Verlust beigebracht. Er hat seine Stellung missbraucht zu allzuhäufiger und allzutiefer Herabdrückung der Zinse. Nicht einmal war es immer die gesetzgebende Gewalt, welche ein so höchst wichtiges Unternehmen beschloss, sondern selbst Verwaltungsbehörden maassten sich dasselbe an; förmlich gegebene Versprechen sind nicht gehalten worden; in dem Augenblicke, in welchem neue grosse Geldaufnahmen bevorstanden und wo also der Kredit des Staates die zarteste Schonung bedurfte, die bereits vielfach verletzten Kapitalisten möglichst zu gewinnen gewesen wären, suchte man den Zins unter den offenkundigen Stand des Geldmarktes herabzudrücken; es wurden rechtlich unhaltbare Präjudizien angedroht; kaum waren die alten Gläubiger zum Nachgeben genöthigt worden, so musste der Zins für die neu eintretenden erhöht werden. Nichts ist entfernter von einer Uebertreibung, als die Behauptung dass die Finanzgeschichte aller europäischen Staaten ein gleiches Beispiel von gehäuften Fehlern kaum darbietet. Und nichts ist also auch begreiflicher, als dass an die Stelle einer althergebrachten, ganz unkritischen Anhänglichkeit ein tiefer

Widerwillen bei den württembergischen Kapitalisten getreten ist, für den Staat aber die Gefahr droht, das grösste von ihm je begonnene Unternehmen nur mit schweren Opfern oder gar nicht vollenden zu können.

Nicht zu billigen ist, viertens, dass man auch nur einigemale den einfachen und ehrlichen Weg der Geldaufnahme, nämlich die unmittelbare Verhandlung mit den Kapitalisten, verlassen und sich der theuern Vermittlung von Bankiers in die Arme geworfen hat. Mag es auch seyn, dass in dem jüngsten Falle der gehoffte Gewinn für die Zwischenhändler zufällig nicht eingetreten ist, ja dass dieselben vielleicht sogar Schaden bei ihrem Unternehmen fanden: so ist doch der Vorgang zu beklagen, da ein solcher so oft als Grund einer Wiederholung gilt und nur der erste Schritt Ueberwindung kostet. Jeden Falles hat die eingegangene Verbindung die württembergischen Schulscheine auf die Börsen gebracht, denen sie früher völlig unbekannt waren, damit aber den Kredit des Staates und das Vermögen seiner Bürger von ganz fremden Begebenheiten und von den Umtrieben der Mäkler und Spekulanten abhängig gemacht. Früher galt es für einen Ruhm und für ein Glück, dass der Staat fast nur seinen eigenen Bürgern schulde und dass seine ganze Schuld in festen Händen sei; itzt sucht man sie, auf Kosten der Sicherheit der einzelnen Forderung, weit und breit zu verstreuen und möglichst beweglich für Schacher und Spiel zu machen.

Noch beklagenswerther aber ist, fünftens, dass der Tilgungsfonds in seiner Wirksamkeit unterbrochen, in seiner Grösse bedeutend geschwächt, damit aber die gänzliche Befreiung von der Schuld in weite Ferne gerückt worden ist. Schon in früheren Jahren war zu tadeln, dass die regelmässige Vollziehung des gesetzlich Versprochenen so oft hintangesetzt und bei jeder Verlegenheit in grösserem oder geringerem Grade unterlassen wurde. Doch konnte bei dem damaligen Systeme das Versäumte später wieder eingebracht werden, und wurde auch in der That eingebracht. Itzt ist die Benützung einer ausserordentlichen Gunst der Umstände unmöglich gemacht und die Frucht bedeutender und lange fortgesetzter Anstrengungen ganz verloren, so weit wenigstens, als es sich von einer baldigen Tilgung handelt.

Sechstens ist ohne Noth gänzlich aufgehoben worden, woran

der Württemberger von alter Zeit her hing, was er als eine grosse Beruhigung und Sicherheit betrachtete. Das Aufkündigungsrecht der Gläubiger war ohne Zweifel über die Gebühr und Noth ausgedehnt gewesen, und der Staat hatte sich dadurch eine bedeutende Last und nicht selten eine grosse Verlegenheit aufgeladen ohne hierzu irgendwie verpflichtet gewesen zu seyn. Niemand hätte ihn schelten mögen, wenn er zum richtigen Maasse zurückgekehrt wäre. Allein nicht löblich ist es, dass er, um den Folgen eines von ihm selbst begangenen Fehlers zu entgehen, das Verbesserungs- und Ausgleichungsmittel zerstört und überdiess zu dem Ende noch die Staatsschuld um ein ganz Beträchtliches, nämlich um das Abkaufsgeld, erhöht hat. Eine nützliche Schranke gegen Misshandlung der Staatsschuld ist gefallen; wenn aber diese sogar während ihres Bestandes nicht immer schützte, so ist wohl die Besorgniss nicht ungerecht, dass künftig einer Versuchung noch weniger möchte widerstanden, eine umsichtige Erwägung aller Umstände noch leichter unterlassen werden.

Endlich ist durch alle diese Maassregeln der Werth der Schuldverschreibungen des Staates um ein volles Achttheil gefallen; dadurch aber Tausenden von Bürgern und durch sie dem Volksvermögen ein empfindlicher Schaden zugegangen.

Gar Vieles von diesen Dingen aber ist geschehen und unterlassen worden in einer Zeit allgemeiner Geldkrise bei sämmtlichen europäischen Völkern, wo durch den gleichzeitigen Angriff riesenmässiger, mit den vorhandenen Mitteln im Missverhältnisse stehender Unternehmungen selbst für eine völlig tadellose und zu keinerlei ausserordentlichen Anstrengungen veranlasste Schuldenverwaltung leicht Verlegenheiten entstehen konnten, jedes fehlerhafte Verfahren aber sich zehnfach rächen musste. Das Meiste sogar und das Schädlichste ist geschehen, als die grosse Versäumniß in dem rechtzeitigen Beginne des Schienenweges und das hierdurch bedingte späte Erscheinen auf dem Geldmarkte den württembergischen Staat schon an sich in eine besonders nachtheilige Stellung gebracht hatte, somit eine ganz besondere Umsicht und Anlockung der Kapitalisten nöthig geworden war.

Eigenes Versehen und Ungunst der Umstände haben auf diese Weise ein gar wenig tröstliches Ergebniss herbeigeführt

und grausam die Früchte mannfacher anderer Verdienste und die süsse Gewohnheit des Selbstlobes zerstört.

II. Verbesserungs-Vorschläge.

Wie aber soll es wieder besser werden? Diess ist die Hauptfrage, um deren willen die ganze unerfreuliche Erörterung vorgenommen worden ist. Eine richtige Beantwortung aber ist doppelt nöthig; einmal weil das Bedürfniss drängt und Schaden sowohl als Unehre auf dem Spiele steht; zweitens aber, damit keine falschen Mittel gewählt werden, welche das Uebel nur schlimmer machen würden und zu deren Anpreisung sich bereits staatswirthschaftliche Quacksalber allerwärts erheben.

Es wird nöthig seyn, zunächst mit gedrängten Gründen diese falschen Mittel bei Seite zu schieben, um Raum für das Richtige zu gewinnen.

1. Beseitigung untauglicher Mittel.

Die bis jetzt in öffentlichen Blättern und anderwärts zur Beseitigung der württembergischen Finanznoth gemachten Vorschläge sind hauptsächlich folgende drei: Verkauf von Domänen und Domanialgefällen; verzinsliche Kassenscheine; Papiergeld.

Hier sei denn, ehe ins Einzelne gegangen wird, vor Allem bemerkt, dass selbst wenn die völlige Tauglichkeit eines dieser Mittel zur Herbeischaffung der für den Eisenbahnbau nöthigen Gelder erwiesen wäre, damit nur die Hälfte der Aufgabe gelöst wäre. Es handelt sich offenbar nicht blos darum, wie eine gewisse Anzahl von Millionen in den nächsten Jahren herbeigeschafft werden soll; sondern eben so gut auch davon, das in grosse Zerrüttung und Unzweckmässigkeit verfallene württembergische Staatsschuldenwesen wieder in Ordnung zu bringen. Letzteres ist, selbst wenn jene Gelder gar nicht durch Benützung des Staatskredites beigebracht werden sollten, durchaus nöthig, weil eine gute Bestellung dieses Theiles des öffentlichen Haushaltes unter allen Umständen eine höchst wichtige Aufgabe ist, und

sicherlich der Kredit der Schuldenzahlungskasse über kurz oder lang auch noch zu anderen Zwecken, als nur für die Eisenbahn, wird benützt werden müssen. Klar aber ist, dass durch den Verkauf von Gütern und Gefällen und durch die Verwendung des Erlöses auf Mauerwerk, eiserne Schienen und Dampfwagen den Staatsgläubigern keinerlei Sicherheit hinsichtlich ihrer Zinse, kein Recht zur Aufkündigung zugeht, und der Staat deshalb nicht die Vermittlung von Bankiers bei einer neuen Schuld vermeidet. Ebenso hätte die Schaffung einer grössern oder kleinern Summe von Papiergeld an und für sich gar keinen Bezug zu der Einrichtung und dem Stande der verzinslichen Staatsschuld. Die ganze unmittelbare Wirkung einer Ausgabe von Papier auf die Staatsschuld wäre die Verminderung und Hinausschiebung der für die Eisenbahn zu machenden Schulden. Damit bliebe jedoch nicht nur die iltzige Schuld im Argen; sondern es wäre auch, wenn einmal zu Anlehen geschritten werden müsste, nichts vorbereitet und in besseres Geleis gebracht. Die Bezahlung eines Theiles der Eisenbahn mit verzinslichen Schatzkammerscheinen endlich würde nur eine neue Art von Schuld beifügen; aber ebenfalls weder am Bestehenden etwas bessern, noch für die Zukunft sorgen. Im Gegentheile wäre jede künftige Benützung des Staatskredites durch diese neue gleichlaufende Last des Staates nur erschwert.

Allein auch abgesehen hiervon und nur mit Berücksichtigung der Herbeischaffung der Eisenbahnbaugelder sind diese drei Mittel für untauglich zu erklären.

Was zuerst den Verkauf von Domänen betrifft, so ist einer Seits ganz richtig, dass der württembergische Staat ein sehr bedeutendes Vermögen an Grundeigenthum und grundherrlichen Rechten besitzt ¹⁾; anderer Seits kann ganz gerne zugegeben werden, dass in einem sehr bevölkerten Lande und bei einem in Bildung und Kapital vorgeschrittenen Volke das Grundeigenthum besser in den Händen der Einzelnen als des Staates ist, namentlich aber, dass eine Ablösung der Zehnten und sonstigen gutsherrlichen Gefälle eine unberechenbare Wohlthat wäre. Allein hieraus

1) Dieser Besitz ist in runden Zahlen folgender: Güter, sowohl in Meie-
reien als in einzelnen Stücken, etwa 36,000 Morgen; Waldungen, 600,000 M.;
Gefälle aller Art 2,000,000 fl. jährlichen Ertrages.

folgt noch keineswegs, dass gerade itzt in Württemberg für den vorliegenden Zweck ein Verkauf von Domanialeigenthum räthlich und möglich ist. Vor Allem darf nicht vergessen werden, dass sich unter diesen im Besitze des Staates befindlichen Domänen noch das gesammte Kirchengut der evangelischen Landeskirche befindet, welches die Verfassung herauszugeben befiehlt; ferner ein nach demselben Grundgesetze zu bildendes Grundvermögen der katholischen Kirche. Mag nun auch seyn, dass nirgends eine grosse Neigung zur Vollziehung dieser Verfassungsbestimmungen besteht: so ist doch so viel gewiss, dass ehe dieses ganze Verhältniss irgendwie schliesslich geordnet ist, jeder grosse Verkauf von Domänen nicht nur unrecht, sondern auch höchst unklug wäre. Sodann ist, ebenfalls verfassungsmässig, die Civilliste und das hausgesetzliche Einkommen der Mitglieder der königlichen Familie, zusammen also eine jährliche Ausgabe von mehr als einer Million, auf das Grundeigenthum des Staates gegründet. Diess ist aber eine heilige Schuld, da die königliche Familie das ganze Kammergut dem Staate unter dieser Bedingung zum Geschenke gemacht hat. Ein entsprechender Theil der Domänen muss also unter allen Umständen hierzu aufbewahrt bleiben. Drittens wird, hoffentlich, vom Verkaufe von Waldungen keine Rede seyn wollen, vielmehr muss der Wunsch dahin gehen, dass der Staat seinen Waldbesitz möglichst vergrössere. Ferner wäre es ein grosser Irrthum, die Entbehrlichkeit eines grossen Theiles des itzigen Grundeigenthumes des Staates anzunehmen. Vielleicht zwei Drittheile desselben sind Musterwirthschaften, mit Staatsgebäuden untrennbar verbundene Plätze, u. dgl. Sodann ist zu bemerken, dass schon itzt die Erwerbung der Bodenfläche der Bahnhöfe dem Grundstocke gesetzlich obliegt, mit andern Worten diese, gar nicht unbedeutende, Ausgabe durch Verkauf von Staatsdomänen zu decken ist. Endlich möchten wir wenigstens glauben, dass eine ins Grosse gehende und rasche Ablösung der Zehnten u. s. w. nur mittelst einer Dazwischenkunft des Staates, etwa in der Art der badischen Zehntablösungskasse, denkbar ist. Ob nun aber eine solche neue hoch in die Millionen gehende, wenn auch nur vorübergehende, Staatsschuld im itzigen Augenblicke wünschenswerth, ob sie auch nur möglich wäre, mag Jeder selbst beurtheilen. — Kurz, die überhaupt oder wenigstens itzt verfügbaren

Domänen sind sehr viel weniger beträchtlich, als man auf den ersten Augenblick anzunehmen geneigt seyn möchte; und von einem so schnellen Verkaufe derselben, wie ihn das tägliche Bedürfniss der Eisenbahn erforderte, ist ohnedem gar keine Rede. Wenn also überhaupt von der Verwendung eines grössern oder kleinern Theiles des Staatsgutes zum Behufe der Erwerbung eines Eisenbahnnetzes für Württemberg die Rede seyn kann und soll, (eine Frage, welche noch nach gar vielen, hier nicht weiter erwähnbaren Seiten grosser Ueberlegung bedarf,) so kann es wohl nur in dem Sinne geschehen, die zum Bau bereits gemachten Schulden einst schneller zu tilgen, keineswegs aber den Bau selbst damit zu Stande zu bringen. Die ganze Frage ist zehn Jahre zu frühzeitig aufgeworfen.

Die Ausgabe von zinstragenden Kassenscheinen ist eine Maassregel, deren Beurtheilung lediglich von den näheren Umständen, namentlich von dem Zwecke ihrer Verwendung abhängt. Werden sie zu Ausgaben angewendet, welche eigentlich aus den laufenden Einnahmen des Staates hätte bestritten werden sollen, so sind sie ein offener Nachtheil und ein Beweis vom schlechten Stande der Kassen; höchstens mag sie in diesem Falle die Nothwendigkeit entschuldigen. Dienen sie aber zu Zahlungen, welche jeden Falles mittelst Geldaufnahmen zu bestreiten waren, so ist natürlich an sich nichts gegen sie einzuwenden, wenn sie nicht etwa, (was aber sehr selten der Fall ist,) höhere Zinsen tragen, als für jene Anlehen hätte gegeben werden müssen. Es handelt sich also nur davon, ob sie leichter und schneller an den Mann zu bringen sind, als aufzunehmende Gelder eingehen würden. Auf die Dauer kann dies natürlich nicht seyn, da sie ja von demselben Staatskredite getragen werden, welchem auch das baare Geld anvertraut worden wäre. Allein möglich ist, dass eine plötzliche Ausgabe damit am besten gedeckt, eine vorübergehende Verlegenheit dadurch überwunden wird; und in diesem Falle ist ihre Anwendung zu rathen, bis die langsamer eingehenden Gelder ihre Löschung möglich machen, mit anderen Worten, bis sie in gewöhnliche Schuldscheine verwandelt werden können. Wenn aber eine Ausgabe lange zum Voraus mit Sicherheit in Aussicht steht und dieselbe jedenfalls mittelst eines Anlehens schliesslich bezahlt werden muss, so hat die vorübergehende Bezahlung mit Kassen-

scheinen und deren spätere Umwandlung in Schuldscheine keinen Sinn. In solchem Falle beginnt man einfacher gleich mit dem Anlehen. Offenbar ist dies nun aber der Fall bei dem Bau der württembergischen Eisenbahnen; also hätte auch die Ausgabe von Kassenscheinen zu diesem Zwecke gar keinen Zweck. Und namentlich ist vor ihrer Ausgabe auf das entschiedenste zu warnen, wenn dieselben geringere Zinsen tragen sollten, als voraussichtlich das wirkliche Anlehen erfordern wird. Der ganze Erfolg in diesem Falle wäre eine alsbaldige Steigerung der Arbeitslöhne und der sonstigen Forderungen der Unternehmer; Preise, welche dann auch später, wenn wieder baar bezahlt würde, bleiben könnten. Daran ist ohnedem nicht zu denken; dass ein irgend bedeutender Theil der noch für die württembergische Eisenbahn zu leistenden Ausgaben mit Kassenscheinen gedeckt werden könnte; der Markt würde so viele gar nicht tragen. Die Aufgabe der Geldaufbringung würde also jeden Falles nur zu einem geringen Theile durch dieses Mittel gelöst, während sehr zu fürchten wäre, dass eine bedeutende schwebende Schuld dieser Art die später doch wieder nöthig werdenden Anlehen mehr erschweren würde, als eine gleich grosse, aber mit Tilgungsfonds versehene definitiv anerkannte Schuld.

Nun aber das Papiergeld? Es ist ja so einleuchtend, dass durch die Schaffung eines solchen gesetzlichen Zahlungsmittels grosse Summen ohne alle Schwierigkeit und Mühe plötzlich in die Kassen geliefert werden können; dass der ganze Zins ihrer Gesamtsumme erspart wird; dass mit dem Aufwande von einigen Bogen Papier ein grosses Stück der Eisenbahn, vielleicht die ganze Bahn, erbaut und in Betrieb gesetzt werden kann! — O ja, diess Alles ist einleuchtend; und es mag ferner noch zugegeben werden, dass die mancherei Annehmlichkeiten eines solchen leichten und leicht zu verwahrenden Zahlungsmittels die Gefahren der Verfälschung und der ebenfalls weit leichtern Vernichtung wenigstens zum Theile aufwiegen. Schade nur, dass dieses Mittel mit beinahe mathematischer Gewissheit zum Staatsbankrotte und zum Untergange von Tausenden und aber Tausenden führt, und dass also die anfängliche Herrlichkeit mit dem allgemeinsten Jammer endigt. Es ist hier nicht der Ort, den schwierigen und vielseitigen Gegenstand ausführlich zu erörtern; und es ist auch überflüssig, da

diess schon von uns selbst und von Anderen geschehen ist ¹⁾. Es mag daher hier genügen zu bemerken, dass noch nie ein Staat auf die Dauer sich den jammervollen Folgen der Ausgebung von Papiergeld entzogen hat, und dass sich auch voraussichtlich nie einer denselben entziehen wird, da sie auf der unveränderlichen Natur des Menschen und auf den ebenso unwandelbaren Gesetzen der Güterwelt beruhen. Namentlich finden wir lediglich keine Beruhigung in der zu jeder Vermehrung des Papiergeldes nöthigen Beistimmung der Stände. Gerade von dieser Seite aus droht die grösste Gefahr. Es ist so leicht, durch weitere Papieraussgaben die Auflage von Steuern oder von anderen den Bürger unmittelbar treffenden Lasten zu vermeiden; daher ist ein Vorschlag, dringenden Bedürfnissen durch jenes Mittel zu begegnen in der Mitte von Versammlungen, welche auf Erhaltung der Volksgunst zu sehen haben, gar leicht willkommen; Scheingründe aber zur Bemäntlung oder Längnung der Nachtheile oder zur Erweckung von hohlen Hoffnungen sind leicht bei der Hand. Nimmermehr ist daher auf Schutz durch Ständeversammlungen zu rechnen. Und ist namentlich der Württemberger, diese Frage ist wohl gestattet, durch die bisherigen Erfahrungen im Staatsschuldenwesen berechtigt zu erwarten, dass noch weit lockenderen Versuchungen mannhaft widerstanden werden, eine richtige staatswirthschaftliche Einsicht sich Bahn brechen werde? Wir unseres Theiles wenigstens geben nicht das Mindeste auf alle Versprechungen, dass nicht über ein erträgliches Maass von Papiergeld gegangen, dass in den Kassen immer ein entsprechender Vorrath von Metallgeld zur Auswechslung und somit zur Erhaltung des Werthes des Papieres gehalten, dass nach einer bestimmten Anzahl von Jahren das Papiergeld durch Schuldenaufnahme oder Einnahmeüberschüsse eingelöst werden werde, und dergleichen mehr. Alle diese Dinge mögen ernstlicher Vorsatz seyn; allein sie werden nicht zur

1) Man sehe Nebenius, Der öffentliche Kredit, 2. Aufl., S. 136 fg.; Rau, Volkswirthschaftslehre, 4. Aufl., S. 335 fg.; R. Mohl, Polizeiwissenschaft, 2. Aufl., Bd. 11, S. 407 fg. Eine besondere Beziehung aber gerade auf die gegenwärtigen württembergischen Verhältnisse haben die im Laufe des Nov. 1846 in dem Stuttgarter Tagblatte, dem Schwäbischen Merkur, erschienenen Aufsätze von Moriz Mohl, über welche wir das verdiente Lob beifügen würden, wenn sie nicht von einem Bruder herrührten.

Ausführung kommen. Um den Preis von Papiergeld sind, so lange noch irgend andere Mittel aufgefunden werden können, selbst Eisenbahnen zu theuer erworben.

Die unter allen Umständen zuerst zu untersuchende Frage ist daher die: giebt es sichere und nachhaltige Mittel, den württembergischen Staatskredit wieder so zu heben, dass er sich seine ausserordentlichen Bedürfnisse, namentlich aber zunächst die zur Erbauung seiner Eisenbahn erforderlichen grossen Summen zuverlässig und um leidliche Bedingungen durch Anlehen verschaffen kann?

Diese Frage bejahen wir auf das entschiedenste, und machen uns anheischig, die Möglichkeit und selbst Leichtigkeit der Sachen nachzuweisen.

2) Die richtigen Maassregeln.

Wir nehmen an, dass nachstehende Sätze allseits als richtig und maassgebend anerkannt werden:

erstens, dass es nicht in der Macht eines geldsuchenden Staates, am wenigsten eines kleinen Staates steht, die Bedingungen einer Anleihe nach seinem Belieben und nach seinen Wünschen einseitig vorzuschreiben; sondern dass jeden Falles der Stand des Geldmarktes das Maass der Zinse bestimmt, ausserdem auch noch das Eingehen in anderweitige entschiedene Forderungen der Kapitalisten nothwendig seyn kann;

zweitens, dass es politisch wünschenswerth und volkswirtschaftlich nicht verwerflich ist, wenn die Staatsgläubiger hauptsächlich aus Inländern bestehen und die Forderungen in festen Händen sind, anstatt der Gegenstand von Spiel und Speculation an fremden Börsen zu seyn;

drittens, dass die Aufgabe des württembergischen Staates nicht ist, nur für das im itzigen Augenblicke zu befriedigende Bedürfniss des Eisenbahnbaues zu sorgen, auf die Gefahr hin, die Aufbringung der später zur Vollendung des grossen Werkes nöthigen Summen zu erschweren oder gar unmöglich zu machen; dass also ein das Ganze umfassender Plan gemacht werden muss;

endlich viertens, dass bei der neuen Ordnung des Staatsschuldenwesens nicht blos diejenigen im Laufe der letzten Jahre begangenen Fehler vermieden und wo möglich wieder gut gemacht werden müssen, welche die Kapitalisten von Anerbieten

abhalten, sondern auch diejenigen, welche dem Staate unmittelbar nachtheilig sind, indem nicht blos ein Flicker, sondern eine durchgreifende Verbesserung Noth thut.

Ist dem nun aber also, so sind auch die nachstehenden Maassregeln theils nothwendig, theils wenigstens zweckmässig.

a) Unmittelbare Aufnahme beim einzelnen Gläubiger. — Von dem Köhlerglauben ist wohl Keiner mehr besessen, dass die ein Anlehen unternehmenden Bankhäuser das Geld schliesslich aus eigenen Mitteln leihen; sondern Jeder weiss, dass sie die ganze Summe in kleineren Abschnitten so schnell als möglich an Kapitalisten absetzen, bei der ganzen Sache aber lediglich keinen Zweck haben, als die ausbedungene Provision oder den durch Steigerung des Börsenkurses entstehenden Unterschied zwischen ihrem Submissionspreise und dem späteren Verkaufspreise zu gewinnen. Eine Provision aber kann der Staat sich völlig ersparen, wenn er ohne Mittelsmann das Geld annimmt; und die Steigerung des Kurses vor der Ablassung an die einzelnen Kapitalisten ist lediglich entweder ein diesen Letzteren oder ein dem Staate entgehender, vom Bankier aber wegen keinerlei Verdienstes in Anspruch zu nehmender Gewinn. Nur in dem einzigen Falle, wenn der Staat eine bestimmte Summe an einem gewissen Tage bedarf, kann die Vermittelung eines Bankiers nöthig seyn. Diess ist aber bei dem Eisenbahnbau nicht der Fall; vielmehr erfordert dieser während einer Reihe von Jahren fortwährende bald grössere bald kleinere Zuschüsse. Mittelst eines die augenblicklichen Stockungen oder Ungleichheiten unschädlich machenden Betriebskapitales (wie deren sowohl die Staatshauptkasse als die Schuldentilgungskasse selbst haben), lässt sich also dieses Bedürfniss mittelst allmählicher Aufnahmen vollkommen decken. Man wende hiergegen nicht ein, dass im gegenwärtigen Augenblicke ein Versuch mit solcher unmittelbarer Aufnahme gemacht werde, aber der Erfahrung gemäss auf diese Weise die nöthigen Summen nicht beizubringen seien. Nicht die Art der Aufnahme ist an dem Mangel eines Zudranges der Kapitalisten Schuld; sondern die dem Geldmarkte nicht entsprechenden Bedingungen des Staates sind es, und die, noch durch keine Sühnung wieder geheilte, Abneigung Vieler gegen jegliches Verhältniss mit der württembergischen Schuldenverwaltung und Schuldengesetzgebung. Man bewil-

lige die durch die itzige allgemeine Geldkrise nöthig gewordenen Zinsen und sichere die Gläubiger gegen Unbilligkeit, Willkür und immer wiederkehrenden Aenderungen, so wird es sicherlich an Geld nicht fehlen. Hätte je ein Zweifel obwalten können über die Menge der in Württemberg vorhandenen Geldmittel, so wäre dieser durch die Erscheinungen des kaum abgelaufenen Herbstes auf das Genügendste widerlegt worden. Hier haben sich viele Millionen ohne alle Schwierigkeit zu einem für gut erachteten Geschäft gefunden. Nur dem Staate will man es nicht geben unter den noch obwaltenden Umständen.

b) Aufnahme zum Nennwerthe. — Es ist überflüssig, nochmals an die Nachtheile zu erinnern, welche den Geldaufnahmen zu künstlich niederem Zinsfusse und unter Pari ankleben. Namentlich bei dem gegenwärtigen hohen allgemeinen Zinsfusse würde der Unterschied zwischen dem wirklich einbezahlten Gelde und dem Nennwerthe so bedeutend seyn, dass die scheinbare Höhe des schuldigen Kapitals für den Staatskredit nichts weniger als gleichgültig, die Länge des zur Tilgung nöthigen Zeitraumes aber eine unabsehbare und unerlebbare wäre. Da nun der Staat von dieser ganzen Art der Aufnahme gar keinen oder kaum einen nennwerthunmittelbaren Nutzen hat, so überwiegen jene Uebelstände auf das entschiedenste. Es ist in der That mehr als genug, dass der Fehler schon in Beziehung auf 16 Millionen der bereits bestehenden Schuld gemacht ist; die weiter einzugehende muss davor bewahrt werden. Man gebe Verschreibung für das, was man wirklich empfangen hat; verzinse es nach Bedürfniss; zahle zurück, was man erhält und so bald man kann! Alles andere Gebahren mit der Schuld ist entweder eine, aber nicht harmlose, Spielerei, oder es ist Schwindelei und Täuschung.

c) Verwilligung des dem Stande des Geldmarktes entsprechenden Zinsfusses. — Dass 4 vom Hundert gegenwärtig, und voraussichtlich noch lange, nicht die den Verhältnissen des Geldmarktes entsprechende Verzinsung sind, ist durch die Thatsache erwiesen. Somit muss der Geld Suchende grössere Zinsen geben. Hier sind Beschlüsse, über eine gewisse Summe nicht gehen zu wollen, völlig vergeblich. Es steht dem württembergischen Staate frei, zu beschliessen: die angefangene Eisenbahn nicht weiter zu bauen; oder: erst weiter zu bauen, wenn

der allgemeine Zinsfuss wieder gesunken seyn werde. Aber er kann nicht befehlen, dass ihm die Kapitalisten zur Fortsetzung des Baues Geld zu höchstens 4 Procent zu geben haben. Will und muss er fortbauen, und hat er hierzu Geld aufzunehmen, so bleibt ihm nichts übrig, als sich nach dem Stande des Geldmarktes zu richten. Es mag diess ungerne geschehen; es können und werden sich hierdurch die einstigen Erträgnisse der Bahn minder günstig stellen, als man berechnet hatte: allein im Wesentlichen ist hier keine Hülfe möglich. Allerdings wird es nützlich seyn, die Gläubiger in jeder Beziehung so zu behandeln, dass sie der Erreichung eines ungewöhnlich gesicherten und angenehmen Verhältnisses etwa auch ein Opfer hinsichtlich der Höhe des Zinsfusses bringen: allein grossen Erfolg darf man sich wohl auch hiervon nicht versprechen, theils weil in der gegenwärtigen Geldklemme den Kapitalisten überall ähnliche Bedingungen geboten werden, theils wegen der noch keineswegs verschwundenen Erinnerungen an das Vergangene. — Ueber die Höhe des zu verwilligenden Zinsfusses enthalten wir uns eben desshalb jeder Aeusserung, weil der einseitige Wunsch von keiner Bedeutung ist, sondern lediglich die Verhältnisse des Geldmarktes entscheiden. Reichen $4\frac{1}{2}$ Procent noch nicht hin, die Kapitale einzuziehen, so müssen eben 5 gegeben werden. Dem über solche Höhe Erschrockenen ist in Erinnerung zu rufen, dass bis vor 20 Jahren ein anderer Zinsfuss gar nicht bestand, und dass dennoch die Deckungsmittel aufzubringen waren.

d) Bewilligung des Aufkündigungsrechtes innerhalb der Grenzen des Tilgungsfonds. Keine der an der Staatsschuld vorgenommenen Maassregeln, etwa die Herabsetzung der Zinse auf $3\frac{1}{2}$ Proc. ausgenommen, hat in Württemberg so vielen Tadel gefunden und so grosse Abneigung erweckt, als die Beseitigung des Aufkündigungsrechtes. Es kann jetzt ganz untersucht bleiben, ob dieses, allerdings in anderen Staaten völlig unbekannte, Recht wirklich von dem angenommenen bedeutenden Werthe für den Gläubiger war, oder ob die Hochhaltung desselben zum grossen Theile nur auf Selbsttäuschung und Gewohnheit beruhte; es kann ferner unumwunden zugegeben werden, dass nur durch eine, vielleicht unpassende, Ausdehnung über das Gesetz

hinaus das Aufkündigungsrecht einen so grossen Umfang und damit eine solche Bedenklichkeit für den Staat erhielt: Thatsache ist einmal, dass diese Befugniss bei einem bedeutenden Theile der württembergischen Kapitalisten auch itzt noch als ein wahres Palladium des Gläubigers gilt. Wenn es nun also nöthig ist, die Besitzer von Geld für die weiteren Anlehen zu gewinnen; wenn es ferner wünschenswerth ist, den möglich grössesten Theil dieser Anlehen im Lande selbst aufzunehmen und zwar denselben in feste Hände zu bringen: so ist es auch unvermeidlich, dieser Lieblingsforderung Rechnung zu tragen. Aber allerdings muss bei dieser Rückkehr zum gewünschten Alten der Fehler einer unbedingten Einräumung vermieden werden. Je höher die Staatsschuld durch den Bau der Schienenwege steigt, desto unmöglicher ist es, den Staat der Gefahr einer plötzlichen Aufkündigung unerschwinglicher Summen auszusetzen. Es bedarf aber auch einer solchen Ausdehnung des Rechtes gar nicht; eine auf die Grösse des jährlichen Tilgungsfonds beschränkte Befugniss reicht völlig aus. Der Werth, welchen der württembergische Kapitalist auf das Aufkündigungsrecht legt, ist ein ideeller. Er denkt in der Regel nicht daran, Gebrauch davon zu machen, sondern er will nur, dass ihm die beruhigende Möglichkeit zustehe. Zu Erreichung dieses Zweckes reicht aber der Tilgungsfonds hin. Und wenn die Anweisung desselben zu dieser Verwendung das Rückbezahlen durch Verloosung ganz oder wenigstens grössesten Theiles beseitigt, so ist damit ein gar nicht zu verachtender Nebenvorteil gewonnen. Zunächst sind bei dieser Forderung allerdings nur die künftig aufzunehmenden Anlehen ins Auge gefasst; und es entgeht uns keineswegs, dass sowohl die sämmtlichen $3\frac{1}{2}$ procentigen Kapitale, als die bis itzt an der gegenwärtigen Anleihe von 6 Millionen aufgenommenen Posten vertragsmässig keinen Anspruch auf ein Aufkündigungsrecht haben, ja dass sogar einem grossen Theile der $3\frac{1}{2}$ procentigen das Recht mit baarem Gelde abgekauft worden ist. Dennoch dürfte die Frage entstehen, ob es nicht ein wohlangebrachtes Geschenk wäre, auch diesen Schuldposten, natürlich innerhalb des Betrages ihres besondern 45jährigen Tilgungsfonds, ein Aufkündigungsrecht einzuräumen. Die dadurch auch hier, zum Theile wenigstens, wegfallende Verloosung würde

unzweifelhaft den Kurswerth dieser Papiere steigern, was sowohl den Eigenthümern als dem Staate nur Nutzen brächte.

e) Theilweise Annahme $3\frac{1}{2}$ procentiger Schuld-scheine als Baareinzahlung bei höherzinsenden Anlehen. — Wenn es keinem Zweifel unterliegt, dass die jüngste Herabsetzung der alten Schuld auf $3\frac{1}{2}$ Procent die itzt so unangenehm zu Tage kommende Abneigung der württembergischen Kapitalisten von jeder Betheiligung bei Staatsanlehen grossentheils erzeugt hat; wenn ferner unläugbar diese ganze Maassregel in jeder Beziehung unverantwortlich war: so ist damit auch der Beweis geliefert, dass es sowohl der Vortheil als die Ehre des Staates erfordert, wieder gut zu machen und zu versöhnen. Da nun eine Erhöhung des Zinsfusses bei den sämtlichen 16 Millionen aus mehr als einem Grunde ausser Frage steht; es überdiess nicht als unerlaubt oder unehrenhaft erscheinen will, durch einen Act der Gerechtigkeit und Billigkeit auch einen Nutzen für den Staat zu erwerben zu suchen: so bietet sich das Anerbieten, von jedem zu einem neuen Anlehen Bereiten einen näher zu bestimmenden aliquoten Theil seiner Einzahlung (etwa ein Drittheil der Summe) in $3\frac{1}{2}$ proc. Papieren anstatt baaren Geldes anzunehmen, als eine zugleich entschädigende und anlockende Maassregel dar. An einem bedeutenden Erfolge ist nicht wohl zu zweifeln. Sowohl der materielle Vortheil würde die Gläubiger zur Benützung dieses Anerbietens bewegen, als das durch eine solche Gutmachung eines begangenen Fehlers wieder belebte Vertrauen in den Staat zur Eingehung neuer Verhältnisse aufmuntern. Wir verhehlen uns keineswegs die Möglichkeit von Einwürfen. Vor Allem kann eingewendet werden, dass es dem Staate um eine bestimmte Summe baaren Geldes zu thun sei, er aber bei der vorgeschlagenen Zuwegebringung der Anlehen nur zwei Drittheile seines Bedürfnisses erhalten würde. Allerdings. Allein hieraus folgt weiter nichts, als dass seiner Zeit das der Regierung gegebene Kreditvotum um ebenfalls ein Drittheil erhöht werden müsste. Dass damit kein grösserer Aufwand auf die Eisenbahn und überhaupt, abgesehen von der Erhöhung des Zinses der einbezahlten $3\frac{1}{2}$ Procent, keine weitere Last entstünde, bedarf hoffentlich nicht erst eines Beweises. Allein, so könnte

ein zweiter Einwurf lauten, eben diese Erhöhung des Zinsfusses wäre eine grosse Last. Angenommen, dass der Staat zum Ausbau seiner Eisenbahn noch 16 Millionen baaren Geldes aufzunehmen hat, würde er nach dem gemachten Vorschlage 8 Millionen $3\frac{1}{2}$ procentige Papiere im Zinsfusse erhöhen müssen, und wenn also z. B. der Zinsfuss für die neuen Anlehen sich auf $4\frac{1}{2}$ Procent stellte, so entstünde aus der Aufbesserung jener 8 Millionen allein ein jährlicher Mehraufwand von 80,000 fl.; oder mit andern Worten, das neue Anlehen von 16 Millionen würde eigentlich auf 5 Procent zu stehen kommen. Diese Auffassung der Sache ist unrichtig. Der Gläubiger verlangt so viel für sein neu anzulegendes baares Geld, als eben der Geldmarkt mit sich bringt. Weiter erhält er aber auch nicht, schon der Mitwerbung wegen. Wird ihm nun ein Theil dieses Zinses dadurch gewährt, dass eine alte Forderung höher verzinst wird, als bisher, so kann und muss er in demselben Verhältnisse an dem Zinsfusse des baar einzuschliessenden Theiles nachlassen. Steht also der Markt eigentlich auf 5 Procent, so kann und muss er sich mit $4\frac{1}{2}$ Procent für das baare Anlehen begnügen, weil ihm das hier fehlende halbe Procent an seinem in Papieren bezahlten Antheile hereinkömmt, indem diese itzt ebenfalls mit $4\frac{1}{2}$ Procent verzinst werden. Ist dem aber so, wird nun vielleicht drittens gesagt, so ist das Ganze nur eine Spiegelfechtereie und kann lediglich nichts nützen. Keineswegs. Vor Allem gewinnt der Gläubiger in so ferne, als nach einer allgemeinen Erfahrung der Kurswerth der Papiere sich leichter dem Pari nähert, als denselben überschreitet, und als somit das Steigen der auf $4\frac{1}{2}$ erhöhten $3\frac{1}{2}$ Procent bedeutender seyn wird, als sich 5procentige über $4\frac{1}{2}$ Procent stellen würden. Sodann und hauptsächlich aber hätte das oben empfohlene Verfahren einen bedeutenden psychologischen Werth, indem es das Anerkenntniss eines gemachten Fehlers von Seiten des Staats enthielte, damit aber eine bedeutende Sicherstellung gegen Wiederholung. Dass das bei den Gläubigern dadurch entstehende Vertrauen zu gleicher Zeit ein Vortheil für den Staat wäre, kann nur noch weiter für die Sache sprechen. — Von selbst versteht sich, dass die zur Tilgung der $3\frac{1}{2}$ procentigen Schuld ausgesetzte 45jährige Rente in dem Verhältnisse der Ausscheidung von Papieren dieser Art und ihres Uebertrittes in andere Categorien vermindert, dagegen

der für letztere bestimmte Tilgungsfonds entsprechend erhöht werden müsste. — Ferner erscheint:

f) ein kräftiger Tilgungsplan für alle zu Paris aufgenommene Anlehen, natürlich mit vorzugsweiser Wirkung auf die höchstzinsenden Posten, als ein unerlässliches Mittel zur Wiederordnung des württembergischen Schuldenwesens. Es mag seyn, dass der einzelne Gläubiger, wenn er hinsichtlich der Verzinsung und namentlich auch eines Aufkündigungsrechtes zufrieden gestellt ist, in Beziehung auf Schuldentilgung keine Bedingungen macht und vielleicht nicht einmal einen Wunsch hat. Allein der Staatsmann hat das Allgemeine ins Auge zu fassen. Die grosse Verminderung des Tilgungsfonds im Jahre 1845 ist ein Unglück für den Staat; und es liesse sich sicherlich rechtfertigen, wenn verlangt würde, dass der ganze Ausfall nun auf die späteren Anlehen verwendet werde, um durch deren besonders schnelle Tilgung die durch die langsame Löschung der $3\frac{1}{2}$ Procent gemachte Einbusse auszugleichen. Allein wenn auch eine Ueberschiebung aller Lasten auf noch ungeborene Geschlechter nicht zu rechtfertigen ist, so kann doch auch die Gegenwart nicht zu sehr beschwert werden. Ein sehr bescheidener Vorschlag und welcher beiden Rücksichten Rechnung trägt, ist daher wohl, dass die sämmtlichen zum Nennwerthe aufgenommenen Theile der Schuld zwar in der Regel nur nach den Grundsätzen des Statutes von 1820 zu tilgen seien, dass aber denselben als ausserordentliche Tilgung jede Summe zugewiesen werde, welche die Eisenbahn über die Verwaltungs-, Betriebs- und Unterhaltungskosten, sowie über die einfache Verzinsung des zu ihrem Bau aufgenommenen Kapitals tragen möchte. Positiven Gewinn soll der Staat an der Eisenbahn nicht machen; eine möglichst schnelle Tilgung der auf sie verwendeten Schuldsomme ist hinlängliche Belohnung für zweckmässigen Betrieb. Wie oft solche Ueberschüsse eintreten und wie gross sie seyn werden, hierüber ist freilich auch nur eine Vermuthung itzt noch unmöglich. Ehe ein Eisenbahn-Netz über Deutschland und seine Nachbarstaaten gelegt und überall richtig verbunden ist, lässt sich die Bedeutung, und somit auch der Ertrag, des neuen Verkehrsmittels weder im Allgemeinen, noch für das einzelne Land berechnen. Allein so viel darf nach allen bisherigen Erfahrungen angenommen werden,

dass die Wirklichkeit die kühnsten Erwartungen übertreffen wird. Auch Württemberg wird hievon seinen verhältnissmässigen Antheil nehmen, und somit ist es kein hohles Spiel der Einbildungskraft, auch auf die Möglichkeit von Ueberschüssen zu aussergewöhnlichen Schuldentilgungen zu rechnen. Und zwar diess um so weniger, als natürlich zu dem in Frage stehenden Zwecke nicht der gesammte auf die Eisenbahn verwendete Aufwand, sondern nur der mit Anlehen gedeckte Theil derselben in Betrachtung käme, dagegen die vom Grundstocke, aus Einkommensüberschüssen der Staatskasse oder von Gemeinden beigetragene Summen, als weder zu verzinsen noch zu tilgen, ganz abziehen wären. Aus welchen Gründen aber eine solche Verordnung der reinen Einnahme der Eisenbahn schon itzt durch ein Gesetz festzustellen, nicht aber dem Beschlusse im einzelnen Falle zu überlassen wäre, bedarf wohl nicht erst einer Erörterung ¹⁾.

1) Wir erwarten hier die Einwendung: ein kräftiger Tilgungsfonds, und gar eine ausserordentliche Steigerung desselben, sei während noch neue Schulden für die Eisenbahn gemacht werden müssen, so wenig eine zweckmässige Maassregel, dass es vielmehr gerathen erscheine, denselben während dieser Zeit ganz aufzuheben und den Betrag desselben einfach an die Baukasse einzuzahlen. Offenbar vermindere sich das Bedürfniss neuer Aufnahmen gerade um diesen Betrag; und so erspare man die doppelte Mühe einer Anleihe einer- und einer Bezahlung anderer Seits; ausserdem aber könne dem Staate noch ein Gewinn dadurch zugehen, dass die Verminderung des Anlehensbedürfnisses vielleicht etwas günstigere Bedingungen veranlasse. — Hier geben wir denn zu, dass es ein verkehrtes Beginnen wäre, niederzinsende Kapitale mit dem Tilgungsfonds abzulösen und zu gleicher Zeit hochzinsende in demselben Betrage aufzunehmen. Allein da ein noch weiteres Steigen des Zinsfusses, als voraussichtlich schon in der nächsten Zeit wird bewilligt werden müssen, nicht wohl zu erwarten steht; folglich bei Tilgung einer- und Aufnahme anderer Seits nur die Verwaltungsmühe umsonst aufgewendet wird, (was bei der nicht eben bedeutenden hier in Frage stehenden Summe nicht hoch anzuschlagen ist:) so bleibt bei einer itzt gleich gesetzlich festgestellten und begonnenen Tilgung der bedeutende Vortheil, dass einst beim Aufhören der Anlehen die Sache bereits im Gange ist und nicht etwa neue Vorwände oder Plane das Beginnen einer Abzahlung wieder hinausschieben und am Ende ganz verhindern. Ein unvermeidlicher Zwang zum Schuldenzahlen ist sehr zweckmässig, da dasselbe immer schwer fällt und wenn irgend möglich bei Seite geschoben wird; ein solcher Zwang aber ist ein gleich bei der Aufnahme der Schuld bestimmter Tilgungsplan.

g) Zuletzt, aber nicht als Letztes, verlangen wir eine Sicherstellung gegen baldige Abänderungen der neuen Verbesserungen, welcher Art immer dieselben seyn mögen. Darüber kann ja kein Zweifel obwalten, dass das beständige Rütteln und Aendern an der Gesetzgebung über die Staatsschuld und an den Verhältnissen zu den Gläubigern dem Kredite der württembergischen Schuldenkasse sehr geschadet hat. Man werfe noch einmal einen Blick auf die oben von uns gegebene Aufzählung der in noch nicht einem Menschenalter gegebenen Gesetze, Beschlüsse und Einrichtungen aller Art. Kann man da dem Gläubiger verübeln, wenn er Bedenken trägt, einem Staate sein Vermögen anzuvertrauen, auf dessen Leistungen so wenig Verlass zu nehmen ist? Kann man aber auch hoffen, dass die Einräumung noch so guter Bedingungen das erstorbene Vertrauen wieder völlig erwecken werde, so lange die Furcht, die auf viele Vorgänge gegründete, Furcht vorhanden ist, dass diess Alles nur vorübergehend sei, die Veränderungsjagd wieder beginnen werde, so bald der Staat freiern Athem schöpfen könne? Es kann nicht genug wiederholt werden, dass Zuverlässigkeit und Beständigkeit der von dem Staate zu geniessenden Leistungen ein Hauptbeweggrund für den Kapitalisten ist, diesem vorzugsweise vor andern vortheilhaften Gelegenheiten Geld zu leihen. Die Frage kann in der That nicht seyn, ob zur Beruhigung der Kapitalisten etwas geschehen soll, sondern nur, was geschehen kann? Dass nicht auf eine unübersehbare Zeit hinaus eine Unveränderlichkeit versprochen werden darf, versteht sich; es soll nicht dem Staate geschadet, demselben eine auf die Dauer vielleicht unerträgliche und unvernünftige Fessel angelegt werden. Allein etwas dieser Art ist auch gar nicht nöthig. So wäre z. B. wohl eine gesetzliche Zusicherung, dass die itzt festzustellenden Bestimmungen über das Staatsschuldenwesen wenigstens für diejenigen Theile der Schuld, welche unter der Herrschaft dieser neuen Gesetze werden gemacht werden, während einer gewissen Anzahl von Jahren — etwa zwölf bis fünfzehn — unabänderlich seien, für den Staat nicht allzulästig, während sie für die Gläubiger beruhigend wäre und einer verständigen Berechnung derselben zur Grundlage dienen könnte. Nur versteht sich auch wieder von selbst, dass dieses Gesetz gegen spätere gesetzliche Angriffe sicher gestellt werden müsste.

Es wäre also wohl eine ausdrückliche Aufnahme jener Versicherung in die einzelnen Schuldscheine, so wie die Einräumung einer Klage vor den bürgerlichen Gerichten auf Erfüllung des vertragsmässig Zugesagten nöthig. Sollte man aber Scheu tragen vor solchem Eingeständnisse? Wahrlich, diess wäre kein richtiges Ehrgefühl. Man hätte sich scheuen sollen Fehler zu machen; die Einsicht und der Vorsatz des Bessern aber, also auch das Versprechen darüber, kann nur Lob verdienen, und wird es von allen Verständigen erhalten.

Diess sind die Mittel, von deren vereinter Annahme wir die Wiederherstellung des zerstörten Kredites der württembergischen Staatsschuldenkasse erwarten. Uebrigens wohl bemerkt, nur von ihrer gleichzeitigen und vereinten Annahme. Es kann, da in so verschiedener Art gegen die Regeln einer zweckmässigen Besorgung dieses Theiles des Staatshaushaltes gefehlt worden ist, von einer blos theilweisen Verbesserung unmöglich ein vollständiges Ergebniss erwartet werden. Und nur eine Pfscherarbeit könnte es erscheinen, wenn etwa die ganze verbesserte Richtung blos auf die Erleichterung des gerade ilzt zu vollziehenden Anlehens ginge, ohne Rücksicht auf die etwas weiter abliegenden, allein dennoch sehr wesentlichen Missstände, und auf die Gefahr hin, durch ein itziges Flickmittel den allgemeinen Zustand noch zu verschlimmern und die, jeden Falles in kurzer Zeit nöthig werdenenden, weiteren Anlehen noch schwieriger zu machen.

Dass es uns gelungen seyn werde, allgemeine Zustimmung zu unseren Ansichten zu gewinnen, hoffen wir freilich nicht. Wir nehmen vielmehr mit der entschiedensten Zuversicht an, dass wir einerseits hoch herab mit Missachtung werden angesehen werden wegen unseres gänzlichen Mangels an verfeinerter Finanzkunst, anderer Seits aber unwirsch angelassen wegen der von uns beantragten Steigerung der Lasten der Gegenwart. Es sei darum. Den Ersteren setzen wir das naive Bekenntniss entgegen, dass uns allerdings die Aufnahme von Geld ein sehr einfaches Geschäft erscheint, und dass wir in der That der Ansicht leben, es sei nicht möglich Geld unter anderen Bedingungen als unter denen des jeweiligen Marktpreises zu bekommen, dass es daher auch das Beste

sei, Schulden so bald als möglich wieder zu bezahlen. Alles andere halten wir für eitel Spielerei oder für bewusste Täuschung. Wir glauben an eine Finanzkunst, welche aus Nichts Etwas machen will, so wenig als an Alchymie. Den Anderen aber geben wir zu bedenken, dass das grösste, wenigstens das kostspieligste, Staatsunternehmen, welches unser Vaterland je ausführte, unmöglich ohne die entsprechenden Opfer zu Stande gebracht werden kann; dass es aber unrecht ist, die Last auf spätere Geschlechter zu wälzen, deren eigene Aufgaben und Lasten wir gar nicht ermessen können, und dass es thöricht ist, zu glauben, die Ergreifung unpassender Mittel könne zu vortheilhaftem Ende führen. Württemberg hat, und mit vollem Fuge, die Eisenbahnen gewollt, somit muss es auch die Mittel zu ihrer Ausführung wollen.

Noch wäre allerdings ein weiteres Mittel übrig, von welchem wir uns zwar nicht unmittelbar eine sachliche Verbesserung der itzigen Zustände, wohl aber eine umsichtigere und festere Entwerfung der Plane zu guter Führung des Staatsschuldenwesens, so wie eine folgerichtiger Durchführung des einmal Beschlossenen versprechen. Es ist diess die Abnahme der Staatsschuld von den ständischen Behörden und deren Uebertragung an die Regierung, so dass, wie sonst überall, die Stände nur die Ueberwachung nicht aber die Verwaltung hätten. Allein hier steht die Verfassung entgegen, an welcher wir nicht rütteln und ändern wollen, selbst da nicht, wo sie Unzweckmässiges gebietet. Das Gute in derselben ist weit überwiegend; durch Herausnahme einzelner schlechter Steine könnte aber das ganze Gebäude in Gefahr kommen.
